

MASTERARBEIT / MASTER'S THESIS

Titel der Masterarbeit / Title of the Master's Thesis

„Der Kampf der Frauenbewegung gegen das
Abtreibungsverbot in Polen“

verfasst von / submitted by

Larissa Sophie Borowski

angestrebter akademischer Grad / in partial fulfilment of the requirements for the degree of
Master of Arts (MA)

Wien, 2022 / Vienna, 2022

Studienkennzahl lt. Studienblatt /
degree programme code as it appears on
the student record sheet:

UA 066 824

Studienrichtung lt. Studienblatt /
degree programme as it appears on
the student record sheet:

Masterstudium Politikwissenschaft

Betreut von / Supervisor:

Univ.-Prof. Dr. Birgit Sauer

Inhaltsverzeichnis

1	Einleitung	3
1.1	Problemaufriss	3
1.2	Forschungsinteresse	6
2	Der Kampf der Frauenbewegung gegen das Abtreibungsverbot in Polen	9
2.1	Kontextualisierung der Abtreibungsproteste und Geschichte der Frauenbewegung in Polen	9
2.1.1	Entwicklung des Abtreibungsdiskurses in Polen	9
2.1.2	Die Entstehung und Entwicklung der Frauenbewegung	14
2.1.3	Die Protestwellen 2016–2018 und 2020	17
2.2	Forschungsstand	24
2.3	Theoretische Herangehensweise	27
2.3.1	Political Opportunity Structure	27
2.3.2	Resource Mobilization Theory	32
2.3.3	Mobilisierungsstrategien und Protestgröße	38
2.3.4	Limitationen des theoretischen Ansatzes	42
2.4	Methode	45
2.4.1	Qualitative Inhaltsanalyse	45
2.4.2	Expert/inneninterviews	46
2.4.3	Forschungsethische Aspekte	51
2.5	Politischer Kontext der Protestwellen	52
2.5.1	Politische Strukturen	52
2.5.2	Akteur/innenkonstellationen	58
2.5.3	Interaktionskontext	63
2.6	Ressourcen und Ressourcenmobilisierung	73
2.6.1	Moralische Ressourcen	74
2.6.2	Kulturelle Ressourcen	77
2.6.3	Sozial-organisatorische Ressourcen	80
2.6.4	Personelle Ressourcen	83
2.6.5	Materielle Ressourcen	87
2.7	Mobilisierungsstrategien	89
2.7.1	Forderungen	90
2.7.2	Adressat/innen	92
2.7.3	Formelle Organisationen	94
2.7.4	Soziale Gruppierungen	95
3	Diskussion	98
3.1	Zusammenfassung der Forschungsergebnisse	98
3.2	Beantwortung der Forschungsfrage	105
3.3	Limitationen und Forschungsempfehlungen	107
4	Conclusio	109
5	Literaturverzeichnis	111
6	Abstract	116

1 Einleitung

1.1 Problemaufriss

Der Zerfall der Sowjetunion und damit des Staatssozialismus in vielen Ländern Mittel- und Osteuropas wurde in der Region von zahlreichen zivilgesellschaftlichen Massenmobilisierungen begleitet. Das Aufblühen der Zivilgesellschaft während der Wende und zu Beginn der neuen Demokratien führte zu einer verbreitet optimistischen Betrachtungsweise hinsichtlich ihrer weiteren Entwicklung. Was kurz darauf allerdings folgte, beschreiben Inglehart und Catterberg als den „post-honeymoon effect“ (Inglehart & Catterberg 2002, zitiert nach Hooghe & Quintelier, 2014, S. 212). So war in den Folgejahren das politische Vertrauen und somit auch die politische Partizipation in den Ländern Mittel- und Osteuropas geringer als in westeuropäischen Ländern (ebd.), ein Phänomen, welches auch heute noch sogar bei der jungen Bevölkerung beobachtet werden kann (Pop-Eleches & Tucker, 2013, S. 225f). Dies lässt sich unter anderem anhand der Protestaktivität in der Region feststellen: Zwischen 2002 und 2016 lag die Anzahl der Menschen, die angaben, in den letzten zwölf Monaten an einer Demonstration teilgenommen zu haben, in den östlichen Regionen Europas durchschnittlich bei 3,3 %, während der Durchschnittswert in Südeuropa 12,5 % betrug (Borbáth & Gessler, 2020, S. 917–919). Jedoch nicht nur das Level politischer Partizipation der Region im Allgemeinen differiert im europäischen Vergleich. Es ist auch ein Unterschied in der Art der Protestpartizipation zu beobachten (Borbáth & Gessler, 2020, S. 911). Während in den nordwestlichen Regionen Europas historisch betrachtet eher neue linke Bewegungen prävalent waren, waren im Osten Europas aufgrund der sozialistischen Regime oppositionelle Bewegungen eher rechts ausgerichtet. Durch das sozialistische Erbe war die politische Linke nach dem Systemwechsel 1989 in vielerlei Hinsicht stigmatisiert, weshalb diese wenig Einfluss in der Region gewinnen konnte (ebd., S. 913f).

Die Entwicklung der Zivilgesellschaft in Polen als Teil der Region Mittel- und Osteuropas gestaltete sich seit der erfolgreichen Massenmobilisierung durch die Solidarność-Bewegung und dem darauffolgenden Systemwechsel 1989 ambivalent. Einerseits gab es einen großen und konstanten Zuwachs an professionalisierten und spezialisierten zivilgesellschaftlichen Organisationen, was zum Entstehen einer großen Bandbreite an NGOs führte. Auch die Beziehungen dieser Organisationen untereinander sowie zu staatlichen Institutionen entwickelten sich positiv, obwohl die Wahl der Regierungspartei Recht und Gerechtigkeit (Prawo i Sprawiedliwość – PiS) im Jahr 2015 zu neuen Spannungen führte

(Ekiert, Kubik, & Wenzel, 2017, S. 76f). Zusätzlich ist ein gewisser Aufschwung bezüglich der Entstehung zivilgesellschaftlicher Gruppierungen in Form von neuen urbanen Bewegungen und anderen lokalen Initiativen, welche sich für dafür einsetzen, Dörfer und Städte lebenswerter zu machen, zu beobachten (Domaradzka, 2015, S. 138). Ein weiterer Trend liegt seit 2010 in der Zunahme und der Institutionalisierung von illiberalen und nationalistischen Organisationen, die vor allem mit rechten politischen Parteien und Zeitungen, Sportklubs und der katholischen Kirche in Verbindung stehen. Das Flugzeugunglück in Smoleńsk im Jahr 2010, bei dem unter anderen Politikern der damalige Präsident Lech Kaczyński tödlich verunglückte, wie auch die Migrationskrise in Europa trugen zu dieser Entwicklung zusätzlich bei (Ekiert, Kubik, & Wenzel, 2017, S. 79). Gleichzeitig setzen sich 75 % der Polen und Polinnen, die Mitglieder/innen in zivilgesellschaftlichen Organisationen sind, für christlich-konservative Werte ein (Kocyba & Mikecz, 2020, S. 696).

Andererseits nahm die Anzahl und das Ausmaß der Protestaktivitäten insgesamt seit Mitte der 1990er Jahre graduell ab (Ekiert, Kubik, & Wenzel, 2017, S. 76). Es kann also definitiv eine Kluft zwischen der Entwicklung des institutionalisierten Sektors und der einer aktiven, konfliktbewussten Gesellschaft (*contentious civil society*) festgestellt werden. Der Soziologe Kuba Wygnański beschrieb dieses Phänomen wie folgt: „We wanted to have a civil society, but we ended up with having NGOs“ (Wygnański 2014, zitiert nach Domaradzka, 2015, S. 115). Die relative Schwäche der polnischen Zivilgesellschaft kann unter anderem mit einem geringen Maß an Vertrauen zu sowohl Organisationen und Individuen (ebd., S. 126) als auch mit einem schwachen öffentlichen Bewusstsein für die NGOs und deren Aktivitäten begründet werden (Ekiert, Kubik, & Wenzel, 2017, S. 77). Insgesamt ist der Prozentsatz der Bürger/innen in Polen, die sich an Wahlen, Demonstrationen und Freiwilligenarbeit beteiligen oder Mitglieder/innen einer NGO sind, der niedrigste im EU-Vergleich. Diese Messungen zeigen, dass das soziale Engagement allgemein gering ist (Jacobsson & Korolczuk, 2017, S. 14).

Auch wenn dieses Bild der Zivilgesellschaft und politischer Partizipation in Polen in mancherlei Hinsicht dem der Zivilgesellschaft in Mittel- und Osteuropa insgesamt ähnlich ist, ist es wichtig, die Zunahme sozialer Aktivität in Form von oftmals informellem Engagement und Grassroots-Mobilisierungen in den letzten Jahren anzuerkennen. Beispiele dafür sind Demonstrationen gegen sowie auch für den Zustrom von Migrant/innen im September 2015 oder Mobilisierungen durch die Gesamtpolnische Gewerkschaft der Krankenschwestern und Hebammen (OZZPiP), die bessere Arbeitsbedingungen und Bezahlung forderte. Die größten

solchen Mobilisierungen fanden in Warschau statt, aber auch in anderen Städten kam es zu kleineren Demonstrationen (Jacobsson & Korolczuk, 2017, S. 17).

Diese neuere Entwicklung erreichte mit den Demonstrationen der Frauenbewegung, die als ‚Black Protests‘ bekannt sind, allerdings ganz neue Dimensionen. Die Protestwelle begann mit dem Frauenstreik am 3. Oktober 2016, an dem sich insgesamt rund 200.000 Menschen landesweit in Polen, aber auch in anderen Ländern beteiligten (Hall, 2019, S. 1505). Hintergrund dieser Massenmobilisierung war eine im März 2016 vom Anti-Choice-Netzwerk ‚Stop Abortion‘ mit Unterstützung der Kirche gestartete Kampagne zur Durchsetzung eines totalen Abtreibungsverbotes, das bei Zuwiderhandlung auch Gefängnisstrafen sowohl für Ärzt/innen als auch für die Frauen vorsah. Diese Kampagne hatte schnell über 400.000 Unterschriften gesammelt und war im Juli 2016 von der ultra-konservativen katholischen Organisation Ordo Iuris dem Parlament als Gesetzesvorlage zur Lesung vorgelegt worden (Korolczuk E. , 2016, S. 92). Die Gesetzesvorlage der liberal-feministischen Organisation ‚Save The Women!‘ hingegen, die sich für eine Liberalisierung des Abtreibungsgesetzes einsetzte und bei ihrer Gegenkampagne 240.000 Unterschriften gesammelt hatte, war bei einer ersten Parlamentslesung im September 2016 abgelehnt worden (ebd., S. 97f). Obwohl es bereits im Sommer zu Protesten gegen den Gesetzentwurf von Ordo Iuris gekommen war (ebd., 96f), erreichten die Massenproteste, die auf die Ablehnung der Vorlage von Save Women folgten, bis dahin unerreichte Ausmaße. Bis 2018 wurden weitere Black Protests gegen eine Verschärfung des Abtreibungsgesetzes organisiert. Diese Protestwelle wird von vielen als der Beginn einer populären feministischen Bewegung in Polen angesehen (Hall, 2019, S. 1499).

Obwohl die Black Protests zur Ablehnung der Gesetzesvorlage von Ordo Iuris geführt hatten und das Thema in Polen folglich an Relevanz gewonnen hatte, hat sich bis dato nichts an der geltenden Gesetzgebung geändert. Was sich allerdings geändert hat, ist, dass sich eine neue Generation von Aktivist/innen herausgebildet hat, die sich für Frauenrechte und gegen die PiS-Regierung engagiert (Hall, 2019, S. 1511f). Trotzdem kam es im Folgenden zu keinen Protesten im Ausmaß der Black Protests mehr, bis schließlich im Oktober 2020 eine neue, noch größere Protestwelle ausbrach. Auslöser dafür war das Urteil des polnischen Verfassungsgerichtes am 22. Oktober 2020, welches besagte, dass die Abtreibung von missgebildeten Föten verfassungswidrig sei (Suchomska & Urzędowska, 2021, S. 12). Auf diese Entscheidung folgte eine Reihe von 400 landesweiten Protesten, an denen allein an einem Tag 430.000 Menschen teilnahmen. Viele der Protestierenden beschuldigten dabei die Regierungspartei PiS und die polnische katholische Kirche, das Verfassungsgericht bei seiner Entscheidung beeinflusst zu haben (Mortensen & Smith-Spark, 2020). Die Veröffentlichung

des Urteils im Gesetzblatt vom 27. Januar 2021 (Witczak, 2021) führte zu einer erneuten größeren Protestwelle, die wiederum den feministischen Aktivismus in Polen revitalisierte. Das Thema Abtreibung und die damit zusammenhängenden Protestbewegungen von 2016–2018 und 2020 in Polen sind von besonders hoher politischer Relevanz, da sie zwar nicht der erste Fall von feministischem Aktivismus waren (Hall, 2019, S. 1498), aber durch ihre Größe und ihre Entstehungsumstände eine Besonderheit darstellen.

Diese zwei Protestwellen sind nicht nur für Entwicklung der polnischen Frauenbewegung relevant, sondern stechen sowohl im Vergleich zu anderen bisherigen sozialen Bewegungen in Polen als auch im regionalen Vergleich in Mittel- und Osteuropa heraus. Vor dem Hintergrund einer in vielerlei Hinsicht schwachen Zivilgesellschaft und insgesamt geringer politischer Partizipation in der Region stellt eine solch große, erfolgreiche Mobilisierung wie die durch die polnische Frauenbewegung eine Anomalie und Besonderheit dar, zumal diese eine links-liberale und feministische Bewegung ist und sich nicht nur auf die Großstädte beschränkt hat. Es gibt zwar auch andere Beispiele größerer Bewegungen in Mittel- und Osteuropa in den letzten Jahren (Kocyba & Mikecz, 2020, S. 696), allerdings konnten die Frauenbewegungen in anderen Ländern keine Mobilisierungserfolge verzeichnen, die mit den Protestwellen 2016 bis 2018 und 2020 in Polen vergleichbar sind.

1.2 Forschungsinteresse

In dieser Arbeit soll untersucht werden, wie es zu einer derart erfolgreichen Mobilisierung der Frauenbewegung während der Protestwellen 2016–2018 und 2020 kommen konnte, zumal diese für den post-sozialistischen Kontext in Mittel- und Osteuropa ungewöhnlich ist. Dabei soll der Fokus der Analyse auf strukturelle Umstände und Einflüsse im Kontext der Mobilisierungen wie auch auf Mobilisierungsstrategien gelegt werden. Ziel ist es, somit die Forschungsfrage nach der *Bedeutung struktureller Umstände und Einflüsse sowie von Mobilisierungsstrategien für die große und erfolgreiche Massenmobilisierung der Frauenbewegung in Polen* zu beantworten.

In der Analyse in Form einer Einzelfallstudie soll untersucht werden, welche strukturellen Faktoren und Strategien entscheidend zur erfolgreichen Mobilisierung während der Protestwellen 2016–2018 und 2020 beigetragen haben. Die Untersuchung struktureller Faktoren ermöglicht sowohl einen Einblick in die organisatorischen und strategischen Hintergründe der Mobilisierungen als auch in die Gelegenheitsstrukturen und den politischen

Kontext, ohne den alleinigen Fokus auf die Motivation und die kollektive Identität der Proteste zu legen, diese aber auch nicht vollständig auszuklammern. Eine Annahme ist außerdem, dass mehrere begünstigende externe Umstände, interne Strukturen wie auch angewandte Mobilisierungsstrategien eine entscheidende Rolle bei der erfolgreichen Mobilisierung gespielt haben und somit ein theoretischer Ansatz allein diese nicht erklären kann. Deshalb werden mehrere Theorieansätze als Analysegrundlagen hinzugezogen. Um den politischen Kontext und die Mobilisierung von Ressourcen zu analysieren, werden die *Political Opportunity Structure* nach Hanspeter Kriesi (Kriesi, 2004) und die *Resource Mobilization Theory* nach Bob Edwards und John D. McCarthy (Edwards & McCarthy, 2004) verfolgt. Zusätzlich werden nach Vorbild von Nicolás M. Somma und Rodrigo M. Medel (Somma & Medel, 2019) einige mobilisierungsstrategische Faktoren, die den Autoren nach Einfluss auf die Größe von Demonstrationen haben, herangezogen. Schließlich wird auch auf den Ansatz der sozialen Bewegungsforschung aus Geschlechterperspektive von Myra Marx Ferree (Ferree, 1992) eingegangen, da der Gegenstand der Analyse eine feministische Bewegung ist.

Das Analysematerial wurde sowohl mittels einer qualitativen Inhaltsanalyse von Sekundärliteratur als in Form von Expert/inneninterviews mit Aktivistinnen der Bewegung zusammengetragen. Ziel dieser Arbeit ist zu erklären, welche Aspekte neben der Nutzung von Emotionen und geschicktem Framing für die Mobilisierung der Frauenbewegung begünstigend wirkten und welche letztendlich zum Erfolg führten. Die Antwort auf die Forschungsfrage könnte durch das Aufzeigen zuvor in Bezug auf diese Protestwellen vernachlässigter Aspekte oder eines gewissen Zusammenspiels von Faktoren einen wertvollen Beitrag zur sozialen Bewegungsforschung in Mittel- und Osteuropa leisten und auch den Diskurs über die Entwicklung der Zivilgesellschaft in der Region vorantreiben.

In Kapitel 2.1 der Arbeit wird die Geschichte der Frauenbewegung und des Diskurses um das Thema Abtreibung in Polen skizziert, wonach die Abtreibungsproteste 2016 und 2020 genauer beleuchtet und beschrieben werden. Die theoretischen Grundlagen zur Analyse der strukturellen Umstände und Mobilisierungsstrategien der Abtreibungsproteste werden in Kapitel 2.2 näher beleuchtet, worauf im Kapitel 2.3 eine kurze Zusammenfassung des bisherigen Forschungsstandes zum Thema folgt. Das Kapitel 2.4 beschreibt die methodische Vorgehensweise bei der darauffolgenden Analyse und enthält einen Verweis auf die forschungsethischen Aspekte, die bei der Untersuchung Berücksichtigung fanden. In Kapitel 2.5 der Arbeit wird zunächst der politische Kontext der Protestwellen mit Fokus auf politische Strukturen, Akteur/innenkonstellationen und Interaktionskontext analysiert. Darauf folgt in Kapitel 2.6 die Analyse von Ressourcenbeständen und der Ressourcenmobilisierung der

Bewegung, wobei verschiedene Arten von Ressourcen genauer untersucht werden. Das nachfolgende Kapitel 2.7 bezieht sich auf die Aspekte der Forderungen, Ziele, formellen Organisationen und sozialen Gruppierungen bezüglich der Mobilisierungsstrategien der Bewegung. Nach der Analyse folgt in Kapitel 3 die Diskussion einschließlich einer Zusammenfassung der Ergebnisse, der Beantwortung der Forschungsfrage, sowie der Forschungslimitationen bevor die Conclusio einen kurzen Einblick in die weitere Entwicklung der Frauenbewegung im Kontext des polnischen Abtreibungsdiskurses sowie einen Ausblick gibt.

2 Der Kampf der Frauenbewegung gegen das Abtreibungsverbot in Polen

2.1 Kontextualisierung der Abtreibungsproteste und Geschichte der Frauenbewegung in Polen

2.1.1 Entwicklung des Abtreibungsdiskurses in Polen

Der Diskurs um das Recht auf Abtreibung in Polen ist historisch gesehen schon lange sehr umstritten. 1932 legalisierte Polen als zweites Land der Welt nach der Sowjetunion Abtreibung in Fällen von Inzest, Vergewaltigung oder der Gefahr gesundheitlicher Folgen für die Schwangere (Hussein, Cottingham, Nowicka, & Kismodi, 2018, S. 11). Dieses Gesetz wurde erstmals 1939 aufgehoben, als während der nationalsozialistischen Besatzung Abtreibung generell legalisiert wurde, um die Fortpflanzung in Polen einzuschränken. Dieser Beschluss wurde nach Ende des Krieges widerrufen (Szelewa, 2016, S. 747). Obwohl Stalin im Jahr 1938 Schwangerschaftsabbrüche in der Sowjetunion kriminalisiert hatte, wurde das eingeschränkte Recht auf Abtreibung aus dem Jahr 1932 in Polen beibehalten, bis das Gesetz im Jahr 1956 erweitert wurde. Die Erweiterung bestand darin, dass fortan Abtreibungen auch aufgrund von medizinischen oder sozialen Gründen vorgenommen werden konnten, sodass de facto die Entscheidung der Frau überlassen wurde (Hussein, Cottingham, Nowicka, & Kismodi, 2018, S. 11) und das Recht auf Abtreibung praktisch uneingeschränkt war (Jelen & Wilcox, 1997, S. 908). Diese Gesetzgebung wurde von der polnischen katholischen Kirche kontinuierlich kritisiert, welche ab den 1980er Jahren Anti-Abtreibungsorganisationen organisatorisch unterstützte (Szelewa, 2016, S. 747). Seit Anfang der 1990er Jahre wurde das Thema Abtreibung allerdings immer kontroverser diskutiert. Da nach dem Systemwechsel kein kommunistisches und offiziell atheistisches Regime mehr an der Macht war, ergab sich für die polnische römisch-katholische Kirche die Gelegenheit, den Anti-Abtreibungsdiskurs zu Gunsten ihrer Werteeinstellung zu beeinflussen (Hussein, Cottingham, Nowicka, & Kismodi, 2018, S. 11).

1990 wurde das Recht auf Abtreibung nach den ersten zwölf Wochen der Schwangerschaft weitgehend eingeschränkt und 1993 wurde in Polen schließlich eines der damals restriktivsten Abtreibungsgesetze in Europa verabschiedet (Jelen & Wilcox, 1997, S. 908), während in den 1980er Jahren Schwangerschaftsabbrüche in weiten Teilen Europas weitgehend legalisiert worden waren (Hussein, Cottingham, Nowicka, & Kismodi, 2018, S. 12). Dieses Gesetz von 1993 erlaubte Abtreibungen nur, wenn die Schwangerschaft das Leben

oder die Gesundheit der Schwangeren gefährdete, im Falle von Vergewaltigung oder Inzest, bei schweren Missbildungen des Fötus oder in einem lebensbedrohlichen Notfall (Jelen & Wilcox, 1997, S. 908). Eine Abtreibung im Fall einer sozial oder ökonomisch schwierigen Situation war somit nicht mehr möglich (Szelewa, 2016, S. 741f). In allen Fällen legaler Schwangerschaftsabbrüche musste die Berechtigung von einer Ärztekommision oder der Staatsanwaltschaft bestätigt werden. Bei der Durchführung einer illegalen Abtreibung drohte den Ärzt/innen bis zu zwei Jahre Haft (Jelen & Wilcox, 1997, S. 908). Dieses Abtreibungsgesetz von 1993 wurde als der sogenannte ‚Abtreibungskompromiss‘ bekannt, da es für alle politischen und sozialen Akteure, die entweder für ein völliges Abtreibungsverbot oder für eine Erweiterung des Gesetzes eintraten, eine vermeintliche Kompromisslösung darstellen sollte (Szelewa, 2016, S. 742). Tatsächlich aber hatten Frauen während der sozialistischen Herrschaft mehr reproduktive Rechte als in der neuen Demokratie (Taub, 2020). Als noch im selben Jahr eine linksgerichtete Regierung gewählt wurde, wurde dieses Recht wieder ein wenig gelockert, sodass auch sozio-ökonomische Gründe Basis für die Durchführung einer Abtreibung sein konnten. Die Beschränkung auf die ersten zwölf Schwangerschaftswochen blieb allerdings bestehen. Außerdem wurden die Frauen vor dem Schwangerschaftsabbruch zu einer Beratung verpflichtet. Die Lockerung des Gesetzes führte in Folge zu einer Zunahme von Anti-Abtreibungskampagnen. Im Jahr 1997 entschied das Verfassungsgericht schließlich, dass Abtreibung verfassungswidrig sei, sodass sozio-ökonomische Beweggründe für einen Schwangerschaftsabbruch wieder wegfielen und der sog. Abtreibungskompromiss von 1993 wieder in Kraft trat (Hussein, Cottingham, Nowicka, & Kismodi, 2018, S. 12). Seitdem wurde von keiner Regierung eine Veränderung dieser Gesetzgebung angestrebt. Sowohl während der linksgerichteten Regierungskoalition von 2001 bis 2006, die das Aufbringen der Thematik als nachteilig für den angestrebten EU-Beitritt ansah, als auch während der Mitte-Rechts Koalition zwischen 2007 und 2015 wurde das Thema reproduktiver Rechte von der Regierung außer Acht gelassen. Der Abtreibungskompromiss, der ursprünglich 1993 verabschiedet worden war, galt folglich lange als der Status Quo in diesem Diskurs, obwohl das Thema Abtreibung über die Jahre hinweg wiederholt in der politischen Debatte aufgebracht worden war. Das änderte sich, als 2015 die nationalkonservative Partei Prawo i Sprawiedliwość (PiS), die öffentlich von der polnischen katholischen Kirche unterstützt wird, die Parlamentswahl mit absoluter Mehrheit gewann (Szelewa, 2016, S. 753f) und sich für eine Verschärfung des Abtreibungsrechts aussprach (ebd., S. 756).

Interessanterweise war der Prozentsatz der polnischen Bevölkerung, die legale Abtreibung befürwortete, im Jahr 1992, also ein Jahr bevor das weitgehende Abtreibungsverbot in Polen eingeführt wurde, relativ groß. 81 % der Bevölkerung hatten sich für das Recht auf Abtreibung bei Gefährdung der Gesundheit oder des Lebens der Mutter ausgesprochen, 53 % bei schwieriger wirtschaftlicher oder sozialer Situation der Mutter und 29 % hatten sogar ein uneingeschränktes Recht auf Abtreibung befürwortet (CBOS, 1992, S. 4). 1990 hatte der letztere Prozentsatz noch bei nur 18 % gelegen (ebd., 7). Außerdem hatten sich 74 % der Befragten für ein Referendum bezüglich eines neuen Abtreibungsgesetzes ausgesprochen (ebd., 1), welches 1993 jedoch schließlich ohne Referendum beschlossen wurde (Szelewa, 2016, S. 750). Bis Ende der 1990er Jahre nahm die Zustimmung zu Schwangerschaftsabbrüchen in der Bevölkerung allerdings stetig ab (Jelen & Wilcox, 2005, S. 302f). 2002 befürworteten nur noch 13 % ein uneingeschränktes und 41 % ein eingeschränktes Abtreibungsrecht, während 40 % sich für ein totales Verbot oder ein Verbot mit Ausnahmen aussprachen (CBOS, 2002, S. 4). Mit einem Schwangerschaftsabbruch aufgrund der Gefährdung des Lebens der Schwangeren waren jedoch immer noch 85 % einverstanden (ebd., S. 8). In einer 2012 durchgeführten Studie waren nur kleinere Abweichungen von diesen Ergebnissen festzustellen, obwohl die Zustimmung zu Abtreibung insgesamt weiter zurückgegangen war (CBOS, 2012, S. 4). Die Hälfte der Befragten (49 %) waren mit dem Status Quo des Abtreibungsgesetzes, also dem Abtreibungskompromiss, einverstanden, während 39 % eine Erweiterung und 9 % eine Verschärfung des Rechtes befürworteten (ebd., 1). Eine erwähnenswerte Entwicklung ist jedoch, dass 2012 nur noch 16 % einer Abtreibung aus materiellen und 13 % aus persönlichen Gründen zugestimmt haben, während es 2002 noch 44 % bzw. 38 % waren (ebd., 4). Auch bis 2016 ging die allgemeine Befürwortung von Schwangerschaftsabbrüchen infolge einer Straftat sowie in den Fällen einer schwierigen persönlichen oder materiellen Situation, von drohender Lebensgefahr durch eine Schwangerschaft oder bei eindeutigen Anzeichen einer Behinderung des Fötus weiter zurück (CBOS, 2016a, S. 5).

Aus diesen Ergebnissen geht hervor, dass das Thema Abtreibung in Polen in den letzten Jahrzehnten sehr umstritten war. Obwohl ein beachtlicher Teil der Bevölkerung eine extreme Position bezüglich des Themas einnahm, waren viele der Haltungen eher weniger eindeutig. Die allgemeine Befürwortung von Abtreibung ist seit den 1990er Jahren allerdings deutlich zurückgegangen. Bis heute hat Polen eine der niedrigsten Zustimmungsraten zu Abtreibung in Europa (Koralewska & Zielińska, 2021, S. 1).

In der Forschungsliteratur wird die Einschränkung des Abtreibungsrechtes in Polen häufig mit der Re-Maskulinisierung des öffentlichen Diskurses und der wiedergekehrten

Betonung traditioneller Geschlechterrollen nach dem Systemwechsel verbunden. Deshalb hat nach Szelewa auch die polnische katholische Kirche eine bedeutende Rolle in der Stärkung traditioneller Familienwerte und der gleichzeitigen Wahrung einer nationalistischen Haltung in der Bevölkerung und somit auch im Anti-Abtreibungsdiskurs gespielt. Da die Kirche schon während des Staatssozialismus großen Einfluss gehabt hatte und bedeutsam für die Oppositionsbewegung gewesen war, nahm ihre öffentliche und politische Position nach dem Wechsel zur Demokratie weiter zu (Szelewa, 2016, S. 742). Nach 1989 präsentierte sich die Kirche als Verfechterin der polnischen nationalen Identität und der Familie und zog somit eine Parallele zur Rolle der Kirche bei der Bekämpfung der sozialistischen und nationalsozialistischen Regime (ebd., S. 758). Neben der Stärkung ihrer eigenen Position im Abtreibungsdiskurs unterstützte sie vor allem in den 1990er und 2000er Jahren diverse Organisationen, die sich für ein Abtreibungsverbot einsetzten (ebd., S. 743f). Außerdem unterstützte sie die Partei der christlich-demokratischen Union nach ihrer Wahl 1991 öffentlich und setzte sich für die Umsetzung von mehreren Anti-Abtreibungs-Gesetzesvorlagen ein. Ein großer Erfolg für war für die Kirche in dieser Hinsicht die schleichende Durchsetzung der Bezeichnung von Abtreibung als „Tötung ungeborener Kinder“ (ebd., S. 750) im Pro-Life-Diskurs (ebd., S. 749f). Da 1993 das Abtreibungsrecht schließlich eingeschränkt wurde, kann argumentiert werden, dass die Abtreibungsgesetzgebung von der katholischen Kirche aufgrund ihrer bedeutsamen sozialen und politischen Position und ihrer eindringlichen Propagierung konservativer Werte entweder direkt oder indirekt beeinflusst worden war. Damit geht auch einher, dass die Kirche bis heute aktiv an der Einschränkung des Zugangs zu öffentlich finanzierten Verhütungsmitteln beteiligt ist und zum Beispiel auch öffentlich eine rechtliche Gleichstellung von Mitglieder/innen der LGBTQIA+-Gemeinschaft ablehnt (ebd., S. 743f). Diese starke Verfechtung konservativer Werte durch eine so einflussreiche Akteurin wie die polnische römisch-katholische Kirche hat bis heute nicht nur einen großen Effekt auf den öffentlichen Abtreibungsdiskurs, sondern auch auf die Gesetzgebung.

Obwohl von weiten Teilen der Bevölkerung, einigen Massenmedien und der Frauenbewegung durch eine positive oder zumindest neutrale Darstellung von Abtreibung gegen „abortion negativity“ (Koralewska & Zielińska, 2021, S. 2) angekämpft wird, herrschen in der öffentlichen Meinung doch sehr viele negativ behaftete Bilder und Vorstellungen vor. Dies kann durch den starken und erfolgreichen Anti-Abtreibungsdiskurs in Polen begründet werden (ebd.). Rechtsgerichtete Medien verwenden verschiedene Taktiken und Argumente, um die öffentliche Meinung zu beeinflussen. Zum einen werden Föten vermenschlicht: Zur Stärkung der Pro-Life Argumentation wird von einem Fötus als ungeborenes Kind, das

‚Schmerzen verspürt‘, ‚leise weint‘ und ‚ermordet‘ wird gesprochen und Schwangerschaftsabbrüche werden als kriminelle Handlungen tituiert. Außerdem wird in diesem Kontext häufig das Leben als ‚heilig‘ dargestellt, was den Zusammenhang zwischen dem Abtreibungsdiskurs und der Kirche einmal mehr verdeutlicht (ebd., S. 5f). Weitere häufig verwendete Narrative beziehen sich auf Abtreibung als Gefahr für die mentale Gesundheit der Frauen und als Ursache lebenslangen Traumas (ebd., S. 7), oder auch als Angriff auf die polnische Kultur und Nation sowie die gleichzeitige abwertende Bezeichnung von Befürworter/innen einer liberaleren Abtreibungsgesetzgebung als vom Westen beeinflusste Feminist/innen (ebd., S. 8f).

Diese Argumente können unter anderem durch die Verknüpfung der Anti-Abtreibungsdebatte mit dem nationalistischen Diskurs (Koralewska & Zielińska, 2021, S. 12), aber auch mit der katholischen Kirche im Land erklärt werden. Anti-Abtreibungsorganisationen hatten in den Jahren, in denen der Abtreibungskompromiss in Polen in Kraft war, des Öfteren in Kooperation mit der Kirche durch Unterschriftensammlungen für Gesetzesvorlagen versucht, Abtreibung durch Gesetzgebung weiter zu beschränken. Bis zur Verschärfung des Rechtes 2021 waren diese jedoch erfolglos (Szelewa, 2016, S. 759). Einige der größten Akteure der Pro-Life-Bewegung ist zum einen der Polnische Interessensverband der Pro-Life-Bewegungen (Polska Federacja Ruchów Obrony Życia – PFROŻ), der 1992 gegründet wurde und 136 Organisationen der sozialen Bewegung verbindet, und zum anderen die Stiftung für das Recht auf Leben (Fundacja Pro-prawo do życia), eine 2005 registrierte Vereinigung. Akteur/innen der Pro-Life-Bewegung versuchen, ihr Ziel, das Abtreibungsrecht weiter einzuschränken bzw. das Abtreibungsverbot auszuweiten, in den meisten Fällen durch direktes sowie indirektes Lobbying zu erreichen. So führen sie nicht nur Gespräche mit politischen Eliten, sondern mobilisieren ihre Anhänger/innen zur Teilnahme an diversen Protesten oder Veranstaltungen und Aktionen zur Bewusstseinsförderung. Seit 2006 werden beispielsweise in vielen polnischen Städten regelmäßig Märsche für das Leben organisiert, die unter anderem von dem ultra-konservativen Radiosender Radio Maryja unterstützt werden. Außerdem werden seit Jahren jährliche Medienauftritte und Veranstaltungen zum polnisch-katholischen Tag der Heiligkeit des Lebens und zum staatlichen Tag des Lebens mit öffentlichen Gebeten abgehalten (Kowalczyk, 2019, S. 97–99). Obwohl die Pro-Life-Bewegung noch immer sehr aktiv ist, veränderten sich der allgemeine Diskurs und die öffentliche Meinung hinsichtlich Abtreibung erheblich mit den Black Protests von 2016 (Koralewska & Zielińska, 2021, S. 3).

2.1.2 Die Entstehung und Entwicklung der Frauenbewegung

Die „conservative revolution“ (Grabowska 2012, zitiert nach Hall, 2019, S. 1498), die mit dem Systemwechsel 1989 in Polen einherging, von der Kirche gefördert wurde und die auch an der Entwicklung der Abtreibungsdebatte deutlich wird, führte zu einer Festigung der Geschlechterrollen und einer Einschränkung der Frauenrechte. Die Themen Geschlecht und Sexualität wurden im öffentlichen Diskurs und in der Politik prävalent, was dazu führte, dass diese häufig von rechtsgerichteten und konservativen Kreisen zur Mobilisierung verwendet wurden. Neben der Einschränkung des Abtreibungsrechtes und vielen Veranstaltungen der Pro-Life-Bewegung entstand auch eine starke homophobe Bewegung gegen die ‚gender ideology‘, der nachgesagt wird, dass sie traditionelle polnische Werte angreife. Genauso war Feminismus im Postsozialismus häufig als externe oder westliche Ideologie abgetan worden, was eine größere Mobilisierung durch feministische Aktivist/innen lange Zeit erschwert hatte (ebd., 1498f).

Die polnische Frauenbewegung und feministische Debatten waren in Polen lange Zeit nicht besonders populär (Hall, 2019, S. 1498f). Zu Zeiten des Staatssozialismus hatte in der Bevölkerung das starke Bedürfnis vorgeherrscht, die polnische Kultur und polnische Traditionen zu schützen, weshalb – trotz Erwerbstätigkeit – die Rolle der Frau als Mutter gestärkt wurde. Die Gründung von Vereinen oder sonstigen unabhängigen Organisationen war nicht erlaubt, weshalb die staatliche Liga der Polnischen Frauen (Liga polskich kobiet) die primäre Frauenorganisation im Land war. Allerdings verfolgte diese nicht direkt feministische Ziele, sondern hatte zum Zweck, die Rolle der Frau an die Ökonomie und Gesellschaft des Staatssozialismus anzupassen. Obwohl in den 1980er Jahren die Anzahl von Frauen in der Politik langsam zunahm, konnten diese durch das allgemeine Fehlen von Grassroots-Vereinigungen und -Aktivitäten im Land nicht bedeutend dazu beitragen, die Interessen von Frauen zu vertreten. Das damalige Regime bestand zum einem auf die sozialistische Selbstverständlichkeit der Geschlechtergleichstellung und verurteilte gleichzeitig den westlichen Feminismus als Unzufriedenheit der privilegierten Bourgeoisie. Folglich hielten auch lange nach 1989 viele Frauen Feminismus nicht für notwendig oder assoziierten ihn sogar durch einige seiner Forderungen, wie das Recht auf Arbeit oder Abtreibung, mit Kommunismus. Gleichzeitig beeinflusste das staatssozialistische Erbe die Organisation der Frauenbewegung. Da während des sozialistischen Regimes sowohl die Politik als auch sämtliche Organisationen zentralisiert und hierarchisch aufgebaut waren und auch die Erfahrung der aus dem Untergrund agierenden Solidarność-Bewegung gezeigt hatte, dass

dezentralisierte Aktivitäten erfolgreicher waren, hatten viele Aktivist/innen Vorbehalte, Dachorganisationen oder große Netzwerke zu bilden (Bystydzienski, 2001, S. 502–504).

Die polnische Frauenbewegung hat ihre Ursprünge in der Solidarność-Bewegung, in der viele Frauen aktiv waren und für eine ökonomische Demokratisierung und nationale Unabhängigkeit eintraten. Da die Solidarność durch ihre Zusammenarbeit mit der katholischen Kirche allerdings auch für konservative Werte stand, wurden geschlechtsspezifische Fragen lange Zeit ausgeklammert. 1980 wurde an der Warschauer Universität eine kleine feministische Gruppe gegründet, die mit der Solidarność zusammenarbeiten wollte, aber schnell isoliert wurde und keine Anhänger/innenschaft für sich gewinnen konnte. Erst 1989 formierte sich innerhalb der Solidarność eine Frauenabteilung, die sich zu einem Frauennetzwerk ausweitete und bis 1990 10.000 Mitglieder/innen zählte. Als 1990 die Gewerkschaft jedoch einen befürwortenden Beschluss bezüglich eines Abtreibungsverbotes entwarf, protestierte die Frauenabteilung, woraufhin ihre Vorsitzende, Małgorzata Tarasiewicz, und ihr Vorstand von der Gewerkschaftsrepräsentation ausgeschlossen wurde (Bystydzienski, 2001, S. 504f).

Nachdem dem Systemwechsel 1989 folgend die Gründung von unabhängigen Organisationen erlaubt worden war, wurde der polnische Feminist/innenverband, der aus der kleinen Frauengruppe von 1980 entstand, in Warschau gegründet und offiziell registriert und eröffnete bald auch Zweigstellen in anderen Städten. Da sofort nach dem Wechsel zur Demokratie die Einschränkung des Abtreibungsgesetzes geplant wurde, war diese Debatte der Grund für die ersten Mobilisierungen der Frauenbewegung und der Anlass für die Gründung einer Reihe weiterer Organisationen. So war beispielsweise die Organisation Pro-Femina, die ebenfalls 1989 entstand, die erste von mehreren Vereinigungen, die sich ausschließlich dem Thema Abtreibung widmeten (Bystydzienski, 2001, S. 506). Die neu gegründeten Gruppierungen konnten gleich zu Anfang durch ihre Rolle bei einer Unterschriftensammlung als Teil einer Kampagne gegen die Kriminalisierung von Abtreibung einen Erfolg verbuchen. An dieser nahmen die meisten linksgerichteten Gruppierungen und Parteien Polens teil und sammelten schließlich 1,2 Millionen Unterschriften (Szelewa, 2016, S. 749). Allerdings wurde die Fokussierung vieler neuer Frauenbewegungen auf die Abtreibungsthematik in Folge zu einem Problem in ihrer weiteren Entwicklung, da diese eine Mobilisierung bezüglich anderer Themen erschwerte. Schon bald wurden einige dieser Gruppierungen inaktiv, was wiederum die Entstehung neuer Organisationen verlangsamte. Obwohl sich durch den Wechsel des politischen und ökonomischen Systems die allgemeine Situation vieler Frauen verschlechtert hatte, schaffte es die neu entstandene Frauenbewegung nicht, große Menschenmassen zu mobilisieren. Trotz alledem wurden bis zum Jahr 2000 insgesamt 150 diverse

Frauenorganisationen registriert, von denen jedoch einige konservativ und nicht feministisch ausgerichtet sind. Auch die Frauenabteilung der Solidarność war weiterhin aktiv, wenngleich auch sie keine feministischen Standpunkte mehr vertrat und sich 1999 schließlich für traditionelle Familienwerte und gegen Abtreibung aussprach. Ende der 1990er und Anfang der 2000er Jahre nahm die Zahl von Grassroots-Organisationen, die sich den durch den Systemwechsel neu entstandenen Problemen der Frauen annahmen, immer mehr zu. Auch in akademischen Kreisen etablierte sich Feminismus langsam, zum Beispiel durch die Einführung von Studiengängen zu Frauen- und Genderstudien und Forschungsgruppen an großen Universitäten. Trotz der öffentlichen und medialen Abneigung gegen Feminismus während der 1990er Jahre wurden einige Dachverbände und Netzwerke von Frauenorganisationen etabliert, die auch mit anderen Netzwerken und Organisationen international zusammenarbeiteten (Bystydziński, 2001, S. 505–508).

Durch die große Zunahme von Organisationen seit dem Systemwechsel kam es zu einer „NGOization“ (Hall, 2019, S. 1502) des polnischen Aktivismus. Der Großteil aktivistischer Aktivitäten wurden von NGOs durchgeführt und durch externe Förderung und Spenden finanziert, was diese häufig entpolitisierte. Da der feministische Diskurs deshalb sehr transnational und EU-ausgerichtet war und die Feminist/innen meist aus der großstädtischen Mittelschicht stammten und sehr gebildet waren, fand diese elitäre Entwicklung des feministischen Aktivismus keinen großen Anklang in der breiten Bevölkerung (ebd.). Damit einher geht auch, dass viele der angesprochenen Themen kein Gehör fanden und so auch wenig Bewusstsein für diese in der Öffentlichkeit geschaffen werden konnte (ebd., S. 1504). Trotzdem konnte insgesamt seit den 2000er Jahren innerhalb der polnischen Frauenbewegung eine langsame Verschiebung von institutionalisiertem Feminismus in Form von NGOs zu häufigerem Grassroots-Aktivismus beobachtet werden (Hall, 2019, S. 1497).

Obwohl es die polnische Frauenbewegung bislang nicht geschafft hat, das Abtreibungsrecht zu liberalisieren, sollten die Aktivitäten der Frauenorganisationen seit den 2000er Jahren dennoch gewürdigt werden. Während des EU-Beitrittsprozesses engagierte sich beispielsweise der Verband der Frauen des 8. März im Kampf für legale Abtreibung und verfasste 2002 einen offenen Brief an das EU-Parlament, in dem er auf die politische Debatte über das weitgehende Abtreibungsverbot in Polen aufmerksam machte (Szelewa, 2016, S. 753). Dieselbe informelle Gruppe organisierte außerdem seit 2000 jährlich die sogenannten Manifa-Demonstrationen zum internationalen Frauentag. Diese Demonstrationen sprachen durch ihre Verbindung von Feminismus und Popkultur nicht nur Aktivist/innen des traditionellen Feminismus, sondern auch die breitere Öffentlichkeit an, weshalb sie laut Magda Grabowska,

die die Verschiebung des polnischen Feminismus hin zum Grassroot-Aktivismus untersuchte, „a wider process of democratization of the Polish women’s movement“ (Grabowska 2009, zitiert nach Hall, 2019, S. 1503) darstellten (ebd.). Außerdem konnte die Frauenbewegung einige Erfolge, zum Beispiel bezüglich Frauenquoten bei Wahlen oder bei der Kinderbetreuung, verbuchen (Dean & Aune, 2015, S. 383). Ein wichtiges Merkmal der Bewegung in den letzten Jahrzehnten ist außerdem ihre Zusammenarbeit mit LGBTQIA+-Aktivist/innen und ihre gemeinsame Bekämpfung der Unterdrückung der LGBTQIA+-Gemeinschaft in Polen. Somit geht der feministische Aktivismus über Angelegenheiten, die allein Frauen betreffen, hinaus (ebd., S. 385f). Nach Korolczuk führte aber erst der Sieg der PiS bei den Parlamentswahlen 2015 und ihre konservative und populistische Politikführung zu weitergehenden Grassroot-Mobilisierungen der polnischen Bevölkerung. Diese wurden anfangs vor allem vom Komitee zur Verteidigung der Demokratie (Komitet obrony demokracji – KOD) organisiert. Obwohl diese Mobilisierungen nicht spezifisch die Frauenbewegung betrafen, führten sie zu einer Polarisierung der Gesellschaft, wodurch diese politisch aktiver wurde und es zu vermehrten Protesten als Mittel politischer Partizipation kam (Korolczuk E. , 2016, S. 98).

Da sich die Black Protests 2016–2018 und die Protestwelle von 2020 im Vergleich zum Aktivismus der Frauenbewegung der letzten Jahrzehnte allerdings in einer anderen Größenordnung abspielten und es das Ziel dieser Arbeit ist, die Bedeutung struktureller Einflüsse und Umstände für dieses Phänomen zu beurteilen, werden im Folgenden für eine bessere Beleuchtung der Zusammenhänge sowohl der Kontext und als auch der Ablauf beider Protestwellen skizziert.

2.1.3 Die Protestwellen 2016–2018 und 2020

Obwohl die Protestwelle, die von den Medien später gesamtheitlich als Black Protests bezeichnet wurde, im Oktober 2016 begann und bis 2018 andauerte, geht ihr Kontext bereits auf den 28. März 2016 zurück, als das Anti-Choice-Netzwerk ‚Stop Abortion‘ mit Unterstützung der polnischen katholischen Kirche einen Gesetzentwurf für ein totales Abtreibungsverbot vorstellte (Korolczuk E. , 2016, S. 96), der auch Gefängnisstrafen für Ärzt/innen und Frauen bei Zuwiderhandlung beinhaltete (ebd., S. 92). Als direkte Antwort organisierten sich sowohl etablierte NGOs als auch linksgerichtete Parteien und Grassroot-Initiativen gemeinsam online und versammelten sich bereits am 3. April bei von der außerparlamentarischen linken Partei Razem und der am 1. April gegründeten Initiative Gals

for Gals (Dziewuchy Dziewuchom) organisierten Demonstrationen gegen diesen Gesetzentwurf in mehreren polnischen Städten. In Warschau nahmen über 7000 Menschen teil, in kleineren Städten mehrere hundert. Darauf folgte eine Reihe aktivistischer Initiativen, wie zum Beispiel das demonstrative Verlassen von Sonntagsmessen in der Kirche oder die Zustellung von Paketen mit Kleiderbügeln, die das Symbol illegaler und unsicherer Abtreibung geworden waren, an das Büro der Ministerpräsidentin Beata Szydło. Das Besondere an diesen Aktivitäten war, dass sie nicht nur von feministischen Aktivist/innen, sondern auch von kleineren Gruppierungen und aktivistisch unerfahrenen Personen durchgeführt wurden (Korolczuk E. , 2016, S. 96f).

Die Kampagne von Stop Abortion hatte in drei Monaten über 400.000 Unterschriften gesammelt (Korolczuk E. , 2016, S. 92), weshalb ihre Gesetzesvorlage im Juli 2016 schließlich von der ultra-konservativen katholischen Organisation Ordo Iuris (Graff, 2020, S. 233), die sich selbst als Institut zur Wahrung kultureller Identität und Rechtskultur beschreibt (Ordo Iuris, o.J.), dem Parlament vorgelegt wurde (Korolczuk E. , 2016, S. 92). Gleichzeitig formten mehrere feministische Organisationen das Bündnis ‚Save The Women!‘ (Ratujmy kobiety!), von dem eine Gegenkampagne für die Liberalisierung des Abtreibungsgesetzes initiiert wurde. Diese sammelte im Sommer 2016 über 240.000 Unterschriften, weshalb die zugehörige Gesetzesvorlage ebenfalls dem Parlament vorgelegt wurde. Diese wurde allerdings schließlich, im Gegensatz zur Vorlage von Ordo Iuris und Stop Abortion, die zur zweiten Parlamentslesung zugelassen wurde, im September 2016 bereits bei einer ersten Lesung im Parlament abgelehnt (ebd., S. 97f).

Dieses Ereignis führte zur ersten Veranstaltung der Black Protests am 25. September 2016 in Warschau und einigen anderen Städten, organisiert von der Partei Razem. Kurz darauf wurde von der neu entstandenen Initiative Gesamtpolnischer Frauenstreik (Ogólnopolski Strajk Kobiet – OSK) zu einem Streik der Frauen aufgerufen, dessen Organisation online auf Facebook am 25. September begann (Hall, 2019, S. 1505). Inspiriert wurde die Idee eines Streikes von einem Frauenstreik in Island 1975, welcher sich allerdings nicht auf das Thema Reproduktion, sondern das Thema Arbeit fokussierte hatte (Król & Pustułka, 2018, S. 374). Der Streik fand schließlich am 3. Oktober 2016 in mehreren polnischen Städten und Ortschaften statt und stellte den Gipfel der als Black Protests bezeichneten Protestwelle dar (Korolczuk E. , 2016, S. 98). Weil dieser 3. Oktober ein Montag war, wird dieses Ereignis auch Black Monday (Czarny Poniedziałek) genannt. Nach Angaben des OSK nahmen etwa 200.000 Menschen an den Protesten an über 150 Standorten innerhalb und außerhalb Polens teil. 500.000 Menschen trugen an diesem Tag aus Solidarität schwarze Kleidung (Hall, 2019, S. 1505), eine Farbe, die

die Trauer um die reproduktiven Rechte von Frauen symbolisieren sollte und auch dem Ereignis an sich seinen Namen gab (BBC, 2016). Laut offizieller Aussage der Polizei hatten etwa 100.000 Menschen teilgenommen. Ohnehin war dies jedoch die größte Grassroots-Protestmobilisierung seit den Mobilisierungen der Solidarność-Bewegung (Król & Pustułka, 2018, S. 374f). Neben dem Ausmaß der Mobilisierung war an diesen Protesten auch besonders, dass sie in vielen kleineren Ortschaften stattfanden und zu einem großen Teil von noch unerfahrenen Aktivist/innen organisiert wurden (Hall, 2019, S. 1505). So fanden 90 Prozent der Demonstrationen in Ortschaften mit weniger als 50.000 Einwohnern statt. Marta Lempert vom OSK, die eine der Organisatorinnen des Streiks war, bezeichnete die rege Teilnahme lokaler Koordinator/innen als wichtiges Ereignis und potentiellen Wendepunkt für die polnische Frauenbewegung (Król & Pustułka, 2018, S. 375). Insgesamt wurden die Hauptforderungen der Proteste und die kollektive Identität der Bewegung sowohl durch feministische Aktivist/innen, aktivistisch unerfahrene Frauen und die ausschließlich online aktiven Mitwirkenden geformt (Korolczuk E. , 2016, S. 107).

Diese Massenmobilisierung war schließlich erfolgreich und führte zur Ablehnung der Gesetzesvorlage von Ordo Iuris und Stop Abortion im Sejm, dem polnischen Parlament. Die katholische Kirche, die den Gesetzentwurf zuerst unterstützt hatte, distanzierte sich nach dessen Ablehnung von Stop Abortion, da sie nie Gefängnisstrafen für die Durchführung einer Abtreibung befürwortet hätte (Graff, 2020, S. 238). Die PiS-Regierung kündigte allerdings gleichzeitig an, an einem vermeintlich angemessenen Programm zur Abtreibungsregulierung zu arbeiten (Druciarek, 2016).

Nachdem am 24. Oktober 2016 ein weiterer Black Protest für die Liberalisierung des Abtreibungsgesetzes im breiteren Kontext der Geschlechtergleichstellung stattgefunden hatte, hatten laut einer Meinungsumfrage im November 88 % der Bevölkerung von den Protesten gehört (CBOS, 2016b, S. 6). 58 % der Befragten unterstützten die Proteste „eher“ bis „eindeutig“, während nur 26 % sie „eher“ oder „eindeutig“ ablehnten. Die Befürwortung der Proteste war dabei unter den Frauen höher (ebd., S. 11). Der Streik und die Black Protests führten außerdem zu einer insgesamt höheren Aktivität der polnischen Frauenbewegung in den folgenden Jahren (Hall, 2019, S. 1505). Im Jahr 2016 wurde demnach die größte politische Partizipation in Form von Protesten in Polen seit 28 Jahren gemessen (Graff, 2020, S. 235). Bis 2018 wurden weitere Black Protests gegen eine Verschärfung des Abtreibungsrechtes organisiert (Hall, 2019, S. 1499). Einige weitere Beispiele für darauffolgenden Aktivismus sind außerdem Demonstrationen gegen die Einschränkung des Zugangs zu Notfallverhütungsmitteln am Tag der Frauen und am Muttertag 2017 und die Teilnahme der Bewegung an Protesten zur

Verteidigung der unabhängigen Justiz im Juli 2017. Darüber hinaus startete das Bündnis Save The Women! im August 2017 eine erneute Kampagne für eine Liberalisierung des Abtreibungsrechtes und sammelte bis Oktober fast 500.000 Unterschriften. Als Reaktion der Pro-Choice-Bewegung wurde erneut eine Gegenkampagne von Stop Abortion gestartet, die bis November 830.000 Unterschriften zusammentrug (Graff, 2020, S. 236). Obwohl sich die Kirche vom vorherigen Gesetzentwurf von Stop Abortion distanziert hatte, veröffentlichte das Präsidium des polnischen Episkopats am 10. Januar 2018 einen Appell an das Parlament, den neuen Gesetzentwurf zu unterstützen, mit dem Titel ‚Stopp der eugenischen Abtreibung‘ (Motak, Krotofil, & Wójciak, 2021, S. 5). Wie im Falle der beiden gegensätzlichen Gesetzentwürfe von 2016, wurde im selben Monat schließlich der neue Gesetzentwurf von Stop Abortion, der zwar keine Bestrafung bei einem Verstoß gegen das Abtreibungsverbot enthielt, aber auf ein Abtreibungsverbot bei missgebildeten Föten fokussiert war, zu weiteren Verhandlungen angenommen, während der Entwurf von Save The Women! erneut bei der ersten Lesung abgelehnt wurde. Diese Entscheidung führte zu einer Reihe von kleineren Protesten und gipfelte schließlich im Black Friday-Protest am 23. März 2018. Dabei versammelten sich etwa 50.000 bis 90.000 Menschen in Warschau vor der Zentrale der PiS. Dieser Protest war damals die größte Versammlung zur Verteidigung der Rechte von Frauen in Polen aller Zeiten. Die katholische Kirche unterstützte auch diesmal entschieden den Gesetzentwurf zur Einschränkung des Abtreibungsrechts, weshalb der Protest diesmal auch stärker gegen die Kirche gerichtet war. Diese Reihe von Protestveranstaltungen war, wie auch die Proteste von 2016, erfolgreich: Das Gesetz zur Einschränkung des Abtreibungsrechts wurde letztendlich abgelehnt (Graff, 2020, S. 236).

Das Netzwerk Ogólnopolski Strajk Kobiet (OSK) war die führende Gruppierung der Proteste und somit auch der Bewegung. Es vernetzte sich außerdem mit dem Komitee zur Verteidigung der Demokratie und anderen sozialen Akteuren und rückte die Frauenbewegung somit in den weiteren Kontext der Bewegung gegen den Rechtspopulismus. Gleichzeitig wurde trotzdem besonderer Wert auf die Eigenständigkeit der feministischen Bewegung gelegt (Graff, 2020, S. 231f). Die Frauenbewegung wurde sehr heterogen und repräsentierte nicht nur die Forderungen etablierter Feminist/innen, sondern auch unerfahrener und ‚gewöhnlicher‘ Frauen. Somit wurde nicht für eine bestimmte Gesetzgebung, sondern gegen die Einschränkung von Frauenrechten und die Objektivierung von Frauen demonstriert (Motak, Krotofil, & Wójciak, 2021, S. 7). Durch die weitgehende Vernetzung der Aktivist/innen im Internet wurden auch transnationale Verbindungen geschaffen. So inspirierte der polnische Frauenstreik unter

anderem den Internationalen Frauenstreik, während die polnische Frauenbewegung sich wiederum von internationalen feministischen Bewegungen inspirieren ließ (ebd., S. 238f).

Obwohl das Thema Abtreibung in Polen durch die Black Protests der Jahre 2016 bis 2018 an Relevanz gewonnen hatte, änderte sich letztendlich nichts an der schon früher geltenden Gesetzgebung des Abtreibungskompromisses. Allerdings wird diese Protestwelle von vielen als Anfang einer populären feministischen Bewegung in Polen gesehen (Hall, 2019, S. 1499). Demgemäß hat sich eine neue Generation an Aktivist/innen herausgebildet, die für Frauenrechte und gegen die PiS-Regierung einsteht. Dies stellt einen klaren Gegensatz zum vorher institutionalisierten Feminismus dar (Hall, 2019, S. 1511f). Trotzdem kam es nicht mehr zu Protesten im Ausmaß der Black Protests, bis im Oktober 2020 eine neue, noch größere Protestwelle ausbrach.

Auslöser für die erneute Protestwelle war die Entscheidung des Verfassungsgerichtes vom 22. Oktober 2020, die besagte, dass die Abtreibung von mit hoher Wahrscheinlichkeit missgebildeten oder lebensgefährlich kranken Föten verfassungswidrig sei (Suchomska & Urzędowska, 2021, S. 12). Dieses Urteil ermöglichte eine Abtreibung fortan nur noch in folgenden zwei Fällen: Einerseits im Falle einer Schwangerschaft durch Vergewaltigung oder als Folge von Inzest und andererseits bei Gefährdung der Gesundheit oder des Lebens der Mutter. Da allerdings etwa 98% der Abtreibungen in Polen aufgrund einer Missbildung des Fötus stattfinden, verbot ein solches Gesetz de facto fast alle Abtreibungen (Osinski & Mahmood, 2020). Die Entscheidung folgte dem von 119 Abgeordneten der Parteien PiS, PSL-Kukiz '15 und Konfederacja gestellten Antrag (Witczak, 2021) zur Prüfung, ob das Recht auf Abtreibung aufgrund von schweren Missbildungen des Fötus verfassungsgemäß sei, aus dem Herbst 2019 (TVN24, 2019). Schon am Tag der Verkündung des Urteils kam es in vielen Städten zu Protesten, in Warschau vor dem Gebäude des Verfassungsgerichtes (Suchomska & Urzędowska, 2021, S. 12). In den darauffolgenden Wochen wurden täglich weitere Proteste in vielen polnischen Städten organisiert. So fanden am Mittwoch, den 28. Oktober 2020, landesweit über 400 Demonstrationen mit ca. 430.000 Teilnehmer/innen statt. Obwohl am darauffolgenden Freitag, den 30. Oktober, Präsident Andrzej Duda zur Konfliktschlichtung einen Änderungsentwurf für das Urteil einreichte, der die Abtreibung für den Fall, dass das Kind nach der Geburt mit einer hohen Wahrscheinlichkeit sterben würde, legalisieren sollte, versammelten sich noch am selben Tag erneut 100.000 bis 150.000 Demonstrant/innen zu einem der größten Proteste in Polen seit Jahrzehnten. Die Teilnehmer/innen zogen durch Warschau zum Wohnsitz von PiS-Parteichef Jarosław Kaczyński. Dabei wurden 37 Menschen

festgenommen. Obwohl im November weitere Proteste in vielen polnischen Städten folgten (TVN24, 2020), stellte die Protestaktion vom 30. Oktober 2020 den Höhepunkt der Welle dar.

Die Protestierenden beschuldigten dabei die Regierungspartei PiS und die polnische katholische Kirche, das Verfassungsgericht bei seiner Entscheidung beeinflusst zu haben (Mortensen & Smith-Spark, 2020). Die katholische Kirche hatte sehr positiv auf die Entscheidung des Verfassungsgerichtes reagiert (Motak, Krotofil, & Wójciak, 2021, S. 5). Deshalb wurden viele Protestaktionen nicht nur an politisch bedeutenden Standorten wie dem Parlamentsgebäude oder PiS-Zentralen, sondern auch an symbolbehafteten Orten wie den Residenzen von Bischöfen und Kirchen, organisiert (ebd., S. 7), wobei auch Gottesdienste unterbrochen wurden (Mortensen & Woodyatt, 2020). Sie fanden zum einen in Form von sogenannten ‚Spaziergängen‘ aufgrund der Covid19-Restriktionen, zum anderen in Form von ‚schwarzen Stunden‘, bei denen größere Straßen oder Kreisverkehre von Spazierenden und Autos blockiert wurden, statt (Suchomska & Urzędowska, 2021, S. 15). Bereits am 27. Oktober unternahm die Kirche als Reaktion auf die Proteste den Versuch, sich erneut von der politischen Entscheidung zu distanzieren (Motak, Krotofil, & Wójciak, 2021, S. 6). Katarzyna Wężyk, Kolumnistin der oppositionellen Zeitung Gazeta Wyborcza, versteht diese neue Protestwelle von 2020 als Reaktion auf jahrzehntelange Missachtung der Frauenrechte in der Öffentlichkeit. Die Demonstrationen seien gleichzeitig aus Wut auf die Regierung und die katholische Kirche entstanden (Wężyk 2021, zitiert nach Suchomska & Urzędowska, 2021, S. 13).

Im Gegensatz zum temporären Erfolg der Black Protests von 2016 und 2018 konnte die Mobilisierung von 2020 das Inkrafttreten des neuen Abtreibungsgesetzes nicht verhindern. Nach einer auf die Proteste folgenden dreimonatigen Verzögerung kam es am 27. Januar 2021 letztendlich zur Veröffentlichung des Urteils, das einen Schwangerschaftsabbruch nur noch in den oben beschriebenen zwei Fällen erlaubt. Daraufhin kam es zu erneuten Protesten gegen das Abtreibungsverbot. Einige tausend Menschen versammelten sich erneut vor dem Verfassungsgericht und zogen anschließend durch Warschau, unter anderem zum PiS-Hauptgebäude. Ähnliche Demonstrationen fanden in 47 weiteren Städten Polens wie schon zuvor vor PiS-Zentralen und Kirchen statt (Witczak, 2021).

Auch diese Protestwelle im Herbst 2020 fand größtenteils unter dem Banner des OSK statt. Obwohl das Netzwerk für die Organisation von Konferenzen, Medienpublikationen und Informationsverteilung verantwortlich war, organisierten kleinere lokale Gruppierungen eigene Proteste und andere Veranstaltungen, um so zur Bewegung beizutragen (Suchomska & Urzędowska, 2021, S. 14). Wie auch bei den Black Protests 2016–2018 schaffte es die Bewegung, nicht nur die bereits etablierten Feminist/innen anzusprechen, sondern auch

außerhalb der zuvor schon aktivistischen Kreise große Teile der breiten Bevölkerung zu mobilisieren (Motak, Krotofil, & Wójciak, 2021, S. 7). Neben den vorerst die Entscheidung des Verfassungsgerichtes betreffenden Protestaktionen wurde der Aktivismus der Bewegung unter anderem durch die öffentliche Unterstützung der gegen die Wahlfälschung protestierenden Belarussinnen oder durch Demonstrationen gegen Polizeibrutalität, den Bildungsminister oder auch gegen die Führung der katholischen Kirche erweitert (Suchomska & Urzędowska, 2021, S. 14). Marta Lempart, eine der Organisatorinnen und prominentesten Figuren der Bewegung, erklärte, dass es bei den Protesten nicht mehr nur um Frauenrechte und das Recht auf Abtreibung ging, sondern auch um „Gesundheitsversorgung, Lokalpolitik und vieles mehr“ (Lempart 2020, zitiert nach Wesel, 2020), da es zu einer zunehmenden Bedrohung durch staatliche Institutionen gekommen war (ebd.).

Obwohl das Urteil des Verfassungsgerichtes letztendlich doch in Kraft trat und in Polen derzeit ein nahezu totales Abtreibungsverbot und somit eines der restriktivsten Abtreibungsgesetze in Europa gilt (Motak, Krotofil, & Wójciak, 2021, S. 1), kam es nur zu leichten Verschiebungen der öffentlichen Meinung zum Thema Abtreibung. Nach dem Beginn der Black Protests 2016 nahm die öffentliche Zustimmung zu Abtreibung vor allem in Fällen von Lebensgefahr (86 %) oder Gefährdung der Gesundheit (77 %), bei Inzest oder Vergewaltigung (79 %) und bei einer Missbildung des Fötus (60 %) im Gegensatz zu 2012 ein wenig zu. Die Veränderung der Zustimmung in diesen Fällen bis 2020 ist jedoch sehr minimal. Die Prozentzahl der Befürworter/innen im Falle einer schwierigen materiellen Situation lag 2020 nur bei 20 %, im Falle einer schwierigen persönlichen Situation bei 18 % und aus freiem Willen auch nur bei 18 % (CBOS, 2020, S. 4). Allerdings unterstützten 63 % der Befragten die Proteste nach dem Urteil des Verfassungsgerichtes 2020 ‚eher‘ oder ‚eindeutig‘, während 32 % sie ‚eher‘ oder ‚definitiv‘ ablehnten. 2016 lag die Unterstützung der Black Protests bei 58 % (CBOS, 2016b, S. 11). Interessanterweise antworteten 8 % der Befragten außerdem, dass sie persönlich an den Protesten 2020 teilgenommen hätten, während bei einer ähnlichen Befragung über die Black Protests 2016 nur 3 % der Befragten ihre Teilnahme bestätigt hatten (CBOS, 2020, S. 10). Es kann also festgestellt werden, dass es seit den Black Protests zu einer leichten Meinungsverschiebung in der Öffentlichkeit gekommen ist, die Proteste 2020 aber eine noch größere Reichweite hatten und definitiv zur Bewusstseinsbildung beigetragen haben.

Die Protestwelle der Frauenbewegung aus dem Herbst 2020, die sich bis Anfang 2021 erstreckte, war nicht nur die größte Mobilisierung der Zivilgesellschaft gegen die Regierung seit der Solidarność-Bewegung, sondern auch die erste Mobilisierung gegen die polnische katholische Kirche in einem solch großen Ausmaß (Motak, Krotofil, & Wójciak, 2021, S. 2).

Nach dem Skizzieren der Ereignisse beider Protestwellen zur Kontextualisierung wird im Folgenden der Forschungsstand zum Thema vorgestellt, woraufhin anschließend die theoretischen Grundlagen für die Analyse folgen. So soll schließlich erklärt werden, welche Bedeutung strukturelle Umstände, Einflüsse und Mobilisierungsstrategien für diese erfolgreichen Mobilisierungen der Frauenbewegungen hatten.

2.2 Forschungsstand

Wie bereits erwähnt, ist das Ausmaß der Mobilisierungen während der beiden Protestwellen gegen eine Einschränkung des Abtreibungsrechtes in Polen für die Region Mittel- und Osteuropa untypisch. In der Literatur gibt es verschiedene Erklärungen für die allgemein geringe politische Partizipation in der Region. Unter anderem baut ein Argument auf der Hypothese auf, dass die Instabilität der heutigen politischen Systeme, die immernoch vorherrschende Korruption und der Mangel an *good governance* das politische Vertrauen der Bürger/innen und ihr Engagement beeinträchtigt. Auch wirtschaftliche Faktoren können einen Einfluss auf die politische Beteiligung haben: So sei eine hohe Partizipation in Ländern mit ökonomischem Wohlstand wahrscheinlicher als in Ländern, in denen die Bevölkerung von der wirtschaftlichen Entwicklung enttäuscht sei, was in vielen post-kommunistischen Ländern der Fall ist (Hooghe & Quintelier, 2014, S. 212–214). Eine Studie von Pop-Eleches und Tucker zeigt außerdem, dass die post-kommunistische sozio-demographische Landschaft, die post-totalitäre Sozialisierung unter der Herrschaft eines sozialistischen Regimes, wie auch die Anzahl der Jahre, in denen die Bevölkerung in einem kommunistischen System gelebt hat, einen Einfluss auf das Partizipationsdefizit in der Region haben (Pop-Eleches & Tucker, 2013, S. 64). Nach Petrova und Tarrow ist aber vor allem die zivilgesellschaftliche Dimension des „transactional activism“ (Petrova & Tarrow, 2007, S. 79), also der Verbindungen zwischen organisierten NGOs untereinander, zu politischen Parteien und zu staatlichen Institutionen, hinsichtlich des dennoch beachtlichen Zuwachses an Verbänden und Interessengruppen in der Region (ebd., S. 78f) nicht zu vernachlässigen (ebd., S. 87). Ein neueres Argument in der Literatur ist deshalb, dass einige Formen des Aktivismus von der Forschung ausgeschlossen worden seien, entweder wegen unterschiedlicher Definitionen von Zivilgesellschaft oder auch weil diese relativ neu und eher unauffällig seien (Jacobsson & Korolczuk, 2017, S. 18).

Neben der umfassenden Forschung im Themenfeld der Zivilgesellschaft und der politischen Partizipation in Osteuropa, gibt es auch ein breites Forschungsfeld zum Feminismus

in Polen sowie einige Publikationen zur polnischen Frauenbewegung. Jill M. Bystydziński illustriert die Entwicklung der polnischen Frauenbewegung in den 1980er und 1990er Jahren (Bystydziński, 2001). Ihrer Arbeit zufolge verhinderten verschiedene historische und kulturelle Aspekte, wie zum Beispiel die starke Verankerung des Patriarchalismus und der katholischen Kirche in Polen, aber auch wirtschaftliche und politische Faktoren des (Post-) Sozialismus die Herausbildung einer starken und effektiven feministischen Bewegung (ebd., S. 509). Ein weiteres relevantes Beispiel ist ein Artikel von Korolczuk und Saxonberg, in dem die Autor/innen die Proteststrategien der Frauenbewegungen in Polen und Tschechien vergleichen (Korolczuk & Saxonberg, 2015). Dabei wird unter anderem argumentiert, dass vor allem die polnische Frauenbewegung die Bevölkerung im letzten Jahrzehnt erfolgreich mobilisieren konnte und sowohl transaktionale Strategien, zum Beispiel in Form einer Zusammenarbeit mit nichtstaatlichen Akteur/innen oder in Form von Lobbying, als auch partizipative Strategien nutzte (ebd., 404f). Theoretisch bezogen sie sich auf die Political Opportunity Structure, wobei argumentiert wird, dass Gelegenheitsstrukturen in Polen in vielerlei Hinsicht weitaus offener seien (ebd., 419).

Viele der Publikationen, die die Abtreibungsproteste seit 2016 thematisieren, fokussieren sich vor allem auf die Black Protests, da die neueren Proteste erst vor kurzem stattfanden. Dabei wird die Protestwelle aus vielen verschiedenen Perspektiven betrachtet. Bogumila Hall reflektiert über die Entwicklung des feministischen Aktivismus in Polen und konzentriert sich dabei auf die Protestwelle der Black Protests, die neue Generation von Aktivist/innen und deren Aufbegehren gegen die polnische Regierung. Dabei habe es seit den 2000er Jahren eine Verschiebung vom institutionalisierten Feminismus hin zu einer informelleren Form von Aktivismus gegeben (Hall, 2019, S. 1497). Besonders interessant sind die von der Autorin durchgeführten Interviews mit Aktivist/innen, die an den Black Protests teilnahmen (Hall, 2019). Auch Agnieszka Graff untersucht die Protestwelle der Black Protests auf Basis von teilnehmender Beobachtung und Interviews mit Aktivist/innen und argumentiert in ihrem Essay, dass die Bewegung aufgrund ihrer populistischen Mobilisierungsstrategien unter Verwendung von flexiblem Framing und emotionaler Sprache als populistischer Feminismus beschrieben werden könne (Graff, 2020). Eine Publikation, die einige Artikel zum Thema der Black Protests und der Frauenstreiks enthält, ist die vom Europäischen Zentrum der Solidarność veröffentlichte Monographie „Bunt kobiet. Czarne Protesty i Strajki Kobiet“ (Korolczuk, Kowalska, Ramme, & Snochowska-Gonzalez, 2019). Einer der Artikel aus dieser Publikation wurde von Kowalska und Nawojski verfasst und analysiert die Protestgeschehnisse als zivilgesellschaftliche Praktiken unter Verwendung von Ergebnissen von Umfragen unter

Protestteilnehmer/innen und Feldforschung (Kowalska & Nawojski, 2019). Agnieszka Ziętek hingegen untersucht die Frauenstreiks als Beispiel für *assertive civic culture*. Sie verwendet dabei diese Bewegung als Fallstudie für eine Neudefinition ziviler Kultur (Ziętek, 2020). Król und Pustułka betrachten den Frauenstreik während der Black Protests 2016 in Form einer Einzelfallstudie aus der Reproductive Justice-Perspektive und verbinden somit die Streitfrage um individuelle reproduktive Rechte mit ihren Auswirkungen auf staatliche Zusicherungen und den öffentlichen Diskurs über Frauenrechte und Geschlechtergleichstellung (Król & Pustułka, 2018). Aus einer ganz anderen Perspektive untersucht Marta Kosińska die feministische Bewegung: Sie analysiert die Beziehung der Bewegung zur informellen Erwachsenenbildung und somit ihren pädagogischen Ansatz, welcher die Grundlage für die weitere Entwicklung der Gesellschaft und die gesellschaftliche Wahrnehmung der Bewegung sei (Kosińska, 2020).

Natürlich gibt es auch einige Publikationen, die sich mit der jüngsten Protestwelle befassen. Joanna Suchomska und Dominika Urzędowska untersuchen das Protestgeschehen nach dem 22. Oktober 2020 rund um die Frauenstreiks aus der Perspektive des *new social movement*-Ansatzes, der eine wichtige Strömung der sozialen Bewegungsforschung darstellt, und beschreiben und analysieren die Geschehnisse unter Verwendung dieses Konzeptes (Suchomska & Urzędowska, 2021). Motak, Krotofil und Wójciak hingegen analysieren die Protestwelle 2020 als Gegenreaktion gegen die Regierung, aber vor allem auch gegen die katholische Kirche. Dabei gehen sie auf die Verbindung zwischen den Aktivitäten der Protestbewegung in Krakau und den Kontroversen der polnischen katholischen Kirche sowie auf deren konservative Positionen gegenüber sozialen und politischen Angelegenheiten ein (Motak, Krotofil, & Wójciak, 2021). Mit Fokus auf die Covid19-Pandemie schreibt Przemysław Osiewicz in einem Artikel über die daraus folgende Einschränkung der Versammlungsfreiheit und wie sich diese auf die Frauenstreiks ausgewirkt hat. Dabei geht er auch kurz auf die Situation bürgerlicher Freiheiten vor der Pandemie und den Umgang der Behörden mit den Protesten ein (Osiewicz, 2020). Auch Agata Czarniawska beleuchtet in einem Essay die Proteste von 2020 unter der Berücksichtigung der herrschenden Pandemie. Dabei arbeitet sie auch einige Unterschiede zwischen den neueren Demonstrationen und den Protesten zwischen 2016 und 2018 heraus (Czarniawska, 2020).

Einige der aufgeführten Untersuchungen befassen sich mit den Protestwellen der Frauenbewegung in Relation zu anderen Akteuren oder mit ihren Auswirkungen auf bestimmte Themenfelder. Andere fokussieren sich auf den Aspekt kollektiver Identität und auf den Einsatz emotionaler Taktiken durch die Bewegung. Obwohl diese Faktoren eine sehr wichtige Rolle bezüglich der Mobilisierung der Bevölkerung spielen, können diese allein nicht erklären, wie

es seit 2016 zu derart großen und erfolgreichen Protestwellen kommen konnte. Im Anschluss an die existierende Forschung und vor allem in Anlehnung an Korolczuk und Saxonberg, die sich mit Gelegenheitsstrukturen für die erfolgreichen Mobilisierungen der polnischen Frauenbewegung befassten, und Graff, die sich ebenfalls mit den Mobilisierungsstrategien sowie mit dem Framing der Bewegung während der Black Protests auseinandersetzte, wird der Fokus in der folgenden Untersuchung auf die Auswirkungen struktureller Aspekte und Einflüsse auf die Mobilisierung während der Protestwellen gelegt. Somit wird vor dem Hintergrund des politischen Abtreibungsdiskurses und der Motivation der Proteste die Bedeutung organisatorischer und strategischer Aspekte sowie der Gelegenheitsstrukturen beleuchtet.

2.3 Theoretische Herangehensweise

Im Folgenden werden die verschiedenen Konzepte, die als Analyseinstrumente für die Untersuchung der strukturellen Umstände und Einflüsse wie auch der Mobilisierungsstrategien dienen sollen, vorgestellt. Die theoretische Grundlage setzt sich aus dem Konzept des politischen Kontexts nach Hanspeter Kriesi (Kriesi, 2004), das auf der Political Opportunity Structure beruht, einer Analyse zu Ressourcen und Mobilisierung von Bob Edwards und John D. McCarthy (Edwards & McCarthy, 2004), das sich auf die Resource Mobilization Theory bezieht, einer Kategorisierung von strategischen Einflussfaktoren auf die Größe von Demonstrationen nach Nicolás Somma und Rodrigo Medel (Somma & Medel, 2019) und einer Kritik an einer zu engen Definition der Rationalität sozialer Akteur/innen, die sich auf den klassischen Ansatz der Resource Mobilization Theory bezieht, zusammen.

2.3.1 Political Opportunity Structure

In den letzten Jahrzehnten haben sich mehrere wichtige Strömungen in der sozialen Bewegungsforschung herausgebildet. Eine dieser Strömungen ist die *Political Process Theory*, die es erlaubt, soziale Bewegungen hinsichtlich ihrer Organisations- und Ressourcenmobilisierungsprozesse zu analysieren (Hamm, 2011, S. 45) und die politischen und institutionellen Umstände dabei miteinzubeziehen (Della Porta & Diani, 2006, S. 17). Der Analysefokus liegt also auf einer strukturellen Analyse von sozialen Bewegungen, die als

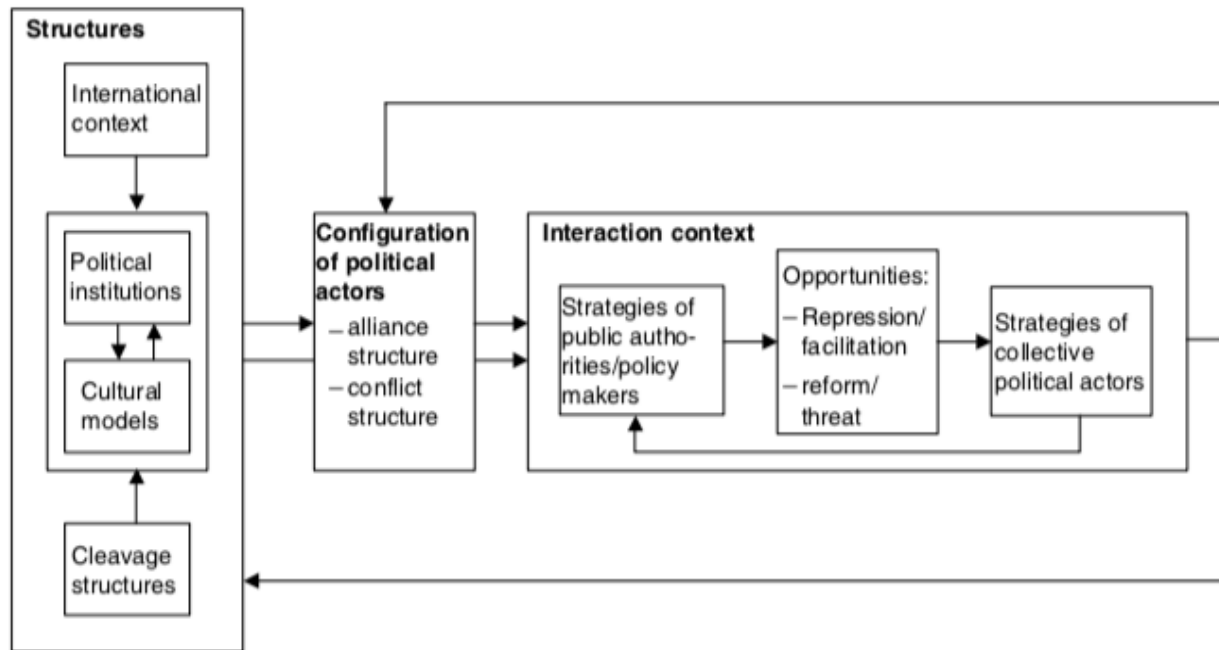
solidarische Kollektive, die gemeinsame Ziele verfolgen und außerhalb institutioneller politischer Kanäle „sustained, contentious politics“ (Hamm, 2011, S. 46) betreiben, angesehen werden (ebd., 45f).

Ein Ansatz, der dieser Strömung angehört, ist die Political Opportunity Structure, welcher als eine der theoretischen Herangehensweisen für diese Arbeit dienen soll. Diese Theorie beruht auf der Annahme, dass die Entstehung, der Verlauf und der Erfolg sozialer Bewegungen von politischen Gelegenheiten, die das politische System und Akteur/innenkonstellationen bieten, beeinflusst wird. Deshalb müssen in die Analyse sozialer Bewegungen die politischen Umstände und externe Einflüsse auf soziale Bewegungen miteinbezogen werden (Hamm, 2011, S. 48f). Diese Gelegenheiten „provide incentives for people to undertake collective action by affecting their expectations for success or failure“ (Tarrow 1998, zitiert nach Hamm, 2011, S. 48). Der Ansatz der Political Opportunity Structure eignet sich besonders gut zur Erklärung des Ausmaßes und der Art und Weise einer sozialen Mobilisierung (Kriesi, 2004, S. 81).

Auf Basis des Ansatzes der Political Opportunity Structure erstellte Hanspeter Kriesi ein Rahmenkonzept zur Untersuchung von politischem Kontext, dessen Elemente für die Analyse von spezifischen, auf die jeweiligen Akteure abgestimmten „political opportunity sets“ (Kriesi, 2004, S. 69) verwendet werden können (siehe Abb. 1). Dieses wird im Folgendem erläutert.

Wie der folgenden Abbildung zu entnehmen ist, setzt sich das Konzept aus drei Bestandteilen zusammen: aus den politischen Strukturen, aus den Akteur/innenkonstellationen und dem Interaktionskontext (Kriesi, 2004, S. 70). Den Kern der politischen Strukturen bilden die politischen Institutionen. Wichtig sind dabei zum einen die Zentralisierung und der Grad der Gewaltenteilung, da diese den Offenheitsgrad des politischen Systems bestimmen. Je dezentralisierter der Staat, desto breiter sind die Zugriffsstrukturen für soziale Bewegungen und desto kleiner sind die Handlungskapazitäten einzelner Systemakteur/innen und Institutionen, da es deshalb mehr entscheidungstreffende staatliche Akteure auf lokaler, regionaler und nationaler Ebene gibt. Je stärker die Gewaltenteilung zwischen der Exekutive, Legislative und Judikative sowie innerhalb dieser Gewalten, desto größer sind die Einflussmöglichkeiten sozialer Bewegungen auf den Staat und desto einfacher ist somit auch der formelle Zugriff sozialer Bewegungen auf die politischen Strukturen. Gleichzeitig sind somit auch die Handlungskapazitäten des Staates eingeschränkter (ebd., S. 69f).

Abbildung 1: Untersuchungsrahmen des politischen Kontexts



(Kriesi, 2004, S. 70).

Genauso beeinflusst auch die Art des Wahlsystems und des Parteiensystems die Offenheit der politischen Strukturen: Proportionale Wahlsysteme mit einem heterogenen Parteiensystem bzw. Mehrparteienkoalitionen in Regierungen bieten mehrere Zugangsstellen für Akteure sozialer Bewegungen als Mehrheits- oder Pluralitätswahlsysteme und einheitliche Parteiensysteme. Im Hinblick auf Verwaltungsstrukturen sind die Zugangsstrukturen offener, wenn der Verwaltung weniger Ressourcen zur Verfügung stehen, da diese dann schlechter koordiniert ist. Außerdem vereinfachen Allianzen innerhalb der Verwaltung mit der sozialen Bewegung den Zugang und den Einfluss sozialer Akteur/innen auf Entscheidungsprozesse und Politikimplementierung. Neben den politischen Institutionen selbst betont Kriesi auch die Bedeutung von kulturellen Modellen. Diese werden als „stable elements of the cultural repertoire in a given political system that influence the elite’s and the public’s reaction to challengers“ (Kriesi, 2004, S. 72) bezeichnet. Ein bedeutender Aspekt sind dabei die *prevailing strategies*, welche die Vorgehensweise von Akteur/innen des politischen Systems gegenüber herausfordernden Akteur/innen bestimmen, meist einer längeren Tradition entstammen und mit den institutionellen Strukturen des jeweiligen Landes zusammenhängen. Dabei kann zwischen inklusiven und exklusiven Strategien unterschieden werden. So verfolgen Konsensdemokratien beispielsweise eher integrative Strategien, während in Mehrheitsdemokratien mögliche

integrative, aber auch repressive Strategien aus jahrhundertelangen Erfahrungen der Konfliktlösung stammen. Darüber hinaus stellen politisch-kulturelle oder symbolische Möglichkeiten einen weiteren Aspekt kultureller Modelle dar, welche den Diskurs und die Resonanz bezüglich eines Themas oder Ideen in der Gesellschaft bestimmen. Koopmans und Statham bezeichnen diese Art eines kulturellen Modells als „discursive opportunity structure“ (Koopmans/Statham 1999, zitiert nach Kriesi, 2004, S. 72). Nach Kriesi ist eine Übereinstimmung des dominanten Diskurses mit den Forderungen der sozialen Bewegung sowie eine kulturelle Verankerung der von der Bewegung vertretenen Werte und Ideen für eine Mobilisierung begünstigend. Außerdem werden sowohl die politischen Institutionen als auch kulturellen Modelle eines Landes vom internationalen Kontext und landesspezifischen *cleavage structures* beeinflusst, welche der jeweiligen sozialen und kulturellen Konfliktstruktur der Gesellschaft entstammen. Soziale Konfliktstrukturen entstehen dabei aus den Prozessen sozialen und gesellschaftlichen Wandels (wie zum Beispiel der Globalisierung oder der Industrialisierung), welche durch eine Kombination mit Politisierung, Demokratisierung oder Mobilisierung zu Konflikten werden und somit wiederum zu politischen Spaltungen führen können. Ein sozialer Wandel enthält somit bei Politisierung viel politisches Mobilisierungspotential (Kriesi, 2004, S. 70–73).

Der zweite Bestandteil des politischen Kontexts, die Akteur/innenkonstellationen, umfasst Verbündete und Gegner der sozialen Bewegung, wie auch Dritte, die eine Zuschauerrolle einnehmen. Dritte können dabei Teile der breiten Bevölkerung sein, die nicht direkt in den jeweiligen Konflikt involviert sind, diesen aber dennoch aufmerksam verfolgen. Die Konstellationen werden von den Kapazitäten, Wahrnehmungen und Bewertungen möglicher Ergebnisse der jeweiligen Akteur/innengruppen bestimmt. Außerdem erklären sie laut Kriesi die Situation und das Konfliktpotential zwischen den oben genannten Gruppen zu einem bestimmten Zeitpunkt, aber nicht die mögliche weitere Entwicklung einer Situation. Die Akteur/innenkonstellationen werden dabei teilweise von den politischen Strukturen beeinflusst, sind jedoch weniger stabil als diese, da sich Allianzen zwischen der Bewegung und den politischen Akteur/innen schnell verändern können, beispielsweise aufgrund von Wahlen. Kriesi zufolge können soziale Bewegungen deshalb die Akteur/innenkonstellationen auch leichter beeinflussen, indem sie politische Gelegenheiten für Eliten schaffen. Diese können für die Bewegung selbst sowohl positiv, wenn die Gelegenheiten von den Eliten dafür genutzt werden, sich als Interessensvertreter des Volkes darzustellen, als auch negativ sein, wenn sie als Anlass für Repressionen genommen werden. Bei Untersuchungen bezüglich der Mobilisierung einer sozialen Bewegung in Form von Einzelfallstudien wird der Fokus häufig

auf die Akteur/innenkonstellationen gelegt. Das wird damit begründet, dass Veränderungen der politischen Konstellationen, bedingt durch die Instabilität politischer Bündnisse oder Ausrichtungen, erfolgreiche Mobilisierungsmöglichkeiten schaffen. Die Instabilität politischer Bündnisse kann dabei für einen Politikbereich spezifisch sein. So kann durch eine Neuausrichtung einer lange dominierenden Politikführung oder die Entstehung von Kontroversen in einem bestimmten Bereich ein „window of opportunity“ (Kingdon 1984, zitiert nach Kriesi, 2004, S. 76) für soziale Bewegungen entstehen. In einem solchen Fall sind die Möglichkeiten für eine Intervention von Akteur/innen sozialer Bewegungen und einer Politikveränderung größer (Kriesi, 2004, S. 73–77). Kriesi betont zwar spezifisch die Rolle der Medien und deren Einfluss auf den politischen Kontext, in dem eine soziale Bewegung vorgeht, arbeitet diese aber nicht in sein Konzept mit ein (ebd., S. 86). Im analytischen Teil dieser Arbeit sollen die Medien allerdings bei den Akteur/innenkonstellationen Berücksichtigung finden, da diese heute die politische Landschaft und somit den politischen Kontext mehr denn je beeinflussen und somit als wichtige Akteur/innen sozialer Mobilisierung angesehen werden können.

Die dritte Ebene des politischen Kontexts nach Kriesis Rahmenkonzept ist der Interaktionskontext, der die politischen Strukturen und die Akteur/innenkonstellationen mit den eigentlichen Aktivitäten und Vorgehensweisen der sozialen Bewegungen und ihrer Gegner verbindet. Die auf dieser Ebene potentiell entstehenden Gelegenheiten hängen zum einen mit den Kosten und dem Nutzen kollektiver Aktivität einer sozialen Bewegung und zum anderen mit den voraussichtlichen Reaktionen der politischen Eliten zusammen. So kann das politische Umfeld auf eine Aktion positiv oder negativ reagieren. Politische Akteure können ihre Politik den Forderungen der Bewegung anpassen, sich weiter von diesen entfernen, ihre Handlungen sanktionieren oder fördern. Unter der Annahme, dass die Akteur/innen der sozialen Bewegung strategisch und rational handeln, treffen sie ihre Handlungsentscheidungen nach Abwägung des Kosten-Nutzen-Verhältnisses und der möglichen Konsequenzen. Kriesi weist außerdem darauf hin, dass die im Interaktionskontext entstehenden Gelegenheiten hochgradig von den Akteur/innenkonstellationen und den politischen Strukturen abhängig sind, weshalb diese von der sozialen Bewegung bei der Abwägung ihrer Handlungsmöglichkeiten miteinbezogen werden müssen. Andererseits haben durchgeführte Handlungen wiederum Einfluss auf die Konstellationen und auf den zukünftigen Interaktionskontext (Kriesi, 2004, S. 77–79).

Mit Hilfe dieses Konzepts kann der politische Kontext einer gesellschaftlichen Bewegung untersucht werden und somit ihr bestimmtes „opportunity set“ (Kriesi, 2004, S. 80) als eine Voraussetzung für die Entstehung ihrer Mobilisierung erklärt werden. Der Fokus

bezüglich der verschiedenen Bestandteile des politischen Kontexts kann dabei je nach Fall variieren (ebd., S. 79f). Um für den hier ausgewählten Fall der Mobilisierung der polnischen Frauenbewegung den politischen Kontext analysieren zu können, sind sicherlich alle drei Bestandteile des Konzeptes wichtig, wobei der Fokus mehr auf dem Interaktionskontext und den Akteur/innenkonstellationen liegt, da politische Strukturen stabiler sind und es sich bei dieser Studie nicht um eine Langzeitanalyse handelt. Kriesi betont allerdings, dass der Ablauf der Mobilisierung zusätzlich von den persönlichen Entscheidungen einzelner Akteure abhinge (ebd., S. 80).

Wie bereits erwähnt, ist für die Erklärung der Mobilisierung der polnischen Frauenbewegung nur ein theoretischer Ansatz allein nicht ausreichend, da sowohl interne und externe Einflüsse als auch Mobilisierungsstrategien eine entscheidende Rolle für die erfolgreiche Mobilisierung gespielt haben können. Da mit Kriesis Konzept des politischen Kontexts die *Opportunity Sets* und somit nur die strukturellen Umstände und äußeren Einflüsse auf die Bewegung herausgearbeitet werden können, wird im Folgenden der Ansatz der Resource Mobilization Theory nach Edwards und McCarthy (Edwards & McCarthy, 2004) vorgestellt, mit dem unter anderem auch interne Faktoren von sozialen Bewegungen analysiert werden können.

2.3.2 Resource Mobilization Theory

Die Resource Mobilization Theory ist ein weiterer Ansatz, der der Strömung der Political Process Theory angehört. Dieser beruht auf der Annahme, dass soziale Bewegungen rationale und vernünftige politische Akteur/innen sind, deren Erfolg von deren Fähigkeit, Ressourcen zu mobilisieren, abhängt. Außerdem gehen soziale Bewegungen demnach sehr strategisch vor, um klar definierte Ziele zu erreichen (Hamm, 2011, S. 46). Soziale Bewegungen werden aus dieser Perspektive als eine Erweiterung konventionellen politischen Handelns angesehen, deren kollektive Handlungen auf einer Kosten-Nutzen-Abwägung basieren. Das Mobilisierungspotential einer Bewegung wird demnach sowohl von den verfügbaren materiellen Ressourcen als auch nicht-materiellen Ressourcen bestimmt (Della Porta & Diani, 2006, S. 14f).

Laut Kritiker/innen wurde aus dieser Perspektive oft vor allem formellen bzw. professionellen Organisationen Beachtung geschenkt, während informelle soziale

Gruppierungen außer Acht gelassen wurden. Gleichzeitig wurden Konflikthintergründe und relative Benachteiligungen oder Belastungen als Ursache für die Entstehung sozialer Bewegungen vernachlässigt (Della Porta & Diani, 2006, S. 16). Bob Edwards und John D. McCarthy machen in ihrem Konzept bezüglich der Rolle von Ressourcen für die Mobilisierung sozialer Bewegungen unter anderem auf die ungleiche Verteilung und Zugänglichkeit verschiedener sozialer Gruppen zu verschiedenen Formen von Ressourcen aufmerksam. Da vor allem die gesellschaftliche Mittelklasse privilegierten Zugang zu vielen Ressourcen hätten, seien vor allem soziale Bewegungen, die die Anliegen dieser Gesellschaftsgruppe aufgreifen würden, vorherrschend (Edwards & McCarthy, 2004, S. 117).

Außerdem entwickelten die Autoren eine Typologie von Ressourcenarten und unterscheiden dabei zwischen moralischen, kulturellen, sozio-organisatorischen, personellen und materiellen Ressourcen. Zu den moralischen Ressourcen gehören zum Beispiel Legitimität, solidarische Unterstützung, aber auch Mitgefühl oder Berühmtheit. Edwards und McCarthy zufolge gelingt es manchen sozialen Bewegungen, moralische Ressourcen für sich selbst zu schaffen. Allerdings werden Ressourcen dieser Art häufig von externen Personen, die diese besitzen, an soziale Akteure verliehen. Im Folgeschluss können diese externen Quellen diese auch wieder zurückziehen (Edwards & McCarthy, 2004, S. 125f).

Kulturelle Ressourcen beinhalten kulturelle Kompetenzen und spezialisiertes Wissen, die für die Organisation von Protesten, Konferenzen oder anderen Veranstaltungen, aber auch das Formen einer Organisation hilfreich sind. Diese Ressourcen können die Form organisierter Taktiken, Organisationsmuster oder strategischen und technischen Know-hows annehmen. Außerdem gehört auch die Produktion von für die Bewegung relevanten Medien wie Musik, Zeitschriften oder Videos dazu. Ressourcen dieser Art können den Autoren nach in bestimmten Gesellschaften leichter zugänglich sein als in anderen, da diese weitgehend von materiellen und personellen Ressourcen abhängen. Trotzdem sind kulturelle Ressourcen weitgreifender verfügbar und zugänglicher als moralische Ressourcen (Edwards & McCarthy, 2004, S. 126).

Der dritte Ressourcentyp sind die sozial-organisatorischen Ressourcen. Dazu zählen sowohl die soziale Organisation, die absichtlich und spezifisch für die Ziele einer sozialen Bewegung geplant wurde, als auch die angeeignete soziale Organisation, die ursprünglich nicht für die Bewegung gestaltet wurde, wodurch Akteur/innen der Bewegung aber Zugang zu anderen Ressourcen erlangen können. Sozio-organisatorische Ressourcen können in Form von „nonproprietary infrastructure“ (Edwards & McCarthy, 2004, S. 127), also von keinem/r internen Akteur/in abhängiger Infrastruktur, wie zum Beispiel Straßen oder der Post, sowie in Form von sozialen Netzwerken und Organisationen, die von bestimmten internen Akteur/innen

kontrolliert werden und somit ‚proprietary‘ sind, bestehen. Dieser Aspekt ist wichtig, da der Grad an *proprietary* bestimmt, wie leicht Akteur/innen einer sozialen Bewegung oder ihre Anhänger/innen Zugang zu einer Ressource bekommen. Beide Formen sozialer Organisation sind Edwards und McCarthy nach für die Erklärung von Mobilisierung essentiell, da diese Art von Ressourcen die Chancen einer erfolgreichen Mobilisierung wesentlich erhöht. Allerdings ist der Zugang zu Organisationsressourcen, die spezifisch für die Ziele der Bewegung verwendet werden, einfacher und kooperativer, während angeeignete Organisation eher angepasst werden muss (ebd.).

Personelle Ressourcen stellen den vierten Ressourcentyp dar und beinhalten Arbeit, Erfahrung, Fähigkeiten, Expertise sowie Führung. Da diese Art von Ressourcen auf Individuen basiert, haben diese auch die Kontrolle über sie und stellen sie durch ihre Partizipation für die soziale Bewegung zur Verfügung. Ihre Partizipation hängt allerdings wiederum von wirtschaftlichen Faktoren, zwischenmenschlichen Beziehungen und anderen persönlichen Aspekten ab. Inwieweit diese personellen Ressourcen zur Mobilisierung der Bewegung beitragen, hängt davon ab, wie kompatibel sie mit der Bewegung selbst oder ihren Anforderungen sind (Edwards & McCarthy, 2004, S. 127f).

Die Kategorie materieller Ressourcen besteht aus monetären Ressourcen, Immobilien, Büroräumen und diversen Arten von Ausrüstung. Da diese Art von Ressourcen den Autoren nach greifbarer als andere und auch unbestreitbar notwendig ist, wurde dieser in der Vergangenheit am meisten Aufmerksamkeit geschenkt (Edwards & McCarthy, 2004, S. 128).

Nach Edwards und McCarthy ist neben der klaren Definition von Ressourcentypen auch deren Grad an Fungibilität und Proprietarität (*proprietary*) wichtig. So variiert der Nutzwert jeder Ressource für eine Bewegung erstens darin, wie kontextabhängig diese ist, und zweitens, wie proprietär diese ist, das heißt inwieweit soziale Akteur/innen die Kontrolle über deren Verfügbarkeit haben. Diese Attribute helfen bei der Erklärung der Bedingungen, unter welchen die verschiedenen Ressourcen den größten Nutzwert für die Mobilisierung der Bewegung haben (Edwards & McCarthy, 2004, S. 128f).

Je mehr fungible Mittel eine Bewegung zur Verfügung hat, desto flexibler ist sie in der Auswahl ihrer Strategien, während kontextabhängige Ressourcen sie in ihrer Auswahl eher einschränken. Den Autoren nach sind monetäre Ressourcen am kontextunabhängigsten und können außerdem in andere Mittel umgewandelt werden. Sozio-organisatorische und einige personelle Ressourcen sind hingegen relativ kontextabhängig, während moralische und kulturelle Ressourcen übertragbarer sind. Je höher der Grad an *proprietary* einer Ressource ist, desto weniger zugänglich ist sie für eine Bewegung. So sind monetäre Mittel und Arbeit

relativ proprietär, während kulturelle Ressourcen am zugänglichsten sind. Auch moralische Ressourcen sind oft proprietär, vor allem wenn sie sozialen Akteuren von einer externen Quelle oder Person verliehen wurden, da sie so auch wieder zurückgezogen werden können. Die Zugänglichkeit zu Ressourcen beeinflusst entscheidend, wie viele Bemühungen eine Bewegung aufwenden muss, um sie zu erhalten und wie sie sie nutzt (Edwards & McCarthy, 2004, S. 129–131).

Edwards und McCarthy definieren vier verschiedene Arten, auf die eine soziale Bewegung Zugang zu Ressourcen erhalten kann: Erstens durch Aggregation, mittels derer Ressourcen einzelner Individuen in kollektive Ressourcen zur Erzielung eines gemeinsamen Zweckes umgewandelt werden können; zweitens durch Eigenproduktion, was bedeutet, dass soziale Akteure die Ressourcen selbst erzeugen oder den Wert von bereits erlangten Ressourcen steigern. Dies können unter anderem kulturelle Ressourcen wie Frames für kollektive Handlungen, welche als "bewusste strategische Bemühungen [...] von Gruppen von Menschen, ein gemeinsames Verständnis der Welt und ihrer selbst zu entwickeln, das kollektives Handeln legitimiert und motiviert" (McAdam/McCarthy/Zald 1996, zitiert nach Hamm, 2011, S. 50) beschrieben werden können, taktische Repertoires, Muster von Organisationsvorgängen für spezifische Veranstaltungen oder auch Musik und Literatur sein. Ein dritter Zugang ist Kooptierung, also die einvernehmliche Entlehnung von Ressourcen anderer Gruppierungen oder die ausnutzende Aneignung von bereits aggregierten Ressourcen anderer Gruppen. Als vierter Zugang wird schließlich Patronage durch eine Organisation oder eine Person, zum Beispiel in Form von monetärer, personeller oder moralischer Unterstützung. Damit geht oft ein gewisser Grad an proprietärer Kontrolle einher. Meist erlangen soziale Bewegungen durch eine Mischung interner und externer Quellen Zugang zu Ressourcen. Deshalb sind viele Organisationen in Austauschverhältnissen mit anderen Akteuren, was wiederum mit bestimmten Erwartungen und Verpflichtungen verbunden ist (Edwards & McCarthy, 2004, S. 131–135).

Unter Berücksichtigung der Ressourcentypologie und der Ressourcenzugänge legt der Ansatz der Resource Mobilization Theory nach Edwards und McCarthy seinen Fokus auf die Leitung von sozialen Bewegungen und Organisationen, da die Leiter/innen für die Entwicklung, Organisation und vor allem für die Schaffung von Gelegenheiten für Anhänger/innen, ihre Zeit und ihr Geld zu investieren, zuständig sind. Weiterhin entwickeln die meisten Organisationen nach ihrer Gründung und den anfänglich festgelegten Strategien Routinen für die Mobilisierung von Ressourcen, was die weitere Ressourcenmobilisierung und den Aktivismus der Bewegung beeinflusst und auch begrenzt. Auch eine Professionalisierung

und eine offizielle Registrierung als Non-Profit-Organisation schränkt häufig den Handlungsspielraum für die Mobilisierung von Ressourcen, aber auch für die Organisation von bestimmten Formen von kollektivem Aktivismus, wie zum Beispiel Grassroots-Mobilisierung, ein. Außerdem kann eine Organisation, je mehr Ressourcen sie für ihre eigene Instandhaltung aufwenden muss, desto weniger Ressourcen zum Erreichen ihrer Ziele verwenden (Edwards & McCarthy, 2004, S. 136–138).

Bezüglich der Mobilisierung monetärer Ressourcen kann eine Bewegung oder Organisation den Autoren zufolge zwischen einer gezielten Strategie, die auf einige große Geldbeträge abzielt, oder einer breiten Strategie, die den Erhalt vieler kleinerer Beträge anstrebt, wählen. Eine Finanzierung durch wenige große Spender/innen kann dabei zu einer Abhängigkeit von diesen führen, während das Abzielen auf kleinere Spenden zu Abhängigkeiten von zum Beispiel Marketing-Firmen führen kann. Um viele kleinere Spenden sammeln zu können, werden häufig Strategien wie Telemarketing oder Postwerbungen verwendet, weshalb es oft notwendig ist, dafür eine Marketing-Firma zu beschäftigen. Finanzierungsmöglichkeiten sind aber auch davon abhängig, ob die Mobilisierung monetärer Ressourcen von eingestellten Fachkräften oder Freiwilligen übernommen wird (Edwards & McCarthy, 2004, S. 138f).

Edwards und McCarthy betonen darüber hinaus, dass finanzielle Ressourcen häufig durch eine hohe Mobilisierung von Menschen für kollektives Handeln kompensiert werden können. Die Mobilisierung von Bürger/innen hängt davon ab, wie viele Anhänger/innen einer Bewegung zur Verfügung stehen. Deshalb bemüht sich eine Bewegung konstant um eine Vergrößerung ihrer Anhänger/innenschaft. Diesbezüglich kann zwischen Konsensmobilisierung und allgemeiner Mobilisierung zum Aktivismus unterschieden werden. Konsensmobilisierung ist der Prozess, bei dem unbeteiligte Personen oder Gegner/innen einer Bewegung in Anhänger/innen umgewandelt werden. So sind Kampagnen zur öffentlichen Bewusstseinsbildung in der Regel eine der arbeitsintensivsten und teuersten Verfahren, die von Bewegungen zur Konsensmobilisierung durchgeführt werden. Je mehr monetäre Ressourcen jedoch in solche Kampagnen und somit auch in die Aufmerksamkeit der Medien investiert werden, desto erfolgreicher sind diese meistens auch. Die Ergebnisse einer solchen Mobilisierung sind darüber hinaus nicht proprietär und somit nicht für nur eine Organisation, sondern für eine ganze Bewegung zugänglich. Aktivismusmobilisierung hingegen hat das Ziel, Anhänger/innen zu einem Teil der Bewegung und ihrer kollektiven Handlungen zu machen. Es ist für die jeweilige Bewegung dabei einfacher, mehrere Teilnehmer/innen für Aktivitäten zu mobilisieren, die geringe Kosten mit sich bringen und bei denen der Zeitaufwand gering ist.

„An inverse relationship exists between the opportunity costs of participation and the number of people mobilized“ (Edwards & McCarthy, 2004, S. 141). Einige Untersuchungen weisen außerdem darauf hin, dass nicht-persönliche Rekrutierungsstrategien, wie zum Beispiel Mailings, eher zu schwachen Formen von Mitgliedschaft führen, während persönliche Interaktion häufiger zu Erfolg in der Rekrutierung aktiver Mitglieder/innen führt (ebd., S. 140f).

Allerdings nehmen nicht nur Mitglieder/innen teilnehmender Organisationen an kollektiven Handlungen einer Bewegung, wie beispielsweise Demonstrationen, teil. Meist ist für eine erfolgreiche Mobilisierung deshalb auch die Partizipation von Menschen außerhalb der eigenen Reihen der jeweiligen Organisationen notwendig. Eine sehr effektive Strategie dafür ist die Kooptierung von sozio-organisatorischen Ressourcen durch Beziehungen zu Organisationen, die außerhalb der Bewegung gegründet wurden, aber über eine große Zahl an Anhänger/innen verfügen. Diese können durch die Mobilisierung ihrer eigenen Mitglieder/innen und Anhänger/innen zur Mobilisierung der Bewegung beitragen (Edwards & McCarthy, 2004, S. 141f).

Edwards und McCarthy zufolge kann eine erfolgreiche Aggregation von finanziellen und personellen Ressourcen und somit die Mobilisierung zu kollektiven Handlungen in vielen Fällen wiederum das Potential zu weiterer Ressourcenaggregation erweitern. Viele Faktoren kollektiver Handlungen sind außerdem von sozialen und wirtschaftlichen Gegebenheiten und Beziehungen abhängig, weshalb die Verfügbarkeit und Zugänglichkeit dieser Art von Ressourcen eine erfolgreiche Mobilisierung zu kollektiven Handlungen begünstigt. Den Autoren nach ist es deshalb, wie auch wegen der relativ großen Bedeutung von materiellen Ressourcen, für privilegierte Gruppen einfacher, erfolgreich zu mobilisieren. Trotzdem ist es auch mit wenigen materiellen Ressourcen durch eine kreative Nutzung der verbleibenden Ressourcentypen durchaus möglich, kollektive Handlungsräume zu schaffen, weshalb letztendlich das menschliche Handeln und die menschlichen Fähigkeiten, Mobilisierungsmöglichkeiten zu schaffen, eine entscheidende Rolle spielen (Edwards & McCarthy, 2004, S. 142f).

Der Ansatz der Resource Mobilization von Edwards und McCarthy ermöglicht mit Hilfe der verschiedenen Ressourcentypen, deren Grad an Zugänglichkeit und Verfügbarkeit und deren Rolle in der Mobilisierung kollektiver Handlungen, eine Analyse sowohl vieler interner als auch externer Faktoren und deren Einfluss auf den Erfolg einer Mobilisierung. Für den Fall der polnischen Frauenbewegung wird die Verfügbarkeit und Zugänglichkeit der genannten Ressourcenkategorien im Hinblick auf die Mobilisierung der Abtreibungsproteste untersucht.

Die Ansätze der Resource Mobilization Theory und der Political Opportunity Structure bieten gemeinsam eine breite Analysegrundlage für die Untersuchung verschiedener struktureller Faktoren. Um die Nutzung der Ressourcen und der offenen Handlungsspielräume durch die Bewegung besser erklären zu können, wird im Folgenden zusätzlich ein Ansatz von Somma und Medel (Somma & Medel, 2019) hinzugezogen, mit dem spezifische Mobilisierungsstrategien und deren Einfluss auf die Größe von Protesten beleuchtet werden können.

2.3.3 Mobilisierungsstrategien und Protestgröße

Wie bereits beschrieben, gibt es viele verschiedene Faktoren, die die Mobilisierung einer sozialen Bewegung beeinflussen können. Allerdings gibt es nur wenige Forschungsansätze hinsichtlich spezifischer strategischer Aspekte, die auf Anzahl der Teilnehmer/innen an einer Protestveranstaltung Einfluss haben. Nicolás Somma und Rodrigo Medel unternahmen den Versuch, mit einer Analyse von sowohl quantitativen als auch qualitativen Daten von Demonstrationen in Chile von 2000 bis 2012 die Größe und das Ausmaß von Protesten zu erklären (Somma & Medel, 2019, S. 239). Diese Analyse zeigt, dass Variationen bei bestimmten Aspekten von Mobilisierungsstrategien klar mit Variationen hinsichtlich der Protestgröße assoziiert sind. Wenngleich diese Ergebnisse allein noch keinen eindeutigen kausalen Zusammenhang nahelegen und die untersuchten Protestveranstaltungen in einem lateinamerikanischen Kontext stattfanden (ebd., S. 234), sind die von den Autoren herausgearbeiteten Kategorien mobilisierungsstrategischer Faktoren sehr gut als Analyseinstrument für die Erklärung der Größe der Abtreibungsproteste in Polen geeignet. Somma und Medel bauen ihre Analyse sowohl auf vorheriger Literatur zur Protestgröße als auch auf den theoretischen Grundlagen der Political Opportunity Structure, der Resource Mobilization Theory und der Framing Theory auf (Somma & Medel, 2019, S. 235), welche sich auf die Nutzung von Frames zur Mobilisierung durch soziale Bewegungen konzentriert (Hamm, 2011, S. 50), aber nicht selbst als Untersuchungsrahmen für die Analyse in dieser Arbeit verwendet wird. Somit ergänzt die Analyse von Somma und Medel die bereits vorgestellten Theorien in hervorragender Weise.

Die Autoren legen den Fokus vor allem auf die Leitung sozialer Bewegungen oder Organisationen und somit auf die Protestorganisator/innen, da diese eine wichtige Rolle bei der Entstehung kollektiver Aktivität spielen. Obwohl die Strategien dieser Akteur/innen häufig von

äußeren Umständen wie kulturellen oder historischen Faktoren beeinflusst werden, bleibt ihnen doch ein gewisser Handlungsspielraum in ihren Entscheidungen, die wiederum eine Auswirkung auf die jeweilige Mobilisierung haben. Somma und Medel arbeiten vier Aspekte von Mobilisierungsstrategien heraus, die sich auf die Größe einer Protestveranstaltung auswirken können: die Anzahl der Forderungen, die Adressat/innen, an die sich diese Forderungen wenden, inwieweit formelle Organisationen an der Demonstration beteiligt sind und welche sozialen Gruppierungen teilnehmen (Somma & Medel, 2019, S. 235).

Der Theorie der Autoren zufolge hat die Breite der Forderungen, die von den Teilnehmer/innen einer Demonstration artikuliert werden, einen erheblichen Einfluss auf die Zahl der Teilnehmer/innen. Die Annahme bezüglich des Einflusses der Forderungen wird dabei wie folgt formuliert: Je mehr Forderungen durch die Demonstrant/innen geäußert werden, desto größer die Demonstration. Außerdem sind Protestveranstaltungen mit universalistischen Forderungen, also Forderungen, die über die Interessen einer bestimmten Gruppe hinausgehen und breitere Gruppen einbeziehen, größer als jene ohne (Somma & Medel, 2019, S. 236). Beide Annahmen bezüglich dieses Punktes wurden weitgehend durch die Auswertung quantitativer Daten bestätigt: So zeigte es sich, dass Demonstrationen mit einer oder mehr Forderungen viel größer waren als Demonstrationen ohne Forderungen (ebd., S. 244). Auch Proteste mit universalistischen Forderungen, wie zum Beispiel dem Aufhalten des Klimawandels oder Qualitätsverbesserungen im Gesundheitsbereich (ebd., S. 236), sind der Auswertung zufolge größer als jene ohne derartige Forderungen (ebd., S. 244).

Ein weiterer wichtiger Aspekt aller Mobilisierungsstrategien nach Somma und Medel ist es, eine/n Adressat/in, also eine Person oder Einrichtung, an die die Forderungen gerichtet werden, festzulegen. Diese Adressat/innen können nicht nur politische Eliten, sondern auch andere Institutionen, wie private Unternehmen oder die Kirche, sein. Die Autoren argumentieren, dass Proteste, die sich an die nationale Regierung wenden, größer seien als die, die andere Entitäten adressieren. Diese Annahme wird erstens damit begründet, dass Regierungsentscheidungen viele Lebensbereiche der Menschen beeinflussen, zweitens damit, dass Regierungen weitreichende Ressourcen zur Behebung von Missständen haben, und drittens mit dem Argument, dass die Regierungen in demokratischen Systemen Wähler/innen für sich gewinnen wollen und somit die Motivation haben, kollektive Probleme zu lösen. Somit würde es den Organisator/innen von Protesten, die an die Regierung gerichtet sind, leichter fallen, eine höhere Anzahl von Teilnehmer/innen anzusprechen (Somma & Medel, 2019, S. 236f). Die Ergebnisse der Studie untermauern diese Annahme. Zusätzlich sind Demonstrationen, die an private Unternehmen gerichtet sind, am kleinsten, während lokale oder

regionale Verwaltungen als Adressaten keinen Einfluss auf die Protestgröße haben (ebd., S. 244).

Der dritte Aspekt, der den Autoren nach Einfluss auf die Protestgröße hat, ist die Anzahl der teilnehmenden formellen, also bereits etablierten Organisationen, die Teil einer sozialen Bewegung sind, aber zum Beispiel auch Kirchen oder Gewerkschaften. Demonstrationen können zwar mit oder ohne eine direkte Involvierung von Organisationen oder Institutionen entstehen, sind aber der Annahme der Autoren nach bei Beteiligung mehrerer solcher formeller Organisationen größer. Dies sei vor allem bei einer Involvierung von Dachverbänden und -organisationen der Fall, da diese die Arbeit vieler anderer Organisationen auf niedrigerer Ebene koordinieren. Sie können somit ihre eigenen Mitglieder/innen durch persönliche Beziehungen zu Protesten mobilisieren, sodass diese wiederum mehr Menschen, die keine Mitglieder/innen sind, für eine Teilnahme begeistern können. Organisationen haben außerdem die Mittel, Demonstrationen öffentlich durch das Verteilen von Flyern oder das Aufhängen von Postern, anzukündigen und somit mehr Menschen zu erreichen (Somma & Medel, 2019, S. 237f). Die Ergebnisse der von Somma und Medel vorgenommenen Datenauswertung zeigen auch hier, dass folgende Annahmen weitgehend zutreffen: Demonstrationen mit zwei oder mehr teilnehmenden Organisationen sind größer als jene ohne Organisationen. Vor allem aber hat die Teilnahme von Dachorganisationen einen großen Einfluss auf die Demonstrationsgröße (ebd., S. 244).

Der letzte Aspekt, der Einfluss auf die Protestgröße haben kann, bezieht sich auf die Teilnahme verschiedener sozialer Gruppierungen. Obwohl die Organisator/innen einen besseren Zugang zu gewissen Gruppen in ihrem sozialen Umfeld haben als zu anderen und keine völlige Kontrolle über die Teilnehmer/innen bei einer öffentlichen Veranstaltung haben, versuchen sie meist, spezifische soziale Gruppierungen anzusprechen. Bei diesem Argument werden von Somma und Medel vier verschiedene Punkte genannt, die gemeinsam die Größe einer Demonstration positiv beeinflussen: Erstens können Demonstrationen, die Bedürfnisse und Missstände breiterer Gruppen ansprechen, ihre Teilnehmer/innenzahl erhöhen. Zweitens können mehrere kleine, gut organisierte und kohärente Gruppen mehr Menschen mobilisieren als breitere und deshalb schlechter organisierte Gruppierungen. Drittens können Demonstrationen, die Menschen mit wenigen beruflichen oder familiären Verpflichtungen ansprechen, eine höhere Anzahl an Teilnehmer/innen haben. Schließlich wirkt sich viertens das Hervorrufen von Empathie und Solidarität in der Öffentlichkeit durch die teilnehmenden Gruppen positiv auf die Größe der jeweiligen Veranstaltung aus. Die Annahme bezüglich dieses Aspektes ist somit, dass Demonstrationen, die von Gruppierungen, die groß und kohärent sind,

deren Mitglieder eine hohe biografische Verfügbarkeit haben und die von der breiten Öffentlichkeit akzeptiert werden, größer sind als Demonstrationen ohne Gruppierungen mit diesen Eigenschaften. Allerdings betonen die Autoren, dass dieser Aspekt eher struktureller als strategischer Natur ist (Somma & Medel, 2019, S. 238f). Die Ergebnisse der Analyse stimmen zwar zum Großteil mit dieser Annahme überein, zeigen aber auch, dass es dabei auf die sozialen Gruppen selbst ankommt: So haben Gruppierungen von Studierenden und öffentlichen Bediensteten einen positiven Effekt auf die Anzahl der Teilnehmer/innen, während Proteste von stigmatisierten und marginalisierten, indigenen Gruppierungen kleinere Teilnehmer/innenzahlen aufweisen (ebd., S. 244). Dieser Effekt kann damit erklärt werden, dass Studierende durch ihren Besuch von Bildungsinstitutionen besser organisiert und somit auch für eine gegenseitige Mobilisierung besser aufgestellt sind, während es der marginalisierten indigenen Bevölkerung an einer vergleichbaren Artikulation und auch Einheitlichkeit fehlt. Zusätzlich haben Studierende vergleichsweise weniger familiäre und berufliche Verpflichtungen (ebd., S. 247).

Insgesamt wurden diese Annahmen durch die Auswertung der quantitativen Daten weitgehend bestätigt und auch mit qualitativen Daten untermauert (Somma & Medel, 2019, S. 246f). Somma und Medel fassen das Ergebnis ihrer Analyse wie folgt zusammen: „Demonstrations are larger when they target the national government, display more demands and of a universalistic character, when several organizations participate (especially umbrella organizations), and when they mobilize large, cohesive groups with high biographical availability and public support“ (ebd., S. 247). Sie betonen allerdings auch, dass diese Ergebnisse keine „Rezepte“ (ebd., S. 248) für eine erfolgreiche Mobilisierung darstellen, da viele externe Aspekte eine Mobilisierung zusätzlich beeinflussen können (ebd.).

In Kombination mit den bereits vorgestellten Theorien und unter Berücksichtigung der nachfolgend aufgeführten Limitationen des theoretischen Ansatzes der Resource Mobilization Theory aus feministischer Perspektive bietet der Ansatz von Somma und Medel eine geeignete Grundlage für die Erklärung der erfolgreichen Mobilisierungen der polnischen Frauenbewegung. Obwohl diese Studie auf Demonstrationen in Chile beruht und allein keine kausalen Zusammenhänge nachweisen kann, stellt sie eine gute Grundlage für die Analyse von Massendemonstrationen bzw. -mobilisierungen dar, zumal sie auf etablierten Theorien der sozialen Bewegungsforschung beruht.

2.3.4 Limitationen des theoretischen Ansatzes

Zusätzlich zu den bereits vorgestellten theoretischen Ansätzen, die als Analyseinstrumente für diese Untersuchung dienen sollen, wird im Folgenden Myra Marx Ferrees Perspektive (Ferree, 1992) auf die soziale Bewegungsforschung beleuchtet. In ihrer Kritik an den klassischen Ansätzen der Resource Mobilization Theory und somit an der Rational Choice Theory, die häufig die Basis für solche Ansätze darstellt, zeigt sie die Limitationen auf, die mit der Wahrnehmung sozialer Bewegungen als rein rational und organisiert einhergehen. Für die Durchführung der Analyse in dieser Arbeit wird der Einfluss von Emotionen und kollektiver Identität auf die Mobilisierung sozialer Bewegungen an sich nicht negiert. Jedoch eignen sich Ansätze, die auf einer gewissen Rationalität und Vernunft sozialer Bewegungen beruhen, besser für die Untersuchung struktureller Einflüsse, weshalb diese als Analysegrundlage ausgewählt wurden. Obwohl sich die vorgestellten Theorieansätze nicht direkt auf die Rational Choice Theory beziehen, ist es trotzdem sinnvoll, die Limitationen einer auf Rationalität beruhenden Perspektive im Blick zu behalten.

Die Autorin argumentiert vor allem, dass die Annahmen der makroökonomischen Rational Choice Theory, die klassischerweise in den Resource Mobilization-Ansatz eingeflossen ist, Gefahren für die Wahrnehmung sozialer Bewegungen und sozialer Akteure nach sich ziehen (Ferree, 1992, S. 30). Dies erschließt sich aus ihrem Fokus auf individuelle Anreize und Eigeninteresse (ebd., S. 32). Ferrees Kritik am Rational Choice-Ansatz bezieht sich auf folgende drei Punkte: Erstens führt dieser zu einer Vernachlässigung von Unterschieden bezüglich Werten, subjektiven Erfahrungen und Konflikten und dadurch zu einer eindimensionalen Ansicht von Rationalität. Sie betont, dass auch Verhalten, das nicht rein strategisch rational ist, bedeutsam für die individuelle Motivation ist. Da alle Menschen zu einem gewissen Grad irrational und impulsiv handeln, ist es wichtig, die persönlichen und organisatorischen Probleme in die Rationalität von sozialen Bewegungen und deren Akteur/innen miteinzubeziehen. Zudem können auch moralische Verantwortung und Verpflichtungen zu Entscheidungen führen, die nicht auf einer Kosten-Nutzen-Rationalität, sondern auf persönlichen Prinzipien beruhen. Moralische Verpflichtungen stellen somit letztendlich das Einhalten von Werten über ein Vergnügen oder einen Genuss, die ein den eigenen Prinzipien entgegenstehender Prozess mit sich bringen kann. Die eindimensionale und egoistische Ansicht von Rationalität verzerrt laut Ferree die individuelle Identität, beschränkt die persönliche Motivation zu handeln auf Anreize und Belohnungen und verringert die Auswirkung sozialer Bewegungen auf individuelle Wertvorstellungen. Obwohl alle sozialen

Bewegungen Bewusstseinsförderung betreiben, legen laut Ferree vor allem feministische Bewegungen besonderen Wert darauf, weshalb diese Wirkung bezüglich ihrer Mobilisierung nicht außer Acht gelassen werden darf. Die Beschränkung auf eine eindimensionale Form von Rationalität stellt der Autorin zufolge Menschen als leere Ressourcen und Bewegungen als gleichgültige und rein strategische Organisationen dar (ebd., S. 32–36).

Die zweite Kritik an den Ansätzen der Rational Choice Theory bezieht sich auf deren Fokussierung auf das Konzept des *free riding*. Demnach seien Menschen asozial und unabhängig, was vor allem aus feministischer Sicht als problematisch betrachtet wird. Nach Ferree lehnen Frauen, Arbeiter/innen und marginalisierte Gruppen kompetitiven Individualismus ab und legen besonders viel Wert auf Beziehungen und Netzwerke. Aus der Sicht der Rational Choice Theory hingegen würden Menschen nur aus bestimmten eigennützigen Gründen einer Gemeinschaft beitreten, obwohl sie laut Ferree tatsächlich an kollektiven Handlungen teilnehmen, weil ihnen das gemeinschaftliche Ziel der Aktivität wichtig ist und sie sich am Nutzen für die Gemeinschaft erfreuen. Zwischenmenschliche Beziehungen und Verbindungen spielen also, im Gegensatz zur Logik der Rational Choice Theory, auch für die Mobilisierung eine große Rolle (Ferree, 1992, S. 36–40).

Als dritten Kritikpunkt legt Ferree dar, dass die Annahme der Rational Choice Theory, dass es einen universellen Menschen gäbe, zu einer Vernachlässigung persönlicher Hintergründe wie Geschlecht, Herkunft oder sozialer Klasse führt. Der Rational Choice Theory nach würde die Wahrnehmung dieses pseudo-universellen Menschen von keinem dieser Attribute beeinflusst, weshalb wiederum alle seine Perspektiven und Werte denen eines weißen mittelständigen Mannes aus einem westlichen kapitalistischen System entsprächen. Dieses Eigeninteresse entstammt Ferree zufolge einem System, das Frauen als selbstlos und hilflos anstatt als selbstbestimmt einordnet. Aus feministischer Sicht sind aber alle Werte auf irgendeine Weise erlernt, wie auch die des weißen Mannes, die von der Rational Choice Theory als objektiv und normal dargestellt würden. Ferree kritisiert außerdem, dass so Emotionen der Vernunft entgegengestellt werden. Da vor allem Frauen dieser Logik zufolge als besonders emotional angesehen würden, wird ihnen laut der Autorin Bedeutung abgesprochen. Gleichzeitig würden emotionale Kälte und Kalkulation als vernünftig angesehen. Ferree argumentiert, dass in Wirklichkeit jedoch Emotion von unterdrückten Gruppen als Bestätigung ihrer Werte wahrgenommen wird und somit auch für die Mobilisierung einer entsprechenden sozialen Bewegung vorteilhaft ist. Somit hat die Resource Mobilization Theory wegen ihrer Gegenüberstellung von Vernunft und Emotion besondere Schwierigkeiten, Frauenbewegungen zu erklären, zumal Emotionen bei diesen eine wichtige Rolle spielen (Ferree, 1992, S. 41–43).

Diese Argumente lassen die Autorin die Bedeutung des persönlichen Kontexts für die individuelle Wahrnehmung betonen. Demnach beeinflussen sowohl Beziehungen, Veränderungen und Emotionalität als auch ihre Positionen innerhalb einer Organisation und gegenüber Konflikten die Wahrnehmung und Wertevorstellung jedes Menschen. Deshalb ist eine Weiterentwicklung des klassischen Resource Mobilization-Ansatzes, der strukturelle Gegebenheiten und Voraussetzungen in ihre Auffassung von Rationalität miteinbezieht, notwendig. So spielen laut Ferree neben Ressourcen und Gütern auch gesellschaftliche Regeln und gemeinschaftliche Faktoren, wie die Schaffung von Vertrauen untereinander oder das Eingehen von Kompromissen, eine wichtige Rolle in sozialen Organisationen. Faktoren wie diese sind besonders in riskanten und langwierigen Situationen ausschlaggebend. Zum anderen müssen auch organisatorische Formen und Strukturen miteinbezogen werden. Soziale Organisationen werden in ihren Aufbaumerkmalen oft mit profitorientierten Unternehmen verglichen, sind laut Autorin meist aber anders strukturiert. So können soziale Bewegungen viele verschiedene Organisationstypen aufweisen, was wiederum deren Handlungsvorgehen und ihre Ziele beeinflusst. Als ein Beispiel dafür werden einige radikale Feministinnen genannt, die hierarchische Organisationsstrukturen ihrer kollektiven Identität wegen strikt ablehnen und deshalb eine ganzheitliche Struktur anstreben. Laut Ferree ist es insgesamt wichtig, auch im Blick zu behalten, dass auch andere Faktoren, wie Ideologien oder Identitäten Organisationen und deren strukturellen Aufbau formen (Ferree, 1992, S. 44–47).

Eine zu enge Definition von Rationalität, wie die der Rational Choice Theory, lässt laut Ferree also viele Einflussfaktoren auf den strukturellen Aufbau und die Organisation sozialer Bewegungen außer Acht (Ferree, 1992, S. 47) und kann zu einer ungenauen Analyse sozialer Bewegungen führen (ebd., S. 30). Eine weitere Definition von Rationalität ermöglicht hingegen, impulsive und identitätsstiftende Handlungen, die die Strukturen und Vorgehensweisen sozialer Bewegungen beeinflussen, miteinzubeziehen und löst sich von der Vorstellung einer rein egoistischen Mentalität sozialer Akteure ab (ebd., S. 47). In dem für diese Arbeit verwendeten, auf dem Ansatz der Resource Mobilization Theory beruhenden Konzept von Edwards und McCarthy wird anerkannt, dass die Verfügbarkeit von Ressourcen allein nicht ausreichend für kollektive Handlungen sind. Die Autoren betonen, dass auch Koordination und Strategien zur effektiven Verwendung von Ressourcen notwendig sind (Edwards & McCarthy, 2004, S. 116), weshalb eine offenere Vorstellung von individueller Rationalität mit dem Konzept vereinbar ist. Obwohl die Perspektive Ferrees hier nicht direkt als Analyseinstrument für die Untersuchung der Mobilisierungen selbst verwendet wird, ist eine Berücksichtigung

kontextueller Faktoren wichtig, besonders in dem hier vorliegenden Fall von Mobilisierungen durch eine feministische Bewegung.

Die in diesem Kapitel vorgestellten theoretischen Ansätze dienen als Grundlage für die Analyse der strukturellen Umstände, Einflüsse und Mobilisierungsstrategien der Frauenbewegung bezüglich der Abtreibungsproteste. Nachdem im folgenden Kapitel die Methodik der Untersuchung beschrieben wird, werden im Anschluss auf Basis der beschriebenen theoretischen Grundlagen der politische Kontext der Protestwellen gemäß des Analyserahmens nach Hanspeter Kriesi (Kriesi, 2004), die der Bewegung zur Verfügung gestandenen Ressourcen und ihre Mobilisierung auf Basis des Resource Mobilization-Ansatzes nach Edwards und McCarthy (Edwards & McCarthy, 2004), sowie die verschiedenen Aspekte der Mobilisierungsstrategien, die nach Somma und Medel (Somma & Medel, 2019) zur Größe von Protesten beitragen, analysiert.

2.4 Methode

Nachdem die theoretischen Grundlagen für die Untersuchung der strukturellen Einflüsse und Umstände sowie der Mobilisierungsstrategien vorgestellt wurden, folgt nun die methodische Herangehensweise an die Analyse. Die Frage nach der *Bedeutung struktureller Umstände und Einflüsse sowie von Mobilisierungsstrategien für die große und erfolgreiche Massenmobilisierung der Frauenbewegung in Polen* soll anhand einer Fallstudie unter Verwendung einer qualitativen Inhaltsanalyse kombiniert mit Expert/inneninterviews beantwortet werden. Beide methodische Ansätze werden im Folgenden erläutert.

2.4.1 Qualitative Inhaltsanalyse

Zur Datensammlung und -auswertung wird zunächst eine qualitative Inhaltsanalyse von sowohl Sekundärliteratur und Medienberichten als auch relevanten Aussagen von Politiker/innen und Aktivist/innen vorgenommen. In diesem Fall wird auf die Methodik der qualitativen Inhaltsanalyse nach Jochen Gläser und Grit Laudel zurückgegriffen. Diese Vorgehensweise richtet den Fokus nicht auf Quantifizierungen, da laut den Autor/innen eine solche Methodik nicht für die Entnahme komplexer Informationen geeignet ist. Gläser und Laudel betonen die

Notwendigkeit eines offenen Analyseprozesses, der es ermöglicht, komplexe und auch unvorhersehbare Daten aus den jeweiligen Texten zu extrahieren. Die Durchführung einer qualitativen Inhaltsanalyse als theoriegeleitetes Auswertungsverfahren besteht demnach aus einer Extraktion von Rohdaten, ihrer Aufbereitung und ihrer Auswertung. Die theoretischen Vorüberlegungen bestimmen das Suchraster, anhand dessen die Extraktion durchgeführt wird. So werden nur die Informationen herausgefiltert, die für die Beantwortung der Forschungsfrage wichtig sind. Das Suchraster selbst besteht aus einem Kategoriensystem, in das die Informationen während der Extraktion eingeordnet werden. Das Kategoriensystem ist offenzuhalten, sodass es während der Extraktion verändert und an bestimmte Merkmale und Ausprägungen des Analysematerials angepasst werden kann (Gläser & Laudel, 2009, S. 199–201). Gleichzeitig werden die Merkmale der Kategorien „frei verbal beschrieben“ (ebd., S. 205), anstatt festgelegt (ebd.).

Die Extraktion der Informationen und die Zuordnung zu den Kategorien obliegt der Interpretation des jeweiligen Textes durch den/die Forscher/in. Auch die Aufbereitung, bei der die extrahierten Informationen auf Widersprüche und Redundanzen geprüft werden, beruht auf dem Vorverständnis des/der Forschenden (Gläser & Laudel, 2009, S. 201f). Da dabei alle Interpretationsschritte festgehalten werden, können diese auch nachvollzogen werden, sodass diese intersubjektiv nachprüfbar sind (ebd., S. 206). Während der Aufbereitung der Informationen mit dem Ziel der Rekonstruktion und Analyse der ausgewählten Fälle entsteht eine Informationsbasis, die anschließend abhängig von ihrer Struktur ausgewertet wird (ebd., S. 202). Das systematische Verfahren und die Regelgeleitetheit der Methode ermöglicht somit ein gleichberechtigtes Einbeziehen des gesamten Materials und eine Strukturierung der Auswertungskategorien durch theoretische Grundlagen (ebd., S. 204).

Die in dieser Arbeit in den Kapiteln 2.5, 2.6 und 2.7 folgende Analyse wurde inklusive der Auswahl des Analysematerials in Form von Sekundärliteratur und Medienberichten wie auch von relevanten Aussagen von Politiker/innen und Aktivist/innen gemäß dieser Methode durchgeführt.

2.4.2 Expert/inneninterviews

Zum besseren Verständnis und für eine umfangreiche Interpretation soll die Inhaltsanalyse zusätzlich mit Expert/inneninterviews ergänzt werden. Expert/inneninterviews werden als Methode in Untersuchungen eingesetzt, in denen bestimmte soziale Situationen oder Prozesse

analysiert und erklärt werden sollen. Sie sind bei Untersuchungen dieser Art sehr hilfreich, weil so ein Einblick in den sozialen Kontext, in dem der/die jeweilige Interviewpartner/in agiert, erlangt werden kann. Dabei beschreibt der Begriff des Experten oder der Expertin „die spezifische Rolle des Interviewpartners als Quelle von Spezialwissen über die zu erforschenden Sachverhalte“ (Gläser & Laudel, 2009, S. 12). Der oder die Expert/in ist dabei nicht der Untersuchungsgegenstand, sondern berichtet über die Prozesse und Kontexte, an denen das Forschungsinteresse besteht. An dem jeweiligen Sachverhalt unmittelbar beteiligte Personen können durch ihre besondere Stellung in dem zu untersuchenden sozialen Kontext außerdem ihre eigenen Beobachtungen und persönlichen Einblicke schildern (ebd., S. 11–13).

Deshalb eignen sich Expert/inneninterviews hervorragend für eine Analyse der Mobilisierungen während der Protestwellen gegen das Abtreibungsverbot in Polen und für eine Aufarbeitung der mithilfe der Inhaltsanalyse gesammelten Daten. Für diese Untersuchung wurden insgesamt drei Interviews mit drei Expertinnen geführt. Die ausgewählten Interviewpartnerinnen waren alle in irgendeiner Weise an den Protesten der Frauenbewegung beteiligt.

Eines der Interviews wurde mit Natalia Pancewicz, einer der Gründerinnen und Landeskoordinatorin der Initiative Gesamtpolnischer Frauenstreik (Ogólnopolski Strajk Kobiet – OSK), geführt. Der OSK war eine der führenden Gruppierungen bei der Mobilisierung der Proteste während beider Protestwellen und wurde außerdem als informelle Initiative gegründet. Sie entstand anlässlich der Organisation des ersten Frauenstreiks am Black Monday, dem 3. Oktober 2016. Dadurch und durch die Planung weiterer Proteste während beider Protestwellen spielte die Organisation eine sehr wichtige Rolle in der Mobilisierung der Frauenbewegung. Außerdem wurde die Organisation 2019 als Stiftung eingetragen (N. Pancewicz, 27. Januar 2022). Somit gewährt dieses Interview nicht nur einen guten Einblick in die Geschehnisse und Umstände der Proteste aus der Perspektive einer informellen Aktivistin, sondern auch in die Koordination und Organisation der Initiative.

Ein weiteres Interview wurde mit Aleksandra Margyta, der Monitoring-Koordinatorin des Verbandes für Frauen und Familienplanung (Federacja na Rzecz Kobiet i Planowania Rodziny), durchgeführt. Diese formelle Organisation entstand 1991 aus fünf Frauengruppierungen und engagiert sich somit seit fast 30 Jahren für reproduktive Rechte und Gerechtigkeit in Polen. Sie bietet beispielsweise Rechtsbeistand an, interveniert in Fällen von Verletzungen von Patientenrechten und ist bezüglich reproduktiver Rechte und Gesundheit beratend tätig (Federacja na Rzecz Kobiet i Planowania Rodziny, 2021). Gleichzeitig ist Frau Margyta auch noch Koordinatorin der Großen Koalition für Gleichheit und Wahlfreiheit

(Wielka Koalicja za Równością i Wyborem). Dies ist eine 2017 gegründete informelle Initiative (Suchomska & Urzędowska, 2021, S. 12), die über 100 Organisationen aus ganz Polen vereint, welche sich für Frauenrechte, Geschlechtergleichstellung, reproduktive Rechte und vor allem für das gemeinsame Ziel der Liberalisierung des geltenden Abtreibungsgesetzes einsetzt (Wielka Koalicja za Równością i Wyborem, o.J.). Sie koordiniert konkrete Tätigkeiten für bestimmte hilfesuchende Personen oder auch Aktionen der Organisationen (A. Margyta, 26. Januar 2022). Dieses Interview gewährte einen guten Einblick in die Protestgeschehnisse aus der Perspektive einer erfahrenen Aktivistin der polnischen Frauenbewegung, die Mitglied einer formellen Organisation ist, aber auch Erfahrung mit informellen Organisationen hat.

Neben den vorgenannten zwei Interviews mit Aktivistinnen der polnischen Frauenbewegung wurde noch ein drittes Interview mit einer aktiven Teilnehmerin an der Protestwelle von 2020 geführt. Diese nahm als Außenstehende und somit nicht als Mitglied einer Organisation an einer der größten Mobilisierungen der Protestwelle am 26. Oktober 2020 in Krakau teil (Interview, 31. Januar 2022). In diesem Interview wurden die Ereignisse, im Gegensatz zu den beiden anderen Interviews, aus dem Blickwinkel und gemäß der Wahrnehmung einer mobilisierten Person, die ansonsten keine Verbindungen zu bereits etablierten Frauenorganisationen oder feministischen Initiativen hatte, beschrieben. Die Interviewpartnerinnen der vorgenannten Organisationen, Natalia Pancewicz und Aleksandra Margyta, erklärten sich zur Verwendung ihrer Namen einverstanden. Das dritte Interview mit der Protestteilnehmerin wurde anonymisiert.

Insgesamt werden mit den durchgeführten Expertinneninterviews verschiedene Perspektiven auf die Ereignisse während der zwei Protestwellen gegen das Abtreibungsverbot in Polen aufgezeigt, während gleichzeitig wichtige Kenntnisse über die Organisation und Koordination der Proteste sowohl aus den Betrachtungswinkeln formeller als auch informeller Organisationen gewonnen werden konnten. Die Auswahl der Interviewpartnerinnen ermöglichte außerdem durch die unterschiedlichen Sichtweisen, die sich aus den Interviews ergaben, den Zugriff auf umfassende Informationen.

Auch für die Durchführung und Auswertung der Expert/inneninterviews wurde auf die bereits oben beschriebene Methodik der qualitativen Inhaltsanalyse von Gläser und Laudel zurückgegriffen. Den Autor/innen zufolge eignet sich ein leitfadengeschütztes Interview als Gesprächsgrundlage für ein Expert/inneninterview, da so mehrere Themen aber auch bestimmte Aspekte angesprochen werden können (Gläser & Laudel, 2009, S. 111). Dabei muss vor allem beachtet werden, dass der Kommunikationsprozess gemäß des Erkenntnisinteresses so gestaltet wird, dass er an den sozialen und kulturellen Kontext des/der Interviewten

angepasst ist (ebd., S. 114). Der Interviewleitfaden als Erhebungsinstrument stellt „eine Art Gerüst“ (ebd., S. 142) für den Ablauf des jeweiligen Interviews dar, sodass der/die Interviewer/in die Entscheidungsfreiheit über den tatsächlichen Ablauf und die Formulierung der Fragen hat. Dennoch ist er Ergebnis einer Operationalisierung, bei der die Leitfragen der Untersuchung in Interviewfragen übersetzt werden (ebd.). Außerdem ist es sinnvoll, nach dem Prinzip der Triangulation mehrere Interviewpartner/innen zu befragen, um alle notwendigen Informationen einholen zu können (ebd., S. 117).

Der Leitfaden für die Interviews wurde theoriegeleitet erstellt, für jede Interviewpartnerin etwas angepasst und enthielt offen formulierte Fragen. Natalia Pancewicz und Aleksandra Margyta wurden in verschiedenen Themenblöcken zur Koordination ihrer jeweiligen Organisationen und der Zusammenarbeit mit anderen Organisationen befragt. Diese Fragen bauten auf der Theorie der Resource Mobilization nach Edwards und McCarthy auf (Edwards & McCarthy, 2004). So zielten diese Fragen auf die verschiedenen Typen von Mobilisierungsressourcen und deren Beschaffung durch die Bewegung während beider Protestwellen ab. Gleichzeitig wurden so auch Informationen, die sich auf die für große Demonstrationen entscheidenden Kategorien nach Somma und Medel (Somma & Medel, 2019) beziehen, erlangt. Es wurde außerdem ein weiterer Fragenblock erstellt, der auf die äußeren Einflüsse und die Umstände sowie die Akteur/innenkonstellationen während der Proteste abzielte. Auf diese Weise konnten Einblicke und Informationen gewonnen werden, die den Aufbau des politischen Kontextes nach der Theorie Hanspeter Kriesis (Kriesi, 2004) konkretisieren. Obwohl der Leitfaden für jede der zwei Koordinatorinnen der verschiedenen Vereinigungen für ihre jeweilige Organisation und ihre Rolle in dieser leicht angepasst wurde, gestalteten sich die Fragenblöcke sehr ähnlich. Der Leitfaden für die Teilnehmerin an einem der Proteste 2020 wurde etwas mehr individualisiert und der Fokus in gesteigertem Maße auf die Umstände des politischen Kontextes und ihre eigene Perspektive der Ereignisse als Außenstehende gerichtet. So konnten nicht nur weitere Einblicke in die Geschehnisse der Proteste selbst, sondern auch in die gesellschaftlichen Hintergründe und Reaktionen während der Protestwelle 2020 gewonnen werden. Außerdem wurde so gleichzeitig auf die theoretischen Kategorien von Somma und Medel (Somma & Medel, 2019), wie zum Beispiel die von den Protestierenden gestellten Forderungen oder die an den Protesten teilnehmenden sozialen Gruppierungen, abgezielt. Alle Interviews wurden online über Zoom geführt und zur Informationssicherung und Sicherstellung der Audioqualität mit einem Smartphone aufgezeichnet. Die aufgezeichneten Interviews, wie auch die Sekundärliteratur und das übrige Informationsmaterial, wurden im Anschluss mit der bereits im vorherigen Unterkapitel

beschriebenen Methode der qualitativen Inhaltsanalyse nach Gläser und Laudel ausgewertet. Dazu wurden sie transkribiert, sodass daraus anschließend nach einem auf den theoretischen Vorüberlegungen erstellten Suchraster die Rohdaten extrahiert werden konnten. Daraufhin wurden jene relevanten Aussagen herausgefiltert, die zur Beantwortung der Forschungsfrage beitragen konnten. Die verwendeten Gesprächsausschnitte bzw. Aussagen wurden wörtlich aus dem Polnischen ins Deutsche übersetzt und übernommen.

Die vorliegende Arbeit orientiert sich zusätzlich an den sechs Gütekriterien qualitativer Forschung nach Philipp Mayring. Diese bestehen aus nachvollziehbarer Verfahrensdokumentation von Analyse- und Interpretationsvorgängen, argumentativer Interpretationsabsicherung, bei der die Interpretation des Analysematerials argumentativ dargestellt werden soll, Regelgeleitetheit, die ein offenes, aber doch systematisches Analyseverfahren sicherstellt, Nähe zum Gegenstand, kommunikativer Validität und letztlich Triangulation, bei der verschiedene Lösungswege für die Untersuchung abgewogen werden sollen (Mayring, 2016, S. 144–148). Die für diese Arbeit durchgeführte Forschung folgt diesen Kriterien, soweit sie die hier verwendeten Methoden betreffen. Die Durchführung der Inhaltsanalysen von sowohl der Sekundärliteratur, von Medienberichten und öffentlichen Aussagen von Politiker/innen und Aktivist/innen als auch den Expert/inneninterviews beruht durchgängig auf der Methodik von Gläser und Laudel, wobei der Analyseprozess zwar offengehalten, aber dennoch regel- und theoriegeleitet war. Potentiell missverständliche Informationen wurden nicht weiter aufgearbeitet, sodass die Analyse ausschließlich anhand von klaren Aussagen und Informationen durchgeführt wurde. Das Prinzip der Regelgeleitetheit war sowohl beim Erstellen des Interviewleitfadens als auch bei den leitfadengestützten Interviews selbst nur eingeschränkt umsetzbar, da hier eine spontane Operationalisierung eine große Rolle spielt (Gläser & Laudel, 2009, S. 115). Die Nähe zum Gegenstand, wobei sichergestellt wurde, dass die Interviews in natürlicher Umgebung stattfanden (Mayring, 2016, S. 146), wurde durch das pandemiebedingte Abhalten der Interviews über Zoom so gut wie möglich umgesetzt. Alle interviewten Expertinnen nahmen aus ihren Wohnungen heraus an den Gesprächen teil. Auch das Prinzip der Triangulation wurde mit der Auswahl der Interviewpartnerinnen, die aus verschiedenen Perspektiven über die Geschehnisse und organisatorischen Vorgänge berichteten, berücksichtigt. Allein der Aspekt der kommunikativen Validität wurde übergangen, da dieser die Diskussion der Forschungsvorgänge mit den Beforschten vorsieht (ebd., S. 147) und somit den Rahmen dieser Forschungsarbeit gesprengt hätte.

2.4.3 Forschungsethische Aspekte

Da sozialwissenschaftliche Forschung kein Prozess reiner Datenauswertung ist, sondern auch Menschen in ihre Untersuchungen einbezieht, ist es wichtig, bei der Durchführung von Forschungsprojekten gewisse forschungsethische Aspekte zu beachten. Da die Beteiligung der in die jeweilige Untersuchung einbezogenen Menschen freiwillig ist, ist entscheidend, dass ihnen kein Schaden zugefügt wird (Gläser & Laudel, 2009, S. 50). David Silverman hebt in dieser Hinsicht einige Gefahren qualitativer Forschung hervor, mit denen gewissenhaft umgegangen werden muss: Ausbeutung, Täuschung, Nachforschungen über vulnerable Personen(-gruppen), Offenlegung der Identität von Personen, wenn diese dies nicht wünschen, oder auch Nichtoffenlegung der Identität von Menschen, obwohl dies erwartet wird, Sympathisieren mit Gruppen, mit denen man selbst nicht übereinstimmt, und die Teilnahme an dubiosen Geschäften (Silverman, 2011, Kapitel 6.1).

Einige dieser Gefahren hätten auch bei den für diese Untersuchung verwendeten qualitativen Methoden auftreten können: Täuschung kann den Teilnehmer/innen einer Forschung insoweit Schaden zufügen, als ihnen entweder fälschliche Informationen oder keine ausreichenden Informationen über ihre Rolle bei der Untersuchung oder über die Forschung selbst gegeben werden, sodass ihre Einwilligung ungültig wäre (Silverman, 2011, Kapitel 6.1.2). Auch bei der Erforschung vulnerabler Gruppierungen muss besonders darauf geachtet werden, die volle und gültige Einwilligung der Beteiligten einzuholen. Das könnte schwierig sein, wenn die Teilnehmenden selbst nicht dazu in der Lage sind, zuzustimmen. Außerdem muss sichergestellt werden, dass die Forschung die besonders verletzlichen Teilnehmer/innen in keiner Weise Gefahren aussetzt, die von ihrem politischen oder sozialen Kontext ausgehen könnten (ebd., Kapitel 6.1.3). Darüber hinaus kann durch die Veröffentlichung einer Forschung auch die gesellschaftliche Gruppe, der ein/e Teilnehmende/r angehört, verletzt werden, wie zum Beispiel durch die Verbreitung von Stereotypen oder eine negative Darstellung (Gläser & Laudel, 2009, S. 52). Der Schutz der Identitäten der Befragten ist wesentlich. Für eine Anonymisierung müssen alle Informationen weggelassen werden, die in irgendeiner Art auf die Identität einer teilnehmenden Person hinweisen können (ebd., S. 55). In Fällen, in denen Teilnehmer/innen ihre Identität offenlegen möchten, ist es genauso wichtig, diese auch bekanntzumachen. In jedem Fall muss deshalb bei der Einwilligung der jeweiligen Teilnehmenden sichergestellt werden, dass diese vollständig informiert sind (Silverman, 2011, S. Kapitel 6.1.4), weshalb den Beteiligten jegliche Informationen über die Forschung und ihre Rolle dabei offengelegt werden müssen (Gläser & Laudel, 2009, S. 50).

Für diese Analyse wurde daher zur Sicherstellung eines ethischen Forschungsprozesses und unter Bezugnahme auf Silverman dafür gesorgt, dass sich die Teilnehmerinnen völlig freiwillig und vollständig informiert beteiligten, dass keine vertraulichen Informationen oder Verhaltensweisen preisgegeben wurden, dass keine Personen in Gefahr gebracht wurden, und dass ein Vertrauensverhältnis zwischen den Teilnehmenden und der Forscherin bestand (Silverman, 2011, Kapitel 6.2). So wurde eine der Interviewteilnehmerinnen auf Wunsch anonymisiert, während die anderen zwei Teilnehmerinnen mit der Nennung ihrer Namen einverstanden waren. Darüber hinaus wurden jegliche Informationen bezüglich des Forschungsprozesses und der Forschungsergebnisse wahrheitsgemäß wiedergegeben und in der Analyse jede Verwendung von Quellen gekennzeichnet (Gläser & Laudel, 2009, S. 56). Der gesamte Forschungsprozess dieser Arbeit wurde unter Einhaltung dieser Prinzipien und unter Berücksichtigung der möglichen Gefahren qualitativer Forschung durchgeführt.

2.5 Politischer Kontext der Protestwellen

Um schließlich *die Bedeutung struktureller Umstände und Einflüsse sowie von Mobilisierungsstrategien für die große und erfolgreiche Massenmobilisierung der Frauenbewegung in Polen* bewerten zu können, soll im folgenden ersten Analysepunkt der politische Kontext und dessen Einfluss auf die Mobilisierungsmöglichkeiten der polnischen Frauenbewegung untersucht werden. In Anlehnung an die von Hanspeter Kriesi definierten Dimensionen des politischen Kontexts (Kriesi, 2004) werden zunächst die politischen Strukturen analysiert, worauf die Akteur/innenkonstellationen und schließlich der Interaktionskontext folgen.

2.5.1 Politische Strukturen

Obwohl nach einem langjährigen Trend hin zu einer Dezentralisierung des polnischen Staates mit einer Stärkung regionaler und lokaler Verwaltungen dieser Trend kürzlich umgekehrt wurde, zählt Polen trotzdem zu den am meisten dezentralisierten Staaten in der Europäischen Union. Das öffentliche Verwaltungssystem besteht neben der zentralen Ebene aus drei weiteren Ebenen: den Woiwodschaften, den Powiats (Landkreisen) und den Gminas (Gemeinden). 52 % des Personals der öffentlichen Verwaltung arbeiten in lokalen Selbstverwaltungen (auf Ebene

der Powiats und Gminas) und 6 % in regionalen Selbstverwaltungen, während nur 42 % der Angestellten in der zentralen Regierung beschäftigt sind. Vor allem die lokalen Verwaltungen spielen im politischen System Polens durch ihre Verantwortung für die Ausführung einer Vielzahl öffentlicher Aufgaben, zum Beispiel im Bereich der Bildung, eine wichtige Rolle (Mazur, Mozdzeń, & Oramus, 2018, S. 791–794). Der Theorie Hanspeter Kriesis zufolge hat eine Dezentralisierung des Staates durch eine größere Anzahl an Staatsakteur/innen einen positiven Effekt auf die Zugangsmöglichkeiten sozialer Akteur/innen auf die Politik und den Staat (Kriesi, 2004, S. 70). Die Verfassung Polens sieht außerdem eine Gewaltenteilung zwischen der Legislative, die aus Sejm und dem Senat besteht, der Exekutive, die sich aus dem/der Präsident/in und dem Minister/innenrat zusammensetzt, und der Judikative mit den Gerichten und Gerichtshöfen vor (Art. 10, 1. & 2.). Es existiert außerdem eine Gewaltenteilung auf Ebene der Woiwodschaften, wo der Selbstverwaltung andere Aufgaben als dem/der von der zentralen Regierung ernannten Woiwod/in zufallen (Mazur, Mozdzeń, & Oramus, 2018, S. 794f). Nach der Theorie Kriesis ist ein hoher Grad an Gewaltenteilung zwischen und innerhalb der drei Gewalten günstig für den Zugang sozialer Bewegungen zu staatlichen Akteur/innen (Kriesi, 2004, S. 70). Allerdings traf die Regierung nach der Wahl der PiS zur Regierungspartei im Jahr 2015 eine Reihe von politischen Entscheidungen, die eine definitive Gewaltenteilung fortan in Frage stellen sollten. Im November 2015 wurden die während der vorherigen Regierung ernannten fünf Richter/innen des Verfassungsgerichtshofes durch neue Richter/innen ersetzt. Darauf folgte zunächst eine Reihe von Versuchen, die Kompetenzen des Verfassungsgerichtshofes durch mehrere legislative Erlasse einzuschränken und zu stören, dann die Unterordnung des Landesrates für Gerichtswesen unter die Legislative und den Justizminister, sowie weitere mehr oder weniger erfolgreiche Anstrengungen, hohe Posten im Gerichtswesen neu zu besetzen (Maczak, 2020, S. 422f). Aufgrund dieser und weiterer Entwicklungen im Rahmen des Justizwesens äußerte sich der Generalanwalt des Gerichtshofs der EU folgenderweise: „The minimum guarantees necessary to ensure the indispensable separation of powers between the executive and the judiciary are no longer present“ (Bobak 2021, zitiert nach Bayer, 2021). Es kann also festgestellt werden, dass die Gewaltenteilung in Polen mittlerweile nicht mehr vollständig gegeben ist. Im Umkehrschluss zu der von Kriesi formulierten Theorie bezüglich des positiven Effekts eines hohen Grades an Gewaltenteilung, resultiert eine eingeschränkte Gewaltenteilung in einem limitierten Zugang sozialer Bewegungen auf den Staat und gleichzeitig zu ausgedehnteren staatlichen Handlungskompetenzen (Kriesi, 2004, S. 70).

Ein weiterer Aspekt, der die politischen Strukturen des Staates prägt, ist das Wahlsystem. In Polen herrscht ein Zweikammersystem, wobei der Sejm nach einem Verhältniswahlrecht mit Mehrheitswahlelementen und Fünfprozenthürde und der Senat nach einem relativen Mehrheitswahlrecht gewählt wird. Für die Gesetzgebung ist vor allem der Sejm zuständig, während der Senat in dieser Hinsicht eine untergeordnete Rolle spielt. Das Staatsoberhaupt wird direkt gewählt (Bauer, 2016, S. 52f). Das Wahlsystem kann wegen seiner Mehrheitswahlelemente nicht als vollkommen proportional eingestuft werden, weshalb auch die Zugangspunkte für soziale Bewegungen zu einem gewissen Grad eingeschränkt sind (Kriesi, 2004, S. 70).

Weiterhin ist auch das Parteiensystem Polens für seine politischen Strukturen und den politischen Kontext relevant. Die Entwicklung des polnischen Parteiensystems seit 1989 kann in zwei Abschnitte aufgeteilt werden. Von 1989 bis 2005 stand vor allem die Demokratische Linke Allianz (SLD), die aus der ehemaligen Kommunistischen Partei entstanden war, der oppositionellen Solidarność-Bewegung entgegen. Durch Korruptionsskandale und die Entstehung neuer Parteien rückten Anfang der 2000er Jahre jedoch zwei neue Parteien der rechten Mitte, die Prawo i Sprawiedliwość (PiS) und Bürgerplattform (Platforma Obywatelska – PO) in den Vordergrund. 2005 gewann die PiS, die eine nationalistisch-religiöse Richtung eingeschlagen hatte, die Parlaments- und Präsidentschaftswahlen gegen die ihr inzwischen oppositionelle PO. Bei den Wahlen 2007 setzte sich die PO durch, während die PiS bis 2015 die Rolle der Opposition einnahm (Tworzecki, 2019, S. 101f). Das polnische Parteiensystem ist also schon seit mehreren Jahren von einer gewissen Dualität geprägt, wobei die PO bei der Wahl 2019 zusammen mit der Partei Nowoczesna und den Grünen (Zieloni) im Wahlbündnis Bürgerkoalition (KO) antrat. Andererseits erlangten bei der Parlamentswahl 2015 neben der PiS und der PO drei weitere Parteien Sitze im Sejm (bpb, 2015) und 2019 schaffte es unter anderem sogar die linke Koalition in das Parlament (Sejm) (bpb, 2019), sodass sich die Parteienlandschaft etwas differenzierte. Negativ fällt allerdings auf, dass die demokratischen Prozesse innerhalb vieler polnischer Parteien, vor allem aber innerhalb der PiS, eher schlecht, wenn nicht autokratisch ausgeprägt sind. Tworzecki argumentiert, dass die Partei PiS vor allem durch die Autorität des Gründers, Jarosław Kaczyński, selbst zusammengehalten wird und die Organisationsstrukturen auf die Parteiführung ausgerichtet sind (Tworzecki, 2019, S. 102). Insgesamt kann auch das Parteiensystem weder als besonders plural noch als einheitlich bezeichnet werden, sodass seine Offenheit zu einem gewissen Grad eingeschränkt ist. Da aber mit den letzten Parlamentswahlen die Anzahl von Parteien im Sejm gestiegen ist, ist nach Kriesi

auch die Anzahl an Zugangspunkten für soziale Bewegungsakteur/innen größer geworden (Kriesi, 2004, S. 70f).

Auch die Verwaltungsstrukturen des Staates beeinflussen die Offenheit der politischen Strukturen und somit auch die Anzahl der Zugangspunkte für soziale Bewegungen. Durch den hohen Dezentalisierungsgrad Polens sind seine horizontalen Koordinierungsmechanismen in der Verwaltung schwach ausgeprägt (Mazur, Mozdzeń, & Oramus, 2018, S. 802). Die Koordination der Ministerien und die Durchführung von Implementierungsstrategien ist nicht sehr effizient, weshalb deren Verwaltung von der Öffentlichkeit häufig als visionslos wahrgenommen wird (ebd., S. 796). Durch die erweiterten Kompetenzen des/der Entwicklungsminister/in soll dem entgegengewirkt werden (ebd., S. 802). Reformen staatlicher Verwaltung werden auf top-down-Basis implementiert. Daten der OECD weisen darauf hin, dass wichtige politische Entscheidungen oftmals kurzfristig nach Bedarf getroffen werden, weshalb der Implementierungsprozess häufig unkoordiniert ist. Außerdem kam es in der Vergangenheit infolge von Regierungswechseln häufig zu Reformumkehrungen. Koordinierungsprobleme und Zuständigkeitskonflikte zwischen den verschiedenen Administrationsebenen sowie Verwaltungsarten, die unter anderem durch Unterfinanzierung bestimmter Aufgabenbereiche bei gleichzeitiger Vergrößerung der Verpflichtungen lokaler Verwaltungen bedingt werden, sind keine Seltenheit. Außerdem gibt es auf regionaler Ebene Probleme bei der Abstimmung zwischen den Woiwod/innen und dem Vorsitz der regionalen Selbstverwaltungen, insbesondere wenn diese verschiedenen Parteien angehören (ebd., S. 795f). Gleichzeitig gehört Polen jedoch bezüglich der Politikimplementierung zu den effektivsten Staaten der EU (ebd., S. 809). Vor allem die lokalen Verwaltungen werden finanziell angemessen ausgestattet (ebd., S. 794). Außerdem kommt es zu einer steigenden Politisierung der öffentlichen Verwaltung durch Neubesetzungen hoher Posten und vermehrter Klientelpolitik. Im Jahre 2016 war das vorher geltende Gesetz, das politische Neutralität bei der Besetzung höherer Posten in öffentlichen Dienst vorschrieb, abgeschafft worden, was fortan die Politisierung des öffentlichen Dienstes begünstigte (ebd., S. 802f). Es gibt insgesamt also durchaus einige Zugangspunkte für soziale Bewegungsakteur/innen. Die zunehmende Politisierung der öffentlichen Verwaltung deutet allerdings darauf hin, dass diese Zugangspunkte in den letzten Jahren eingeschränkt wurden und somit weniger geworden sind. Außerdem sind die Verwaltungsstrukturen trotz einiger Schwächen im Großen und Ganzen relativ gut koordiniert, was nach Kriesi einen Nachteil für die Zugangsstrukturen darstellt (Kriesi, 2004, S. 71).

Ein weiterer Gesichtspunkt, der in Kriesis Theorie eine große Rolle bezüglich politischer Strukturen spielt, sind die kulturellen Modelle, die den Einfluss sozialer Bewegungen begünstigen oder einschränken können. Ein Aspekt diesbezüglich sind die *prevailing strategies*, die die Verhaltens- und Vorgehensweisen politischer Akteur/innen gegenüber sozialen Akteur/innen bestimmen (Kriesi, 2004, S. 71f). Wie bereits angesprochen, ist die Zivilgesellschaft und die allgemeine politische Partizipation und Protestaktivität in Polen, obwohl sie sich seit 1989 positiv entwickelt hat, vergleichsweise schwach ausgeprägt (Hooghe & Quintelier, 2014, S. 225; Borbáth & Gessler, 2020, S. 917–919). Während in den letzten Jahrzehnten rechtsextreme Bewegungen in Mittel- und Osteuropa aktiver protestierten, war die Linke unter anderem durch ihre politische Stigmatisierung nach dem Systemwechsel (Borbáth & Gessler, 2020, S. 913f) bis vor den Black Protests zurückhaltender (ebd., S. 923f). Der Feminismus in Polen selbst beschränkte sich lange Zeit auf NGOs und formelle Institutionen, sodass der Aktivismus durch seine äußere Finanzierung weniger konfrontativ war (Hall, 2019, S. 1502). Die Beziehungsstrukturen zwischen dem polnischen Staat und feministischen Akteur/innen waren insgesamt immer relativ unbeständig (Krizsán & Roggeband, 2021, S. 618). Zwischen 2009 und 2015 wurden Frauenrechtler/innen durch die Einführung spezifischer Diskussionsforen und eine Verbesserung der Beziehungen zum Frauenkongress, einer etablierten NGO, die sich für Gleichberechtigung und Chancengleichheit einsetzt (Kongres Kobiet, o.J.), vermehrt in politische Entscheidungsprozesse miteinbezogen. Seitdem jedoch 2015 die PiS Regierungspartei wurde, wurden sämtliche Kooperationen und das sich zuvor verbessernde Verhältnis mit Gleichstellungsinstitutionen auf Eis gelegt, sodass der Zugang der Frauenbewegung zum Staat weitgehend eingeschränkt wurde. Im Kontext der Abtreibungsproteste kam es schließlich auch zu Verhaftungen von feministischen Aktivist/innen und zu Streichungen bzw. Rückforderungen von bereits an ‚liberale‘ NGOs gezahlten staatlichen Fördergeldern. Gleichzeitig fokussierte sich der Staat auf den Ausbau eines konservativen NGO-Sektors, während höhere Regierungs- und Richter/innenpositionen an Mitglieder/innen von Organisationen mit ‚anti-gender‘-Agenden vergeben wurden (Krizsán & Roggeband, 2021, S. 615). Somit wurde die staatliche Beziehung zu feministischen NGOs nach der ersten Protestwelle noch feindseliger. Die *prevailing strategies* der Regierung gegenüber feministischen sozialen Bewegungsakteur/innen waren schon zu Beginn der Mobilisierungen 2016 ungünstig für die Frauenbewegung und entwickelten sich während der darauffolgenden Jahre weiter negativ.

Ein anderer Aspekt kultureller Modelle sind die politisch-kulturellen oder symbolischen Möglichkeiten bezüglich des öffentlichen Diskurses für die soziale Bewegung (Kriesi, 2004, S.

72). Wie bereits in der Kontextualisierung des Abtreibungsdiskurses beschrieben, war das Thema Abtreibung in Polen schon seit jeher sehr umstritten. Seit 1989 kam es sowohl zu Aktivismus für eine Erweiterung des Abtreibungsgesetzes als auch zu Initiativen von Pro-Life-Organisationen gegen Abtreibung (siehe Kapitel 2.1.1 & 2.1.2). Neben vielen in die eine oder andere Richtung eindeutigen Haltungen bezüglich Abtreibung war die breite Öffentlichkeit in den frühen 2010er Jahren vornehmlich mit dem Abtreibungskompromiss von 1993 einverstanden (CBOS, 2012, S. 1), während das Thema an sich im Allgemeinen eher unpopulär war (Hall, 2019, S. 1504). Trotzdem gab es in der Bevölkerung zahlreiche Befürworter/innen einer Erweiterung des Abtreibungsgesetzes – 2012 waren es 39 % (CBOS, 2012, S. 1) – wobei jedoch eine sehr große Mehrheit eine Abtreibung aus persönlichen oder materiellen Gründen ablehnte (ebd., S. 4). Insgesamt kann festgestellt werden, dass zwar ein erwähnenswerter Bevölkerungsanteil der Frauenbewegung und den Abtreibungsprotesten unterstützend gegenübergestanden haben muss, zumal die Zustimmungswerte zu Schwangerschaftsabbrüchen nach den Black Protests gestiegen waren, gleichzeitig aber ein großer Teil, wenn nicht der Großteil der Bevölkerung, diese Werte nicht vertrat. Noch heute sind die Zustimmungswerte bezüglich Abtreibung unter den niedrigsten in Europa (Koralewska & Zielińska, 2021, S. 1). Deshalb und wegen des traditionell hohen Einflusses der katholischen Kirche auf die polnische Bevölkerung (siehe Kapitel 2.1.1) kann also nicht von einer kulturellen Verankerung der progressiven Werte und Ideen, wie legale Abtreibung und Geschlechtergleichstellung, für die die Frauenbewegung während der Abtreibungsproteste kämpfte, gesprochen werden. Da trotzdem ein signifikanter Bevölkerungsanteil die Erweiterung des Abtreibungsgesetzes befürwortete, muss die Haltung der Gesellschaft bezüglich des Themas Abtreibung differenziert betrachtet werden. Diese Tatsache deutet laut Kriesis Theorie auf sowohl für eine Mobilisierung günstige als auch ungünstige politisch-kulturelle Möglichkeiten hin (Kriesi, 2004, S. 72).

Es wäre gewagt, diesbezüglich von einer *political cleavage* in Polen zu sprechen. Allerdings ist eindeutig eine Polarisierung der Bevölkerung bezüglich dieses Themas zu erkennen. Da laut Kriesi Konfliktstrukturen wiederum durch Politisierung Mobilisierungspotential mit sich bringen (Kriesi, 2004, S. 72f), kann diese Tatsache als begünstigend für die Mobilisierung der Abtreibungsproteste angesehen werden.

Zusätzlich wird der politische Kontext eines Staates durch internationale Strukturen beeinflusst (ebd.). Im Falle Polens betrifft dies vor allem seine Mitgliedschaft in der EU und somit seine Einordnung in ein supra-nationales politisches System. Dies gibt den Bürger/innen die Möglichkeit, ihre Forderungen nicht nur an die nationale Elite, sondern auch an

internationale Partner/innen zu richten. Da die Europäische Union zusätzlich für Werte wie zum Beispiel Geschlechtergleichstellung und Menschenrechte einsteht (Europäische Union, o.J.), wird die Motivation hinsichtlich der öffentlichen Vertretung dieser Werte gestärkt. Als Antwort auf und Unterstützung für die Proteste im Oktober 2020 beschloss das Europaparlament beispielsweise eine Resolution, die Frauen das Recht auf sexuelle Selbstbestimmung zuspricht, auch wenn die EU rechtlich nicht für das Thema Abtreibung zuständig ist (Wesel, 2020). Die Mitgliedschaft Polens in der EU kann also eindeutig als positiver Faktor bezüglich der Mobilisierung der Abtreibungsproteste gewertet werden.

2.5.2 Akteur/innenkonstellationen

Die zweite Dimension des politischen Kontexts bezieht sich auf Akteur/innenkonstellationen, da diese Kriesis Theorie nach ebenfalls Einfluss auf die Mobilisierungsmöglichkeiten einer Bewegung haben. Es werden daher im Folgenden die Konstellationen zum Zeitpunkt und im Vorlauf der Black Protests 2016 und 2018 sowie der Proteste im Oktober 2020 untersucht, da diese sich im Gegensatz zu den allgemeinen politischen Strukturen schnell ändern und somit eine bestimmte Situation und ihr Konfliktpotential nur zu einem bestimmten Zeitpunkt erklären können, nicht aber ihre weitere Entwicklung (Kriesi, 2004, S. 74).

Kriesi unterscheidet in seiner Theorie zwischen den Akteur/innengruppen der Verbündeten, der Gegner/innen und der Zuschauer/innen. Eine offensichtliche, und die wahrscheinlich größte Gegnerin der Frauenbewegung ist die Regierungspartei PiS. Da die Partei eng mit der polnischen katholischen Kirche verbunden ist, wurde bereits bei ihrer Wahl 2015 klar, dass der kirchliche Einfluss und somit auch der Einfluss konservativer Werte auf die Politik wieder größer werden würden (Druciarek, 2016). So seien der Führung der Partei zufolge die säkularen Werte der Europäischen Union mit dem polnischen Leben unvereinbar (Taub, 2020). Obwohl der Gesetzentwurf von Stop Abortion 2016 schließlich abgelehnt wurde, stimmten 32 der 234 Abgeordneten der PiS nach den Protesten gegen seine Ablehnung (WNP, 2016). Außerdem führten mehrere politisch strategische Ereignisse, vor allem aber die Neubesetzung von Richter/innenposten des Verfassungsgerichtshofes und die damit verbundenen Versuche, die Kompetenzen des Gerichtshofes zu beschränken (Maczak, 2020, S. 422f), zu der Anschuldigung, dass die PiS die Entscheidung des Verfassungsgerichts vom 22. Oktober 2020 beeinflusst hätte (Mortensen & Smith-Spark, 2020). Letztendlich führte der Antrag zur Prüfung des Abtreibungsgesetzes von 2019, der mehrheitlich von PiS-Abgeordneten

unterschieden wurde (Sitnicka, Klauziński, & Kocejko, 2020), zur heutigen Abtreibungsgesetzgebung. Da dieser Antrag zusätzlich von Abgeordneten der Parteien PSL und Kukiz '15, die zum damaligen Zeitpunkt in einem Wahlbündnis waren (RP, 2020), sowie von Konfederacja unterzeichnet wurden, können auch diese Parteien zu den Gegnern der Bewegung gezählt werden. Bei der Abstimmung über den Stop Abortion-Gesetzentwurf stimmten acht der 16 Abgeordneten der PSL und 15 der 36 Abgeordneten von Kukiz'15 gegen die Ablehnung des Entwurfs, während zwei bzw. 14 dafür stimmten (WNP, 2016). Die Interviewpartnerin, die an der Protestwelle 2020 teilgenommen hat, drückte ihre Einstellung als Außenstehende gegenüber der Regierung sehr deutlich aus. Sie hätte gehofft, dass die Entscheidung des Verfassungsgerichtes im Oktober 2020 anders ausfallen würde, wäre aber angesichts der von der Regierung permanent vermittelten Werte nicht überrascht gewesen. „Ich habe das Gefühl, dass die Regierung vor allem Frauen kontrollieren will“ (Interview, 31. Januar 2022).

Eine wichtige Akteurin, die ebenfalls als Gegnerin der Bewegung eingestuft werden kann, ist die polnische katholische Kirche. Wie bereits in Kapitel 2.1.1 beschrieben, spielte die Kirche nach dem Systemwechsel eine große Rolle im polnischen Anti-Abtreibungsdiskurs. Laut Jarosław Kaczyński, dem Vorsitzenden der PiS, sei sie außerdem grundlegend mit der polnischen Nation und somit mit dem ‚Polnisch Sein‘ seiner Bürger/innen verwoben (Taub, 2020). Im Vorfeld der Black Protests von Oktober 2016 befürwortete das Episkopat der Kirche mit einem offiziellen Statement den Gesetzentwurf von Stop Abortion, obwohl es davor öffentlich nie die im Entwurf vorgeschlagenen Gefängnisstrafen im Falle einer illegalen Abtreibung unterstützt hatte. Die Unterschriften für diese Initiative wurden unter anderem auch in Kirchen mit aktiver Unterstützung der Priester gesammelt (Graff, 2020, S. 233f). Die Rolle der Kirche beim Abtreibungsdiskurs wird außerdem daran deutlich, dass die Black Protests teilweise auch direkt gegen die Kirche gerichtet waren (ebd., S. 236). Obwohl sich die Kirche nach der Ablehnung des ersten Stop Abortion-Gesetzentwurfs diesbezüglich distanziert hatte (ebd., S. 238), rief das Präsidium des polnischen Episkopats im Januar 2018 zur Unterstützung des neuen Gesetzentwurfs von Stop Abortion auf. Außerdem reagierte die Kirche erneut positiv auf die Entscheidung des Verfassungsgerichtes vom 22. Oktober 2020 (Motak, Krotofil, & Wójciak, 2021, S. 5). Es kann also nicht davon ausgegangen werden, dass die Kirche bis zur zweiten Protestwelle ihre Haltung gegenüber der feministischen Bewegung geändert hatte. Sie nahm eine konstant negative Haltung gegenüber der Frauenbewegung ein und verkündete diese auch öffentlich. Viele der Protestierenden beschuldigten außerdem die Kirche, die Entscheidung des Verfassungsgerichtes beeinflusst zu haben (Mortensen & Smith-Spark,

2020). Durch den traditionellen Einfluss der Kirche auf die polnische Politik und Öffentlichkeit kann diese als sehr wichtige Kontrahentin der Frauenbewegung im Vorlauf und während der beiden Protestwellen angesehen werden. Interessant ist in diesem Zusammenhang jedoch, dass das Vertrauen der Bevölkerung in die Kirche von 58 % im Jahre 2016 auf 40 % im Jahre 2020 gesunken ist (Taub, 2020).

Als weitere entgegengesetzte Akteur/innen können viele Medien identifiziert werden. Massenmedien spielen eine wichtige Rolle bei der Reproduktion der „abortion negativity“ (Koralewska & Zielińska, 2021, S. 4) in Polen, besonders aber die rechtsgerichteten Medien, die ideologisch mit rechten Parteien und der katholischen Kirche verbunden sind (ebd.). Obwohl es schon lange eine Polarisierung in der polnischen Medienlandschaft gegeben hatte, wurde diese seit der Wahl der PiS 2015 noch verstärkt. Anfang 2016 wurden von der Regierungspartei die Führungsposten der öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten neu besetzt (Chapman, 2017). Vor allem das Nachrichtenprogramm des staatlichen Fernsehsenders TVP, der von der NGO Reporter ohne Grenzen als Propagandainstrument der Regierung bezeichnet wurde (Kalan, 2019), berichtete negativ über die Proteste und somit über das Thema Abtreibung. So sendete das Programm beispielsweise nach einem Bericht über den Black Protest am 3. Oktober 2016 die Berichterstattung über ‚weiße‘ Gegenproteste, die gleichzeitig stattgefunden hatten, und implizierte somit eine vergleichbare Größenordnung beider Demonstrationen, die jedoch nicht gegeben war (Chapman, 2017). Ein weiteres Beispiel ist die Darstellung der Proteste der Opposition im Parlament als Teil der Protestwelle im Oktober 2020 als „linken Faschismus, der Polen zerstört“ (Wesel, 2020). Der Sender berichtet gleichzeitig fast ausschließlich positiv über die Regierungspartei PiS und negativ über die Opposition (Kalan, 2019). Sowohl im Jahr 2016 (Pallus, 2017) als auch 2020 gehörten TVP und die dazugehörigen Sender zu den beliebtesten im Land (wirtualnemedial.pl, 2021). Gleichzeitig setzten sich jedoch einige andere Medien gegen ein schlechtes öffentliches Bild von Abtreibung ein, indem sie eine neutrale Haltung einnahmen (Koralewska & Zielińska, 2021, S. 2).

Weiterhin sind die Organisationen und Initiativen, die der Pro-Life-Bewegung angehören, als entgegengesetzte Akteur/innen einzustufen. Die im März 2016 gestartete Kampagne der Initiative Stop Abortion für ein totales Abtreibungsverbot führte zu den ersten Gegenreaktionen der Frauenbewegung und zu der Gegenkampagne des Bündnisses Save The Women!. Die Zulassung dieses ersten Entwurfes wie auch des zweiten Entwurfes von Stop Abortion im März 2018 zur zweiten Parlamentslesung waren Anlass für die Black Protests 2016 und 2018. Somit können vor allem alle an der Bürgerinitiative Stop Abortion beteiligten Gruppierungen als direkte Gegner/innen der Frauenbewegung angesehen werden. Nach

Hanspeter Kriesi können die Gesetzesvorschläge von Stop Abortion als „window of opportunity“ (Kingdon 1984, zitiert nach Kriesi, 2004, S. 76) gewertet werden, da die ersten Mobilisierungen der Frauenbewegung als Reaktion auf diese Kontroverse organisiert wurden. In diesen Fällen seien die Möglichkeiten für eine Intervention sozialer Bewegungen sowie eine Veränderung in der Politik größer (ebd.). Weiterhin organisierten Gruppierungen der Pro-Life-Bewegung Onlineproteste unter dem Hashtag #BiałyProtest (,weißer Protest‘) während der Protestwellen (PolsatNews, 2016), aber auch kleinere Gegenproteste vor dem und am 3. Oktober 2016, dem Tag, an dem der Frauenstreik im Zuge der Black Protests 2016 stattfand. Die Teilnehmer/innen an diesen Gegenprotesten kleideten sich in Weiß oder auch bunt, um die schwarze Kleidung "denen mit schwarzem Gewissen" (PolskieRadio24, 2016) zu überlassen (ebd.).

Zu guter Letzt kann auch die Polizei als Gegnerin der Bewegung angesehen werden. Bereits während der Proteste 2016 und 2018 kam es zu mehreren Fällen von übertriebener Anwendung von Gewalt gegen Protestierende sowie Verhaftungen (Amnesty International, 2018, S. 13–17). Während der Proteste 2020 ging die Polizei allerdings noch brutaler als gewöhnlich gegen die Demonstrant/innen vor (Czarniawska, 2020, S. 6). Laut Amnesty International kam es mehrere Wochen lang zu übermäßiger Gewaltanwendung gegen Protestierende und zu willkürlichen Festnahmen durch Polizeibeamt/innen, die teilweise die Versammlungsfreiheit beeinträchtigten (Amnesty International, 2020, S. 1). Allein am Tag des größten Protestes in Warschau am 30. Oktober 2020 wurden 37 Menschen festgenommen (Mortensen & Smith-Spark, 2020), bei einem weiteren friedlichen Streik am 18. November 2020 kam es zu 13 Festnahmen (Amnesty International, 2020, S. 1). Außerdem wurden vermehrt Journalist/innen und Abgeordnete rechtswidrig festgenommen, und es kam zum Einsatz von Pfefferspray durch die Polizei (Czarniawska, 2020, S. 6). Nationalistische Fußball-Fans organisierten sich zusammen mit der Polizei außerdem zur „Verteidigung der Kirche vor ,der Linken““ (ebd.) Wegen dieser Ereignisse kam es in Kreisen der Bewegung online zur Verbreitung von Warnungen und Ratschlägen, beispielsweise wie mit den Effekten von Pfefferspray umzugehen ist oder welche Rechte einem zustehen, wenn man von der Polizei aufgehalten wird (ebd.).

Es gab aber natürlich auch Akteur/innen, die definitiv als Verbündete der polnischen Frauenbewegung im Vorfeld der Protestwellen aufgetreten sind und die zur Mobilisierung in positiver Weise beigetragen haben. Zum einen gehören dazu die vielen NGOs, Organisationen und Kollektive, die sich bereits seit vielen Jahren als Teil der polnischen Frauenbewegung für Geschlechtergleichstellung und Abtreibungsrechte einsetzen (siehe Kapitel 2.1.2), zum anderen

aber auch die informellen Initiativen und Gruppierungen, die sich erst kurze Zeit vor der Protestwelle, nachdem Stop Abortion ihren Anti-Abtreibungs-Gesetzentwurf im März 2016 vorgestellt hatte, zusammengefunden hatten. Korolczuk bezeichnet die Entwicklung als „two-tiered process of building grassroots groups ‚from scratch‘, and forging alliances between existing women’s NGOs, which at times included also extra-parliamentary left parties“ (Korolczuk E. , 2016, S. 96). Durch die Formierung dieser neuen Gruppierungen und die erhöhte Aktivität der Frauenbewegung zwischen den Protestwellen, stieg die Anzahl und die Vernetzung der verbündeten Akteur/innen bis zu den Protesten 2020 weiter an. Dies wird an den Ergebnissen der CBOS Befragung aus dem Jahr 2020 deutlich, bei der 8 % der Befragten angaben, an den Protesten im Oktober 2020 teilgenommen zu haben, während es bei den Protesten 2016 nur 3 % waren (CBOS, 2020, S. 10). Es kann also festgehalten werden, dass die Frauenbewegung im Vorlauf und zum Zeitpunkt sowohl der ersten als auch der zweiten Protestwelle von einer relativ großen Anzahl von verbündeten Gruppierungen und Organisationen unterstützt wurde.

Weiterhin gab es auch einige politische Vertreter/innen und Zugehörige der politischen Elite, die einer Erweiterung des Abtreibungsgesetzes zustimmten. Die Partei Razem, die die ersten Proteste im April 2016 mitorganisiert hatte (Korolczuk E. , 2016, S. 97) und sich auch bei den Black Protests durch ihre Zusammenarbeit mit kleineren Gruppierungen der Bewegung engagiert hatte, kann definitiv als mit der Bewegung verbündet beschrieben werden. Auch die Grüne Partei Zieloni und Initiative Polen (Inicjatywa Polska), die damals noch eine politische Organisation und keine Partei war, unterstützten die Proteste durch ihre Mitarbeit. Neben der Zusammenarbeit mit diesen außerparlamentarischen Parteien war die Führung der Frauenbewegung teilweise mit Parlamentsabgeordneten, beispielsweise von der Oppositionspartei Nowoczesna, vernetzt, um an Diskussionen über die Gesetzentwürfe teilnehmen und den parlamentarischen Debatten folgen zu können. Diese Strategie wurde allerdings von Feminist/innen aus den eigenen Reihen kritisiert, da die jeweiligen Abgeordneten häufig konservativer eingestellt waren und mit dem Großteil der feministischen Werte der Bewegung nicht übereinstimmten. Einigen Abgeordnete oppositioneller Parteien, die an den Protesten teilnahmen, wurde deshalb von Teilnehmer/innen der Bewegung Heuchelei vorgeworfen (ebd., S. 106f). Rafał Trzaskowski, der Bürgermeister Warschaus und Vizevorsitzender der Oppositionspartei PO, sprach sich im November 2020 für eine Liberalisierung der Gesetzgebung aus, wobei deren Bestimmung in den Händen der Frauen liegen sollte. Dabei betonte er aber, dass die Meinungen in seiner Partei in der Hinsicht auseinandergingen (Gorczycki, 2020). Es gab also durchaus Akteur/innen in der politischen

Sphäre, die als Verbündete der Frauenbewegung während der Protestwellen eingestuft werden können. Einige dieser Allianzen könnten Kriesis Theorie nach aus Gelegenheiten zu Gunsten der politischen Akteur/innen (Kriesi, 2004, S. 74f), die sich als Interessenvertreter/innen der Bewegung darstellten und durch die Wahl einer Seite bezüglich des polarisierenden Themas der Abtreibung seine/ihre Stellung in der Opposition stärken wollten, entstanden sein.

2.5.3 Interaktionskontext

Die bereits analysierten politischen Strukturen und die Akteur/innenkonstellationen bilden den Interaktionskontext, in dem die Mobilisierungen der polnischen Frauenbewegung stattgefunden haben, als dritte Dimension des politischen Kontexts. Auf dieser Ebene werden durch eine Abwägung der Möglichkeiten und der potentiellen Kosten bzw. Nachteile kollektiver Aktivität und Handlungen der sozialen Bewegung die Gelegenheitsstrukturen im Vorfeld und während der Protestwellen analysiert (Kriesi, 2004, S. 77f). Somit können kontextspezifische Gelegenheiten herausgefiltert werden, die die Vorgehensweise der Bewegung beeinflusst haben und somit für die großen Mobilisierungen bedeutsam waren.

Bezüglich der politischen Strukturen gestaltete sich der Interaktionskontext zum Teil günstig für die Frauenbewegung. Die relativ starke Dezentralisierung des polnischen Staates, das mehrstufige Verwaltungssystem und die Beschaffenheit der Verwaltungsstrukturen boten einige Zugangspunkte für die soziale Bewegung, vor allem auf lokaler Ebene. Auch die Mitgliedschaft Polens in der Europäischen Union kann als positiver Faktor bezüglich der Mobilisierung der Frauenbewegung gewertet werden. Die auf der jahrzehntelang bestehenden Abtreibungsdebatte aufgebauten Konfliktstrukturen brachten durch die Politisierung zusätzliches Mobilisierungspotential mit sich.

Andererseits führten jedoch die von der PiS vorgenommenen Änderungen bezüglich des Justizwesens zu einer eingeschränkten Gewaltenteilung. Dieser Aspekt verschlechterte den politischen Kontext der Bewegung erheblich und trug außerdem indirekt zur Entscheidung des Verfassungsgerichtshofes, dass die Abtreibung missgebildeter Föten verfassungswidrig sei, bei. Auch die Dualität des polnischen Parteiensystems seit den 2000er Jahren, in der beide Mehrheitskoalitionen der rechten Mitte angehörten und somit mehr oder weniger konservative Werte vertraten, kann als Nachteil für den Zugang der Frauenbewegung betrachtet werden, da im Parlament somit traditionell nur wenige Abgeordnete mit progressiven Werten vertreten waren. Der Gewinn der absoluten Mehrheit der PiS im Sejm bei den Wahlen 2015 (bpb, 2015) sowie der erneute Wahlsieg der Partei 2019 (bpb, 2019), können definitiv als negative

Entwicklung für die Frauenbewegung gewertet werden, zumal sich die Partei im letzten Jahrzehnt immer weiter radikalisiert hatte, ein Vorgang, der mit der Stärkung der Parteiführung und der daraus resultierenden hohen Autorität Jarosław Kaczyńskis einhergegangen war (Tworzecki, 2019, S. 102). Somit war der Zugang der Bewegung zum Staat stark eingeschränkt. Wie beschrieben, waren auch die *prevailing strategies* der Regierung nicht hilfreich, sodass von der PiS als Regierungspartei keinerlei Unterstützung oder Verständnis für die Frauenbewegung und die feministischen NGOs im Allgemeinen erwartet werden konnte.

Die politisch-kulturellen Möglichkeiten der Bewegung gestalteten sich ambivalent und konnten den Interaktionskontext deshalb sowohl positiv als auch negativ beeinflussen. Da, wie im Kapitel 2.5.1 festgestellt, durch den Einfluss der katholischen Kirche in Polen vorwiegend konservative Werte in der Gesellschaft verankert sind, war eine Mobilisierung der Frauenbewegung mit Kosten für diesen Bevölkerungsanteil verbunden. Allerdings dürfen auch die Teile der Bevölkerung, die ein erweitertes Abtreibungsrecht oder sogar nur den Abtreibungskompromiss von 1993 befürworteten und/oder den Abtreibungsprotesten unterstützend sogar gegenüberstanden, nicht unterschätzt werden. 2016 unterstützten 60 % der Bevölkerung eine Abtreibung in den oben genannten drei Fällen, im November 2020 waren es sogar 64 %. Die Zustimmung zu Abtreibung in schwierigen materiellen Situationen lag allerdings sowohl 2016 als auch 2020 bei nur 20 % (CBOS, 2020, S. 4). Obwohl der potentiell unterstützende Teil der Gesellschaft also kleiner war als der ablehnende Teil, war die Wahrscheinlichkeit, Anklang zu finden doch relativ groß. Nach den ersten Protesten der Frauenbewegung im April 2016 und vor allem der ersten Protestwelle der Black Protests wurde deutlich, dass die Mobilisierung sehr erfolgreich war. Dies hatte natürlich auch einen positiven Einfluss auf den Interaktionskontext bezüglich der politisch-kulturellen Möglichkeiten vor allem bei den darauffolgenden Protesten in den Jahren 2018 und 2020.

Zusammenfassend können bei einer Abwägung der Kosten und des Nutzens einer Mobilisierung sowohl Vorteile als auch Nachteile in den politischen Strukturen Polens festgestellt werden. Der Aufbau und die Struktur der politischen Institutionen wie auch die kulturellen Modelle bringen Faktoren mit sich, die den Interaktionskontext sowohl positiv als auch negativ beeinflusst haben. Dennoch können die Stellung der PiS als Regierungspartei sowie ihre starke Parteiführung und ihre *prevailing strategies* gegenüber der Frauenbewegung als sehr starke Negativfaktoren für die Gestaltung des Interaktionskontext während und im Vorfeld beider Protestwellen eingestuft werden.

Da die PiS als Regierungspartei, wie bei den Akteur/innenkonstellationen beschrieben, als die größte Gegnerin der Frauenbewegung angesehen werden kann, waren mit ihr als

Akteurin bei einer Kosten-Nutzen-Abwägung hohe Kosten verbunden. So wurden im Kontext der Abtreibungsproteste die Fördergelder vieler NGOs gestrichen oder wieder rückgefordert während konservative Organisationen finanziell unterstützt wurden (Krizsán & Roggeband, 2021, S. 615). Auch die negative Darstellung der Bewegung und der Proteste durch prominente Politiker/innen der Partei in der Öffentlichkeit können als Nachteil angesehen werden. Obwohl viele PiS-Abgeordnete nach der ersten Welle der Black Protests zurückruderten und den Stop-Abortion-Entwurf schließlich ablehnten, trat die Partei gesamtheitlich deutlich für eine Einschränkung des Abtreibungsrechtes ein (Druciarek, 2016). Außerdem gehörte es durchgängig zur allgemeinen Rhetorik der PiS, Gleichberechtigung als „Genderideologie“ zu denunzieren, welche traditionelle Familienwerte angreife und Homosexualität, Hypersexualität und Feminismus fördere. Die Verbreitung dieses Narratives durch die Regierung und andere Politiker/innen diffamierte die Frauenrechtsgruppen und unterstellte ihren Mitgliedern moralischen Verfall. Gleichzeitig wurde so öffentliches Misstrauen geschaffen und ermutigte zu Angriffen auf Frauenorganisationen. Aktivist/innen zufolge hielt dies auch Frauen und Mädchen, denen Unrecht widerfahren war, davon ab, Hilfe zu suchen (Human Rights Watch, 2019, S. 1f). Während der Protestwelle 2020 verurteilte Kaczynski die Proteste als Angriff auf Polen: „Dieser Angriff ist ein Angriff, der Polen zerstören soll, er soll zum Triumph von Kräften führen, deren Macht im Wesentlichen die Geschichte der polnischen Nation, wie wir sie bisher gesehen haben, beenden wird“ (Kaczyński 2020, zitiert nach Bankier.pl, 2020). Laut Pancewicz hatte man mit Gegenreaktionen von Seiten der Regierung und ihrer Anhänger/innen gerechnet, da das Thema Abtreibung in der polnischen Gesellschaft und der Kirche ohnehin schon kontrovers diskutiert worden war. Allerdings habe niemand wirklich „einen solchen ‚Hate‘, wie es ihn dann gab“ (N. Pancewicz, 27. Januar 2022), erwartet (ebd.). Diese extrem ablehnende Haltung hatte während der letzten Jahre einen geteilten Einfluss auf die Bewegung. Pancewicz zufolge hat diese einerseits die Teilnehmer/innen an den Veranstaltungen des OSK dazu motiviert, weiter zu demonstrieren, da der OSK immer dann zu Protesten aufrief, wenn etwas Gravierendes und Negatives im Abtreibungsdiskurs geschehen war. Andererseits brachte die konstante Auseinandersetzung mit negativen Reaktionen aus den Regierungssreihen und aus der Bevölkerung auch viele Langzeitfolgen für die permanenten Mitglieder/innen der Bewegung mit sich. Diese Beschwerden seien sowohl psychischer Natur, zum Beispiel in Form von Depressionen, aber auch physisch. „Wir verteidigen uns immer dadurch, dass wir weiter aktiv sind [...] Das erfordert viel Kraft und psychische Widerstandsfähigkeit, und es gelingt nicht immer, so widerstandsfähig zu sein. Allgemein kriegen wir das aber schon hin“ (N. Pancewicz, 27. Januar 2022). Die Reaktionen und Denunzierungen der Regierung und stellvertretend auch

ihrer Anhänger/innen haben also bis heute insofern einen negativen Effekt auf die Bewegung und Mobilisierung, dass manche Teilnehmer/innen nicht mehr aktiv sein können, oder aber durch die Reaktionen und das negative Narrativ beeinflusst wurden. Insgesamt sei laut Pancewicz die PiS aufgrund ihrer Macht als Regierungspartei die bedeutendste Akteurin in der Entwicklung der Abtreibungsdebatte (ebd.).

Die PiS kann alles machen. Die PiS zieht sich neue Gesetze einfach aus dem Ärmel. Am 25. Januar [2022] ist schon wieder eine mit Zwillingen schwangere Frau [wegen des Abtreibungsgesetzes] verstorben. [...] Die PiS ermordet einfach Frauen mit ihren Händen, da müssen wir uns nichts vormachen, das ist so. (N. Pancewicz, 27. Januar 2022)

Auch die interviewte Teilnehmerin an den Protesten 2020 erinnerte sich an viele negative Kommentare seitens der Regierung. Interessanterweise schien sich der Präsident Andrzej Duda aber weitgehend aus dem Hauptdiskurs herausgehalten zu haben (Interview, 31. Januar 2022). „Ich erinnere mich nicht genau, er hat die Geschehnisse wahrscheinlich ein bisschen kommentiert, aber nicht viel. Ich erinnere mich nicht an seine Figur bezüglich der Ereignisse von 2020. [...] Jarosław Kaczyński war viel prominenter“ (ebd.). Durch die Vernetzung der PiS mit der Kirche und mit einigen Mainstream-Medien wurden die von der Partei vertretenen Ansichten nochmals verstärkt.

Die katholische Kirche als Akteurin im Interaktionskontext erhöhte ebenfalls nur die Kosten der Mobilisierung der Frauenbewegung. Durch ihre öffentliche Unterstützung der Stop Abortion-Gesetzentwürfe sprach sie sich gegen die Gegenentwürfe aus und warb in der gläubigen Bevölkerung, deren Anteil in Polen noch immer sehr hoch ist, für konservative Werte und gegen jegliche Formen von Abtreibung. Die interviewte Protestteilnehmerin erinnert sich, dass die Kirche ihre negative Haltung gegenüber der Frauenbewegung und der Proteste sehr aktiv vertrat. So hörte man in den Medien und sozialen Medien beispielsweise davon, dass Priester bei Gottesdiensten negativ über die Proteste sprachen (Interview, 31. Januar 2022). Durch ihre Verbundenheit mit der PiS hat die Kirche außerdem die Möglichkeit, deren Wähler/innenschaft zu beeinflussen. Während der Proteste 2020 rief Jarosław Kaczyński zur „Verteidigung der polnischen Kirchen“ (Kaczyński, 2020, zitiert nach Bankier.pl, 2020) auf.

Ähnlich gestaltet sich auch der Interaktionskontext bezüglich der Medien. Da einige Mainstream-Medien offen die PiS unterstützten und in ihrer Berichterstattung parteiisch waren, und auch viele rechtsgerichtete Medien ohnehin regelmäßig abfällig über liberale Wertevertretung und Abtreibung berichteten, können die vermehrt negative Berichterstattung über die Bewegung und deren Forderungen zu den Kosten einer Mobilisierung der

Frauenbewegung gezählt werden. Eine der Interviewpartnerinnen berichtete über die Einstellung der Medien im Kontext der Proteste 2020 und ihre eigene Erfahrung bei einem der Proteste in Krakau wie folgt:

Wir haben diesen regierungsfreundlichen Fernsehsender, der sehr rechtsgerichtet ist und eine Art Propaganda sendet, TVP. Dieser neigte dazu, zu berichten, dass niemand wirklich an den Protesten teilnahm und dass dort nur sehr wenige Menschen anwesend waren. Das war aber absolut nicht wahr. Dort waren wirklich sehr viele Menschen, die Stadt war voller Menschen. Sie berichteten auch, dass es dort aggressiv zugeht, dass die Menschen herumbrüllen und Dinge zerstören. Nichts dergleichen ist passiert. Ich sah nur Menschen, die zeigen wollten, dass sie nicht einverstanden sind, aber es war sehr friedlich. (Interview, 31. Januar 2022)

Die Mobilisierung der Frauenbewegung war also definitiv mit erhöhten und gravierenden Kosten bezüglich der Medien, der Kirche, und der PiS verbunden. Insgesamt müssen die mit diesen Akteur/innen verbundenen Kosten aber in ein Verhältnis mit der Berichterstattung, den von der katholischen Kirche öffentlich vertretenen Werten, den *prevailing strategies* vieler politischer Akteur/innen gegenüber ‚liberalen‘ sozialen Akteur/innen und dem Status Quo in der Abtreibungsdebatte während und vor den Protestwellen gesetzt werden. Da sich die PiS und die Kirche bereits im Vorfeld der ersten Black Protests für eine Einschränkung des Abtreibungsrechtes ausgesprochen hatten, hatten diese Akteur/innen bereits ohne eine größere Mobilisierung der Frauenbewegung einen negativen Einfluss auf die Abtreibungsdebatte. Zusätzlich wurden diese Kosten in den Fällen der Proteste 2016 und 2018 mit der Ablehnung der Stop-Abortion-Gesetzentwürfe durch den Nutzen der erfolgreichen Mobilisierung letztendlich ausgeglichen. Trotzdem kann festgestellt werden, dass die politische Macht der PiS, die öffentliche Ablehnung gegenüber der Bewegung durch ihre Mitglieder/innen und Anhänger/innen, sowie der Einfluss der Kirche und der Medien auf die Gesellschaft in beiden Protestwellen ein großes Hindernis für die Frauenbewegung hinsichtlich des politischen Kontextes darstellten.

Ein weiterer Aspekt, der Kosten bezüglich der Protestmobilisierung der Frauenbewegung darstellte, ist die Polizei. Während es bei den Protesten 2016 und 2018 zwar zu einigen Fällen übertriebener Gewaltanwendung gegen Protestierende durch die Polizei gekommen war (Amnesty International, 2018, S. 13–17), hatten diese laut Margyta und Pancewicz keinen erwähnenswerten Einfluss auf die Mobilisierungen. Während der Protestwelle 2020 kam es jedoch zu vergleichsweise höherer Gewaltanwendung und vielen willkürlichen Festnahmen (Amnesty International, 2020, S. 1). Den Interviewpartnerinnen zufolge verhielt sich die Polizei

während der Protestwelle 2020 unterschiedlich. Margyta sprach von einigen Fällen, bei denen die Polizei Menschen einzwängte, und berichtete auch von einer derartigen persönlichen Erfahrung, die sie einschüchterte und ihr Angst machte. Sie hörte auch von einigen Fällen vermehrter Gewaltanwendung und schilderte außerdem, dass eine ihrer Freundinnen, die Journalistin ist, zu Unrecht von der Polizei aufgehalten und der Gewaltanwendung gegen einen Polizisten beschuldigt wurde. Sie fasste ihre Einstellung gegenüber der Polizei wie folgt zusammen:

Während der früheren Proteste hatte ich keine Angst vor der Polizei, aber jetzt während der Proteste im Herbst 2020 fing ich an, Angst zu haben. Ich erinnere mich, dass ich mehrere Male Angst hatte, aufgeschrieben zu werden oder in einem Polizeiauto mitgenommen zu werden. (A. Margyta, 26. Januar 2022)

Auf der anderen Seite erlebte die Protestteilnehmerin und Interviewpartnerin, die an einem der großen Proteste im Oktober 2020 anwesend war, die Polizei ganz anders:

Sie waren sehr freundlich und ich hatte das Gefühl, sie stehen hinter uns. Als ob sie sich uns anschließen würden, wenn sie könnten. Ich habe von Gewalt in anderen Städten gehört, aber in Krakau war es sehr friedlich und sie standen geistig hinter uns. (Interview, 31. Januar 2022)

Allerdings kann insgesamt festgestellt werden, dass die vermehrte Brutalität, mit der die Polizei den Demonstrant/innen während der Proteste 2020 entgegentrat, sowie auch die zahlreichen Inhaftierungen die mit ihr verbundenen Kosten gegenüber der ersten Protestwelle erhöhten.

Die Pro-Life-Bewegung und die Organisationen und Initiativen, die dieser angehören, wurden als eine weitere Akteur/innengruppe, die als Gegner der Frauenbewegung zu betrachten ist, identifiziert. Allerdings wurde der Einfluss dieser Gruppen auf die Mobilisierung und die Proteste selbst von allen befragten Expertinnen als sehr minimal eingeschätzt. Pancewicz sagte beispielsweise, dass sie sich gar nicht mit ihnen auseinandersetze. Da deren Gegenveranstaltungen immer sehr klein gewesen und ihre Argumente zu einem großen Teil nicht mit der Wissenschaft und Medizin vereinbar seien, müssten diese nicht wirklich ernst genommen werden (N. Pancewicz 27. Januar 2022). Auch Margyta erwähnte die Anwesenheit kleinerer Gruppen bei den Protesten. Außerdem seien permanent Autos oder kleine Busse mit Bildern von Föten, welche auch als Fötus-Busse (Płodobusy) bezeichnet werden, herumgefahren. Manchmal sei es zu kleineren Konfrontationen gekommen, wenn sich

Mitglieder/innen der Frauenbewegung diesen in den Weg stellten, welche aber nicht weiter erwähnenswert seien (A. Margyta, 26. Januar 2022). Die interviewte Teilnehmerin an einem der Proteste in Krakau erinnerte sich nicht, dort Protestgegner/innen gesehen zu haben. Sie hätte lediglich davon gehört, dass es woanders sehr kleine Gegenproteste gegeben hätte, welche aber bei den Protesten selbst nicht weiter berücksichtigt worden seien (Interview, 31. Januar 2022). Pancewicz betonte außerdem, dass es vor allem wichtig sei, über Abtreibung zu sprechen und diese so zu normalisieren und sich weniger darauf zu konzentrieren, dass jemand eine andere Meinung hätte (N. Pancewicz, 27. Januar 2022). Margyta erwähnte allerdings eine andere Dimension, in der die Pro-Life-Bewegung Einfluss auf die Frauenbewegung hat und nannte dabei das Beispiel der Organisation Ordo Iuris. Da die meisten ihrer Mitglieder Jurist/innen seien und die Organisation selbst sehr gut finanziert sei, habe diese auch die Ressourcen und die Macht, ständig Gerichtsverfahren gegen feministische Organisationen, die sich gegen Ordo Iuris aussprechen, einzuleiten. Neben Ordo Iuris verfolgten laut Margyta viele weitere Organisationen ähnliche Praktiken (A. Margyta, 26. Januar 2022).

Eine Akteur/innengruppe, die den Interaktionskontext für die Proteste der Frauenbewegung definitiv positiv beeinflusst hat, sind die zahlreichen Frauenorganisationen und Initiativen, die im direkten Vorfeld der Protestwellen entstanden sind oder schon seit Jahren Teil der feministischen Bewegung Polens waren. Die Vernetzung der Gruppierungen führte zu einem gesteigerten Solidaritätsgefühl und ermutigte sowohl Aktivist/innen als auch unerfahrene Demonstrant/innen, zu protestieren (Hall, 2019, S. 1505). Dies wurde vor allem durch den hohen Anteil an Grassroots-Aktivismus während der Proteste 2016 deutlich. Aleksandra Margyta, die als Teil des Verbandes für Frauen und Familienplanung und somit einer langjährig aktiven NGO an den Protesten teilnahm, sah die Rolle der formellen Organisationen bei den Protesten als eher hintergründig an. Aus ihrer Perspektive nahmen die Organisationen teil, aber stellten sich nicht in den Vordergrund, da es vor allem wichtig gewesen sei, eine Einheit zu bilden. Der Verband selbst nimmt hingegen eine konkrete Rolle im Monitoring, der Interessenvertretung sowie in der Hilfeleistung in bestimmten Fällen, zum Beispiel wenn eine Abtreibung notwendig ist, ein. Auch bei der Kampagne zur Unterschriftensammlung für vollständig legale Abtreibung der Initiative Legalna Aborcja (Legale Abtreibung) ist sie sehr aktiv (A. Margyta, 26. Januar 2022). Gleichzeitig sieht sie in der Entstehung der neuen informellen Gruppierungen eine große Chance:

Die neuen Gruppen sind sehr mächtig. Seit 2016 konnte man feststellen, dass im Internet sehr viele lokale Gruppen entstanden sind, zum Beispiel von Dziewuchy [Gals for Gals] oder Strajk Kobiet [OSK] [...] Meist waren diese Gruppen informell. Das freut mich sehr, da wir uns so nicht

nur auf Warschau konzentrieren, sondern auf ganz Polen. Diese Menge zeigt, dass wir eine sehr breite Bewegung sind. Informelles Vorgehen kann manchmal von Vorteil sein, weil wir uns so mehr Aktionen erlauben können und auch eine schärfere Sprache verwenden können, als das in formellen Organisationen möglich ist. [...] Ganz oft schließen sich Leute diesen informellen Organisationen an, weil sie wütend und zornig sind, und nicht akzeptieren, was gerade passiert. Dann ist es auch einfacher, zu mobilisieren. (A. Margyta, 26. Januar 2022)

Obwohl auch einige politische Akteur/innen als Verbündete der Frauenbewegung während der Proteste eingestuft werden konnten und somit einen positiven Einfluss auf den Interaktionskontext hatten, wurde eine Zusammenarbeit von einigen Aktivist/innen der Bewegung abgelehnt (Korolczuk E. , 2016, S. 106f). Die Kooperation mit politischen Vertreter/innen oblag deshalb vor allem formellen Organisationen. Da mit der PiS nicht zusammengearbeitet werden konnte, wurde vor allem mit den Oppositionsparteien kooperiert, vornehmlich mit Razem und Zieloni, da diese dahingehend ähnliche Ziele verfolgten. Margyta nennt als Beispiel der Zusammenarbeit ein Rettungsnetzwerk von Abgeordneten in einzelnen Regionen, die Hilfestellung leisten, wenn es um die Verletzung reproduktiver Rechte geht. Laut Margyta wurde manchmal auch mit anderen Oppositionsparteien zusammengearbeitet, aber eher selten, da deren meisten Mitglieder/innen den Abtreibungskompromiss befürworteten. Obwohl eine Zusammenarbeit mit Politiker/innen ohne Mehrheit im Sejm nicht einfach sei, freut sich Margyta, dass es überhaupt eine Zusammenarbeit gäbe, da dies Hoffnung auf Veränderung mache (A. Margyta, 26. Januar 2022). Natalia Pancewicz sah als Koordinatorin des OSK die Zusammenarbeit mit politischen Akteur/innen weniger positiv:

Generell haben uns die Politiker/innen ganz schön den Hintern versohlt. [...] Aus meiner Perspektive, und vielleicht würden Ihnen andere Mitglieder/innen des OSK anders antworten, [...] wurden wir in jedem Handlungsfeld von Politiker/innen betrogen. Ich, zum Beispiel, vertraue ihnen gar nicht. Bis die Politiker/innen anfangen, auf die Gesellschaft, also auf die Frauen und die Männer, die sie unterstützen, zu hören, wird es nichts mehr geben. (N. Pancewicz, 27. Januar 2022)

Sie hob auch den Unterschied zwischen den ersten Mobilisierungen der Black Protests und dem ersten Frauenstreik vom 3. Oktober 2016 hervor: Die ersten Black Protests wurden unter anderem von der Partei Razem organisiert, der Frauenstreik ging aber ausschließlich aus der Planung der Initiative des OSK hervor. Da die Organisation des Frauenstreiks auf einem der Black Protests verkündet wurde und weil Razem, aber auch viele der Teilnehmer/innen am

Frauenstreik in den sozialen Medien den Hashtag #BlackProtest (#CzarnyProtest) verwendeten, wurde dieser auch direkt mit dem Frauenstreik assoziiert. Pancewicz betonte jedoch diese Unterscheidung, da der OSK bei der Organisation tatsächlich nicht mit Razem zusammengearbeitet hätte. Trotzdem würde vom OSK gelegentlich noch eine Art „leise Zusammenarbeit“ (N. Pancewicz, 27. Januar 2022) mit politischen Vertreter/innen betrieben, hauptsächlich wenn Hilfe in konkreten Fällen benötigt würde oder es um Informationsbeschaffung gehe. Es gäbe beispielsweise auch eine indirekte Zusammenarbeit mit der Initiative Legalna Aborcja, an der auch die Koalition der linken Parteien Lewica beteiligt ist. Vereinbarungen trafe der OSK mit politischen Akteur/innen hingegen nicht mehr (ebd.). Obwohl sich die Kooperation mit Politiker/innen zwischen formellen und informellen Organisationen unterschiedlich gestaltet, beeinflussten diejenigen politischen Vertreter/innen, die zu einer Zusammenarbeit mit der Frauenbewegung bereit waren oder öffentlich ähnliche Werte vertraten, den Interaktionskontext der Mobilisierungen definitiv positiv.

Ein weiterer Aspekt, der außerdem hinsichtlich der Protestwelle 2020 berücksichtigt werden muss, ist die Covid19-Pandemie und die mit ihr verbundenen einschränkenden Maßnahmen. Nach dem Ausbruch der Pandemie im Frühling 2020 gab es bereits einige kleinere Proteste der Frauenbewegung. Dabei wurde nicht auf konventionelle Protestmethoden zurückgegriffen, sondern auf kreativere Protestformen wie Schlangestehen vor Läden in schwarzer Kleidung und mit Regenschirmen (N. Pancewicz, 27. Januar 2022), dem Aufhängen von Postern in Fenstern, Autokorsos oder auch Online-Proteste (Walker, 2020). Trotzdem wurde nach der Entscheidung des Verfassungsgerichts wieder auf der Straße protestiert, in weit größerem Ausmaß als zuvor. Nach Pancewiczs Einschätzung wären die Mobilisierungen im Herbst 2020 nicht ganz so erfolgreich gewesen, wenn die Bewegung nicht schon zu Anfang der Pandemie kreativ protestiert und gezeigt hätte, dass sie sich auch während des Lockdowns mobilisieren könne. Außerdem seien im Herbst viele Menschen von der Pandemie, dem Lockdown und dem Umgang der PiS mit der Pandemie frustriert und genervt gewesen, was zur allgemeinen Frustration durch die Abtreibungsdebatte noch hinzugekommen sei. Pancewicz sah dies als psychologischen Einfluss, der die Menschen dazu bewegte, auf die Straße zu gehen (N. Pancewicz, 27. Januar 2022). „Der Lockdown zeigte den Menschen auch, dass sie nichts zu verlieren haben: entweder sie sperren sich zuhause ein oder gehen auf die Straße und schreien ein bisschen herum“ (ebd.). Auch Margyta sah den Frust und die Wut der Menschen, die durch den Lockdown noch verstärkt wurde, als Grund für die zahlreiche Teilnahme an den Protesten. Obwohl ihrer Meinung nach sicher viele Menschen Angst vor dem Virus hatten und zuhause geblieben seien, sei die Frustration über die Pandemie in Verbindung mit der fehlenden

Veränderung des Staates trotz zahlreicher Proteste und der Wut auf den Sejm und das Verfassungsgericht bei der Mobilisierung der Proteste effektiv gewesen (A. Margyta, 26. Januar 2022). Die dritte Interviewpartnerin ist der Ansicht, dass ohne die Pandemie die Anzahl der Teilnehmenden nicht stark gestiegen wäre. Es wurde versucht, Abstand zu halten und es wurden Masken getragen, aber es habe sich dort niemand weiter damit auseinandergesetzt. Ihrer Meinung nach sei der Anlass für die Proteste zu ernst gewesen, weshalb die Pandemie nicht „the matter of the moment“ (Interview, 31. Januar 2022) gewesen sei (ebd.). Allerdings gab es laut Pancewicz auch einen unerwünschten Nebeneffekt der Pandemieumstände: An einigen der Proteste hätten auch Impfgegner/innen teilgenommen, die die Gelegenheit nutzten, um sich gegen die Corona-Impfung auszusprechen. Der OSK als Hauptorganisator der Proteste habe sich aber im Nachhinein von diesen distanziert und betonte, dass die Organisation nicht nur beim Thema Abtreibung hinter der Wissenschaft stehe, sondern auch beim Thema Impfung (N. Pancewicz, 27. Januar 2022). Außerdem gab die Pandemie der Regierung bzw. den Politiker/innen die Gelegenheit, die Frauenbewegung für die Organisation großer Proteste zu verurteilen, während Corona-Maßnahmen in Kraft waren. Kaczyński formulierte seinen Standpunkt wie folgt: „Diese Demonstrationen werden sicherlich viele Menschen das Leben kosten. Diejenigen, die dazu aufrufen, aber auch diejenigen, die sich daran beteiligen, bringen eine allgemeine Gefahr mit sich und begehen damit eine schwere Straftat“ (Kaczyński, 2020, zitiert nach Bankier.pl, 2020). Trotz dieser negativen Aspekte werden die mit der Pandemie verbundenen Umstände von den Expertinnen insgesamt eher als positive Einflüsse auf die Mobilisierung der Protestwelle 2020 angesehen.

Zusammenfassend kann festgehalten werden, dass der Interaktionskontext während beider Protestwellen sowohl von begünstigenden Faktoren als auch von negativen Umständen, die mit Kosten für die Mobilisierung der Frauenbewegung verbunden waren, geprägt war. Weiterhin haben sich die politischen Strukturen, die Akteur/innenkonstellationen und somit auch der Interaktionskontext während und zwischen den Protestwellen zwar nicht grundlegend, bezüglich einiger Aspekte aber geringfügig verändert. Während sowohl die Einstellung der PiS, der katholischen Kirche, einiger Medien und der Pro-Life-Bewegung gegenüber Abtreibung und den Protesten der Frauenbewegung durchgängig sehr negativ blieb, stiegen die Kosten der Mobilisierung durch die gesteigerte Gewaltbereitschaft der Polizei während der Proteste 2020. Gleichzeitig wuchs, wie von Natalia Pancewicz angesprochen, durch die öffentliche Ablehnung und die Denunzierungen der gegnerischen Akteur/innen mit der Zeit der psychische Druck auf permanent aktive Teilnehmer/innen der Protestbewegung. Auf der anderen Seite kam es trotz einiger zwischenzeitlicher Probleme in der Zusammenarbeit zu einem Arrangement der

Aktivitäten zwischen informellen Initiativen, formellen Organisationen und politischen Akteur/innen sowie zu einer Verbesserung der Beziehungen zwischen formellen und informellen Organisationen, was als positive Entwicklung hinsichtlich der Akteur/innenkonstellationen angesehen werden kann. Auch die Covid19-Pandemie hatte laut den Expertinnen einen positiven Einfluss auf die Mobilisierung der Protestwelle 2020. Außerdem gewann die Frauenbewegung bis zur Protestwelle 2020 einerseits an Unterstützung in der Bevölkerung (CBOS, 2016b, S. 11) (CBOS, 2020, S. 4) und andererseits neue Teilnehmer/innen an den Protesten (ebd., S. 10). Trotzdem waren viele Aspekte des Interaktionskontexts für die Bewegung mit Kosten verbunden, welche allerdings in ein Verhältnis zu der Situation der Frauenbewegung vor den Protesten gesetzt werden müssen. Außerdem müssen in diesem Kontext auch die Limitationen eines auf Rationalität beruhenden theoretischen Ansatzes berücksichtigt werden. Laut Ferree spielen Emotionen, zwischenmenschliche Beziehungen und Moralität in der Mobilisierung sozialer Bewegungen eine Rolle, weshalb diese in die Definition von Rationalität miteinbezogen werden sollten (Ferree, 1992). Die Berücksichtigung dieser Aspekte kann die Perspektive der Kosten-Nutzen-Abwägung im Interaktionskontext erweitern.

2.6 Ressourcen und Ressourcenmobilisierung

Um schließlich die Bedeutung struktureller Umstände und Einflüsse für die erfolgreiche Massenmobilisierung der polnischen Frauenbewegung beurteilen zu können, werden im zweiten Analysepunkt die der Bewegung zur Verfügung stehenden Ressourcen, ihre Ressourcenmobilisierung und somit deren Einfluss auf die Mobilisierungsmöglichkeiten der Bewegung untersucht. Der Theorie Edwards und McCarthys nach (Edwards & McCarthy, 2004) werden die verschiedenen Arten von Ressourcen beginnend mit den moralischen Ressourcen und gefolgt von den kulturellen, sozial-organisatorischen, personellen und materiellen Ressourcen und deren Mobilisierung analysiert.

2.6.1 Moralische Ressourcen

Der erste Ressourcentyp, dessen Verfügbarkeit Mobilisierungsmöglichkeiten für eine Bewegung schaffen kann, sind die moralischen Ressourcen. Eine große Stärke der Frauenbewegung ist in dieser Hinsicht die Solidarität und Unterstützung, die ihr bereits im Vorfeld der ersten Protestwelle aber auch während und durch die Proteste selbst entgegengebracht wurden. Nach der Vorstellung des Stop Abortion-Gesetzentwurfs am 28. März 2016 entstanden sehr schnell eine ganze Reihe von Grassroots-Initiativen und Gruppierungen und organisierten sich untereinander, sodass sich auch rasant Netzwerke mit bereits etablierten feministischen NGOs und Initiativen bildeten. Daraus kann geschlossen werden, dass bereits zu Anfang der neu entfachten Abtreibungsdebatte der Zusammenhalt der Bewegung, ausgelöst durch die Aussicht auf ein Abtreibungsverbot, sehr groß war und im Verlauf der nächsten Monate bis zu den Black Protests und bis zur Ablehnung des Save Women-Gesetzentwurfs noch weiter zunahm. Aleksandra Margyta empfand die Stimmung während der Proteste am Black Monday 2016 als sehr solidarisch. Diese Solidarität erreichte darüber hinaus auch Menschen, die bei den Protesten nicht anwesend waren, sodass zum Beispiel auch viele Frauen, die arbeiten mussten, in der Arbeit schwarze Kleidung trugen. „Ich hatte damals das Gefühl, dass etwas passiert. Es entstanden wirklich riesige Proteste und es entstand Hoffnung. Leider wurde diese Hoffnung später durch konkrete politische Handlungen untergraben, aber damals gab es Hoffnung“ (A. Margyta, 26. Januar 2022). Eine weitere Stimmung, die die Protestierenden vereint hatte, war laut Margyta Wut. Diese Stimmung sei aber bei den Protesten 2020 noch viel stärker gewesen, sodass diese die Atmosphäre der Proteste vollständig dominierte. Bei den späteren Protesten nach dem Tod einer Frau in Verbindung mit dem Abtreibungsgesetz im Januar 2021, sei es hingegen vor allem die Traurigkeit gewesen, die die Teilnehmer/innen vereinte (ebd.). Auch die Teilnehmer/in an einem der großen Proteste 2020 fühlte die Solidarität, die die dort anwesenden Menschen begleitete. „Ich sah einfach nur Leute, die zeigen wollten, dass sie nicht einverstanden sind“ (Interview, 31. Januar 2022). Zusammenfassend kann also von einer tiefen Einigung und Solidarität durch Wut und Traurigkeit unter den Protestteilnehmer/innen gesprochen werden.

Wie Margyta erwähnte, trieb auch die Wut über die Entwicklung des Abtreibungsdiskurses und der diesbezüglichen Gesetzgebung die Menschen auf die Straßen (A. Margyta, 26. Januar 2022). Zusätzlich heizten die ablehnenden Äußerungen von Vertreter/innen der Regierungspartei die Konfliktstimmung unter den Protestierenden an (Korolczuk E. , 2016, S. 96f). Korolczuk formuliert dieses Phänomen wie folgt: „Ironically, the

Law and Justice representatives, who appear to be deeply suspicious of any spontaneous grassroots organizing, proved to be extremely effective in mobilizing thousands of women and men in Poland and abroad“ (ebd., S. 98). Margyta schätzt den Effekt der öffentlichen verbalen Angriffe wie folgt ein:

Viele soziale Aktionen basieren auf Opposition. [...] Wir irritieren und immer mehr Leute sind irritiert und gehen auf die Straße, weil sie nicht mit dem verbalen Missbrauch oder der Wegnahme ihrer Rechte einverstanden sind. [...] Dies könnte den Umfang der Mobilisierung erhöht haben. (A. Margyta, 26. Januar 2022)

Daraus kann gefolgert werden, dass die Angriffe auf die Bewegung durch die Regierungspartei zu erhöhter Solidarität unter den Teilnehmer/innen geführt hat. Natalia Pancewicz bestätigte außerdem, dass der OSK mit seinen Protesten direkt auf die öffentliche Ablehnung und Handlungsweisen der PiS reagiert hätte:

Unsere Hauptaktionen, also die Hauptproteste, bei denen wir auf die Straße gehen, gehen aus dem Zorn der Nation hervor. Das heißt, je größer die Dummheiten der PiS, desto einfacher ist es für uns, als Masse zu protestieren. Wir rufen nicht einfach so zum Protest auf. (N. Pancewicz, 27. Januar 2022)

Es kann also festgestellt werden, dass die moralischen Ressourcen in Form von Solidarität, die durch die gemeinsame Wut der Protestanhängerinnen noch verstärkt wurde, oder auch in Form von Mitgefühl untereinander eine große Quelle des Mobilisierungspotentials der Frauenbewegung für die Abtreibungsproteste darstellten. Gleichzeitig schufen der moralische Zusammenhalt und die kollektiven Gefühle Legitimität sowohl für die Teilnehmer/innen als auch für die Anhänger/innen der Bewegung. Nach Edwards und McCarthy hat sich die Bewegung diese moralischen Ressourcen außerdem selbst geschaffen, weshalb sie ihr nicht von externen Akteur/innen wieder abgesprochen werden konnten (Edwards & McCarthy, 2004, S. 126).

Eine zweite Art moralischer Ressourcen, die der Frauenbewegung durch die EU-Mitgliedschaft Polens bezüglich der Anti-Abtreibungsproteste zur Verfügung stand, ist die ethische Unterstützung der EU-Institutionen. Obwohl die EU rechtlich keine Autorität über die nationale Regierung Polens bezüglich dieses Themas hat, kann allein die Zusicherung progressiver Wertvorstellungen durch die Institutionen auf supra-nationaler Ebene (Europäische Union, o.J.) als moralische Ressource gewertet werden. Nachdem der anfängliche

Enthusiasmus der Frauenbewegung nach dem EU-Beitritt Polens durch die von der EU verfolgten Gender-Mainstreaming-Agenda in den 2000er Jahren verfolgt war (Hall, 2019, S. 1510f), wandten sich nun vor allem junge Aktivistinnen im Kontext eines liberaleren Feminismus der EU als „savior of Polish women“ (Hall, 2019, S. 1500) zu (ebd.) Eine von Bogumila Hall interviewte Aktivistin der Black Protests drückte diese Einstellung folgendermaßen aus:

If PiS was ruling Poland and the EU wasn't there, I don't know what would have happened. I am so pleased to know that politicians in the EU speak out and support us. You can feel the support. People also join protests abroad and show solidarity with us, it is wonderful. (Hall, 2019, S. 1510).

Auch im Kontext der Protestwelle 2020 sprach sich das Europaparlament für sexuelle Selbstbestimmung aus (Wesel, 2020), wodurch die Proteste öffentlich von dieser Institution Rückhalt erfuhren. Diese Unterstützung half der Bewegung nicht nur in Form von Solidarität, sondern auch als Legitimitätsquelle und sollte deshalb in ihrer Wichtigkeit bezüglich Mobilisierungsmöglichkeiten nicht unterschätzt werden. Der Theorie Edwards und McCarthys entsprechend (Edwards & McCarthy, 2004, S. 126) wurde diese Ressource der Frauenbewegung von der EU verliehen und nicht von der Bewegung selbst erschaffen. In diesem Fall ist es allerdings unwahrscheinlich, dass die EU als externe Quelle diese Ressource wieder zurückzieht, da sie selbst und ihre Institutionen auf diesen progressiven Werten aufgebaut sind.

Obwohl Edwards und McCarthy zufolge moralische Ressourcen häufig proprietär sind, was den Zugang einer Bewegung zu diesen einschränkt, trifft das im Falle der polnischen Frauenbewegung nicht zu, da sie einen Großteil ihrer moralischen Ressourcen durch Eigenproduktion erlangt hat. Auch die Kontextabhängigkeit dieser Ressourcen ist klein (Edwards & McCarthy, 2004, S. 129–131), was daran deutlich wird, dass die Wut und die Solidarität innerhalb der Bewegung während der letzten Jahre weiter angewachsen ist. Es kann also festgestellt werden, dass der hohe Grad an moralischen Ressourcen das Mobilisierungspotential der Bewegung während beider Protestwellen stark erhöht hat. Es wurde außerdem deutlich, dass die Solidarität unter den Teilnehmer/innen und die Wut über das Handeln der polnischen Regierung ethischen Überzeugungen der Protestmitglieder/innen entstammen, was die Bedeutung persönlicher moralischer Verpflichtungen, die nach Ferre soziale Akteure zum Handeln motivieren (Ferre, 1992, S. 33), unterstreicht.

2.6.2 Kulturelle Ressourcen

Der zweite Typ von Ressourcen, die Einfluss auf die Mobilisierungsmöglichkeiten einer Bewegung haben können, sind die kulturellen Ressourcen. Die Mobilisierung der Black Protests entstand aus einer Kombination von Grassroots-Initiativen und Online-Aktivismus mit formellen NGOs (Korolczuk E. , 2016, S. 96), die teilweise bereits jahrzehntelange Erfahrungen in der Organisation von Veranstaltungen und kleineren Protesten hatten. Dadurch stand der Bewegung bereits spezialisiertes Wissen zur Verfügung, was definitiv einen Vorteil darstellt. Es wirkten auch viele lokale Aktivist/innen, die bereits Teil von Netzwerken waren und eine gewisse Erfahrung mitbrachten, bei der Mobilisierung der Bewegung mit. Das ermöglichte beispielsweise das Lobbying und die Zusammenarbeit feministischer Aktivist/innen mit Parlamentsabgeordneten. Zusätzlich arbeiteten die Protestierenden teilweise mit außerparlamentarischen Parteien des linken Spektrums zusammen, die die Bewegung in ihrer Mobilisierung und ihrem Lobbying unterstützten (ebd., S. 106f). Daraus kann geschlossen werden, dass die verfügbaren kulturellen Ressourcen, die durch die aktivistische Erfahrung und die Vernetzung eines Teils der Protestierenden zur Bewegung beigesteuert wurden, erheblich zur Mobilisierung beigetragen haben und nach der ersten Protestwelle 2016 durch die zusätzlich gesammelten Erfahrungen noch an Bedeutung gewonnen haben.

Auf der anderen Seite hatten, wie bereits erwähnt, gerade die informellen Grassroots-Initiativen einen großen Einfluss auf die Mobilisierung, da gerade ihre Informalität es ihnen erlaubte, radikaler vorzugehen. Aleksandra Margyta, die selbst Koordinatorin in einer formellen Organisation ist, sieht viele Vorteile in der Vorgehensweise informeller Initiativen: Diese könnten sich zu mehr unterschiedlichen Protestaktivitäten versammeln und dabei radikaler auftreten als es formellen Organisationen möglich sei. Da außerdem, wie bereits erwähnt, viele Menschen diesen Initiativen aus Wut beitraten und diese Gruppierungen sich an vielen Standorten in Polen versammelten, sei es ihnen leichter gefallen, mehr Leute zu Protesten zu mobilisieren. Die Rolle formeller Organisationen bei den Protesten sei deshalb eher hintergründig und unterstützend gewesen. Als Koordinatorin der Großen Koalition für Gleichheit und Wahlfreiheit, die als informelle Initiative viele verschiedene Gruppierungen und Organisationen vereint, sieht sie die Zusammenarbeit mit informellen Gruppierungen innerhalb der Initiative als sehr gelungen an. Sie betonte aber, dass sie als Koordinatorin diese nicht aus der Perspektive informeller Organisationen beurteilen könne (A. Margyta, 26. Januar 2022). Natalia Pancewicz hob als Initiatorin des Frauenstreiks vor allem die Rolle des OSK als informelle Initiative für die Protestwellen hervor.

Weil wir etwas radikaler sind und uns mehr erlauben, weil wir das Gefühl haben, dass wir nichts zu verlieren haben, verändert sich die Gesellschaft und ihre Haltung zum Thema Abtreibung. [...] Deshalb ist es unsere Rolle [in der Frauenbewegung], ihre Aktivitäten umzukrempeln. Radikalere Bewegungen sind mehr zum Mainstream geworden. (N. Pancewicz, 27. Januar 2022)

Pancewicz definierte den Radikalismus des OSK bezüglich seiner Herangehensweise bei der Organisation von Protesten. Die Initiative rief dazu auf, auf die Straße zu gehen, ohne dabei gewisse Personengruppen auszuschließen.

Wenn ein Mädchen aus einer Kleinstadt sagt, dass sie sich nicht als Feministin fühlt, sagen wir ihr nicht, dass sie dumm oder schlecht ist. [...] Beim Streik vom 3. Oktober gingen auch Frauen auf die Straße, die für den Abtreibungskompromiss waren, und wir haben ihnen nicht gesagt, dass sie abhauen sollen. Unser Radikalismus beruhte nicht darauf, dass wir anderen Frauen sagen, dass sie dumm seien oder dass sie etwas anders machen sollen. Unser Radikalismus beruhte auf einer anderen Art des Widerspruchs, auf dem Auf-die-Straße-gehen, dem Blockieren von Straßen. (N. Pancewicz, 27. Januar 2022)

Gleichzeitig betonte sie aber auch, dass es für den OSK nicht nur darum gegangen sei, niemanden auszuschließen, sondern auch so viele Menschen wie möglich anzusprechen. So sei besonders darauf geachtet worden, eine einfache oder kolloquiale Sprache zu verwenden. Es sollten keine wissenschaftlichen Begriffe benutzt werden, sodass jede Frau in Polen ihre Forderungen und die Problematik eines Abtreibungsverbotes hätte verstehen können (ebd.). Dies stellt einen direkten Gegensatz zu der vorher eher akademischen und elitären Ausrichtung des feministischen Aktivismus in Polen dar (Hall, 2019, S. 1502). Sowohl die Nutzung der Sprache als auch die Betonung von Gemeinschaftswerten können als wichtige kulturelle Kompetenzen und somit kulturelle Ressourcen gewertet werden. Das radikale Vorgehen des OSK und anderer informeller Gruppierungen stellt außerdem eine für die Mobilisierung vorteilhafte organisierte Taktik dar.

Ein wichtiger Punkt hinsichtlich der Verteilung verschiedenen kultureller Ressourcen innerhalb der Frauenbewegung ist auch, dass viele informelle Gruppierungen und Initiativen, die Teil der Bewegung waren, ihre Unabhängigkeit von erfahrenen und formellen Organisationen betonten, um das Image einer reinen Grassroots-Bewegung, die für die ‚normalen‘ Frauen entsteht, beizubehalten. Einige Teilnehmer/innen versuchten, sich von

Parteien und etablierten NGOs zu distanzieren, um ein Kompromittieren der kollektiven Identität der Bewegung zu vermeiden, da viele der Politiker/innen, mit denen einige der Aktivist/innen zusammenarbeiteten, sich selbst nicht mit Feminismus identifizierten (ebd., S. 106f). Natalia Pancewicz als Initiatorin und Koordinatorin des OSK berichtete von Problemen bei der Zusammenarbeit aufgrund von grundlegenden Meinungsverschiedenheiten bezüglich des Handlungsvorgehens und der Forderungen. Vor allem im Vorfeld des ersten Frauenstreiks am 3. Oktober 2016 hätten sich viele Organisationen aber auch Initiativen vom OSK abgewandt, da ihnen der geplante Streik zu radikal erschienen sei. Erst nach mehreren Aktionen des OSK sei die Bereitschaft zur Zusammenarbeit gewachsen. Trotzdem sei es laut Pancewicz zu einer Reihe von Konflikten und Streitpunkten mit älteren Aktivistinnen bezüglich ihres Handelns und ihrer Vorgehensweise gekommen: „Eine der älteren Aktivistinnen sagte zu mir: ‚Ich kämpfe schon seit 30 Jahren‘. Und dann sagte ich zu ihr: ‚Ich will keine 30 Jahre kämpfen, deshalb machen wir das so, wie wir das machen‘ (N. Pancewicz, 27. Januar 2022). Obwohl es immer noch Meinungsverschiedenheiten zwischen dem OSK und formellen Organisationen gibt, vor allem bezüglich seiner vergleichsweise radikaleren Vorgehensweise, funktioniert die Zusammenarbeit in verschiedenen Bereichen. So unterstützt der OSK beispielsweise die Proteste von anderen Organisationen oder hilft bei der Kampagne des Komitees Legalna Aborcja mit, die Unterschriften für eine vollständige Legalisierung von Abtreibung sammelt (ebd.).

Außerdem zählt auch die Produktion von Medien durch die Bewegung zu den kulturellen Ressourcen. Die Verbreitung von medialen Inhalten durch verschiedene Organisationen der Bewegung erfolgt hauptsächlich über Social Media. So hat fast jede informelle und formelle Organisation sowohl ein Instagram- als auch ein Facebook-Konto, auf denen regelmäßig diverse Inhalte wie Videos, Bilder oder Informationen geteilt werden. Beispiele von Social-Media-Accounts mit besonderer Reichweite sind die Instagram- und Facebook-Konten des OSK, auf denen die Organisation 450.000 (@strajk_kobiet, 2022) bzw. 480.000 Abonnent/innen (Ogólnopolski Strajk Kobiet, 2022) hat, sowie die Seiten der Initiative Gals for Gals mit 225.000 Abonnent/innen auf Instagram (@dziewuchy_dziewuchom, 2022) und über 150.000 Abonnent/innen auf Facebook (Dziewuchy Dziewuchom, 2022). Weiterhin sind auch NGOs auf Social-Media-Plattformen vertreten, wie beispielsweise der Verband für Frauen und Familienplanung (@federapl, 2022) oder das Zentrum für Frauenrechte (@centrumprawkobiet, 2022). Da auf den Plattformen kontinuierlich mediale Inhalte geteilt werden, stellen diesen eine wichtige Quelle kultureller Ressourcen dar. Mehr zur Bedeutung

von Social Media für die Bewegung folgt in der Analyse der sozial-organisatorischen Ressourcen.

Nach Korolczuk sind die erfahrenen Aktivist/innen, Repräsentant/innen feministischer Organisationen und Expert/innen wichtig für die Mobilisierung der Bewegung 2016 gewesen, da sie nützliches Expertenwissen beisteuern konnten. Infolgedessen wurden viele ihrer Argumente, Zitate und Äußerungen innerhalb der Bewegung verbreitet. So sei der Einfluss formeller Organisationen eher indirekt gewesen (Korolczuk E. , 2016, S. 107). Allerdings waren auch die radikalere Vorgehensweise und die diversen Aktionen sowie der Grassroots-Charakter informeller Initiativen bei der Mobilisierung der Proteste von Vorteil. Es kann also festgestellt werden, dass sowohl formelle als auch informelle Organisationen trotz verschiedener Taktiken und Organisationsmuster kulturelle Ressourcen zur Mobilisierung der Proteste beisteuern konnten. Edwards und McCarthy bezeichnen dies als Aggregation kollektiver Ressourcen (Edwards & McCarthy, 2004, S. 131). Da die Frauenbewegung nach den ersten Mobilisierungen breiter wurde und sich weiter vernetzte, wurden trotz einiger Probleme bei der Zusammenarbeit auch die kulturellen Ressourcen in den folgenden Protesten besser kombiniert. Die Bewegung hatte insgesamt also eine große Bandbreite an kulturellen Ressourcen zur Verfügung, welche zu ihren großen Mobilisierungen während beider Protestwellen 2016–2018 und 2020 beigetragen haben. Der Aspekt, dass kulturelle Ressourcen nach Edwards und McCarthy außerdem besonders zugänglich und kontextunabhängig sind (Edwards & McCarthy, 2004, S. 130), vergrößert das durch diese Ressourcen erweiterte Mobilisierungspotential der Bewegung zusätzlich.

2.6.3 Sozial-organisatorische Ressourcen

Eine weitere Art von Ressourcen, die nach Edwards und McCarthy vorteilhaft für die Mobilisierung einer sozialen Bewegung sind, sind sozial-organisatorische Ressourcen. Eine Form sozial-organisatorischer Ressourcen, die eine wichtige Rolle bei der Mobilisierung der Frauenbewegung gespielt hat, sind Social-Media-Plattformen im Internet. Diese können gemäß Edwards und McCarthy als angeeignete Organisationsinstrumente und Teil der frei zugänglichen Infrastruktur angesehen werden (Edwards & McCarthy, 2004, S. 126), da das Internet in Polen von der Bevölkerung uneingeschränkt genutzt werden kann. Durch den freien Zugang zu sozialen Netzwerken im Internet erhielten Mitglieder/innen der Bewegung außerdem Zugang zu anderen sozial-organisatorischen Ressourcen. Dazu zählen beispielsweise

die Kontaktaufnahme und Netzerkennung zwischen individuell Mitwirkenden und formellen Organisationen und Initiativen wie auch von Organisationen und Individuen untereinander. Neben dem Aufbau von Netzwerken wurde der Bewegung auf diese Weise auch die Organisation der Proteste selbst und anderer Veranstaltungen ermöglicht.

Natalia Pancewicz berichtet, wie es zur Planung des ersten Frauenstreiks am 3. Oktober 2016 kam, nachdem Marta Lempart bei einem der Black Protests dazu aufgerufen hatte:

Es entstand eine Veranstaltung auf Facebook, aber es gab sonst gar keine Pläne. Das war alles ganz spontan. [...] Niemand hat gewusst, dass das so groß werden würde. Über Nacht hat sich das Thema so verbreitet, dass die Veranstaltung [damals] zur größten Veranstaltung in der Geschichte des polnischen Facebook wurde. (N. Pancewicz, 27. Januar 2022)

Nach Erstellung der Facebook-Veranstaltung hatten Pancewicz und Lempart eine Woche Zeit, um den Streik zu organisieren, wozu ebenfalls hauptsächlich Facebook verwendet wurde. Da zu diesem Zeitpunkt der OSK als Organisation noch nicht bestand, wurden die Proteste allein durch Interaktionen mit Teilnehmer/innen der Facebook-Veranstaltung, beispielweise in Form von Umfragen, bei denen sich die interessierten Personen kennenlernen und vernetzen konnten, in vielen verschiedenen Ortschaften Polens organisiert. Durch diese Art der Vernetzung wurden Lempart und Pancewicz zu Koordinatorinnen (ebd.). Social-Media-Plattformen und vor allem Facebook blieben in den letzten Jahren eine der Hauptressourcen sozialer Organisation der Bewegung. Die interviewte Protestteilnehmerin an der Protestwelle 2020 erzählt, wie sie die Mobilisierung der Proteste wahrgenommen hat:

Es war alles sehr spontan. Frauen fingen an, sich auf Facebook zu versammeln und Treffen an sehr vielen verschiedenen Orten zu organisieren. Nicht nur in großen Städten, sondern auch in kleinen, in denen noch nie derartige Veranstaltungen stattgefunden hatten. Das passierte sehr schnell nach der Veröffentlichung der Entscheidung des Verfassungsgerichts. (Interview, 31. Januar 2022)

Von dem Protest in Krakau, an dem sie teilnahm, erfuhr sie ebenfalls über Facebook. „Man musste keinen Seiten [von feministischen Organisationen] folgen, man musste nur auf Facebook gehen und erfuhr sofort davon, es war überall“ (Interview, 31. Januar 2022). Laut Aleksandra Margyta sei das Internet auch für formelle Organisationen und deren Mobilisierung und Mitgliederwerbung sehr wichtig gewesen, vor allem im Kontext der Pandemie. Auch sie betont die Prominenz Facebooks zur Planung von Veranstaltungen oder zur Organisation von

(Diskussions-)Gruppen. Es sei dort auch am einfachsten, Informationen über bevorstehende Aktionen zu finden. Ihrer Meinung nach sei die Kommunikation im Internet ein sehr großer Bestandteil der Planung und Organisation vieler Aktionen und Veranstaltungen der Frauenbewegung gewesen (N. Margyta, 26. Januar 2022).

Eine Voraussetzung für die Verfügbarkeit von proprietären sozial-organisatorischen Ressourcen ist die Einwilligung der beteiligten Parteien. Edwards und McCarthy betonen, dass der Zugang zu Ressourcen wie der Bildung sozialer Netzwerke, insbesondere mit formellen Organisationen, oder der Bildung sozialer Organisation eingeschränkt und kontrolliert werden kann (Edwards & McCarthy, 2004, S. 126). Im Falle der Black Protests war die Bereitschaft der sozialen und organisatorischen Zusammenarbeit zwischen Teilen der Grassroots-Aktivist/innen, der formellen Aktivist/innen und der beteiligten Parteien gegeben, was eine effektive Kooperation ermöglichte. Allerdings war diese Bereitschaft, wie bereits erwähnt, nicht allgemein bei allen Teilnehmer/innen der Protestwellen vorhanden (Korolczuk E. , 2016, S. 106f), sodass in diesen Fällen den betroffenen Organisationen und Akteur/innen der Zugang zur Ressource sozialer Vernetzung verweigert wurde. Insgesamt waren Social-Media-Plattformen als Ressource sicherlich für die ganze Bewegung nützlich und von großer Bedeutung, während sie für Teile der Bewegung auch den Zugang zu weiteren Ressourcen sozialer Organisation eröffneten.

Als weitere sozial-organisatorische Ressourcen können die an der Bewegung beteiligten Organisationen selbst gezählt werden. Da der Theorie Edwards und McCarthys nach diese Ressourcenkategorie sowohl angeeignete als auch selbst erstellte soziale Organisation beinhaltet, können auch die beteiligten Organisationen dementsprechend unterschieden werden. Einerseits können die Grassroots-Initiativen, die aus einer Notwendigkeit heraus für den Protest gegen ein Abtreibungsverbot und für die Kampagne zur Erweiterung des Abtreibungsgesetzes gegründet wurden, als spezifisch für die Bewegung im Vorfeld und während der Protestwellen kreierte soziale Organisation bezeichnet werden. Die vor den Protestwellen bereits bestehenden und an den Protesten teilhabenden formellen und informellen Organisationen können andererseits als Beispiel für angeeignete soziale Organisation gesehen werden. Letztere waren zwar schon Teil der polnischen Frauenbewegung und wurden dann auch Teil des vergrößerten Netzwerks der Bewegung im Kontext der Proteste, sind aber nicht spezifisch für diese Protestaktivitäten gegründet worden.

Eine weitere frei zugängliche Ressource, die der Bewegung zur Verfügung stand, sind die Straßen als Teil der zivilen Infrastruktur. Da die Proteste der Frauenbewegung gegen das Abtreibungsverbot überwiegend auf den Straßen verschiedenster Städte und Dörfer

stattgefunden haben, stellten diese den Hauptveranstaltungsort jeglicher Protestaktivität dar. Auch dies kann als Vorteil für die Bewegung angesehen werden, da es keiner anderen Ressourcen bedurfte, um Veranstaltungsorte zu finden.

Laut Edwards und McCarthy erhöht der Zugang und die Verfügbarkeit sozialorganisatorischer Ressourcen die Mobilisierungschancen einer Bewegung erheblich (Edwards & McCarthy, 2004, S. 127). Dieser Analyse zufolge war der Zugang und die Bedeutung dieser Art von Ressourcen durch Aggregation und die Nutzung von Social Media für die Frauenbewegung während der Protestwellen sehr hoch, weshalb in diesen ein großer Vorteil für die Mobilisierungsmöglichkeiten der Bewegung gesehen werden kann.

2.6.4 Personelle Ressourcen

Der vierte Ressourcentyp nach Edwards und McCarthy sind die personellen Ressourcen, die einer Bewegung zur Verfügung stehen. Diese sind teilweise mit dem Zugang der sozialorganisatorischen Ressourcen verbunden, da diese wiederum Zugang zu personellen Ressourcen gewährleisten können. Wie bereits während der Analyse der kulturellen Ressourcen beschrieben, ermöglichte die Kontaktaufnahme und Netzwerkbildung unter verschiedenen Organisationen und Akteur/innen innerhalb und außerhalb der polnischen Frauenbewegung im Vorfeld und während der Black Protests eine Vergrößerung der ihr verfügbaren Expertise sowie den Zugriff auf zusätzliche Erfahrung und Fähigkeiten, welche daraufhin weiter zunahmen. Gleichzeitig kam es durch die Netzwerkbildung aber auch zu einer Erhöhung der Anzahl der Mitglieder/innen und Unterstützer/innen der Bewegung, welche wiederum als Individuen personelle Ressourcen wie Arbeit und Expertise beisteuerten. Im Interview mit Natalia Pancewicz wurde deutlich, wie sich mit dem Wachsen der Bewegung und somit des OSK der personelle Aufbau der Organisation veränderte. Wie bereits erwähnt, wurde der erste Frauenstreik spontan allein von Pancewicz und Lempart koordiniert (N. Pancewicz, 27. Januar 2022), wobei Marta Lempart bereits vorher lokal in Wrocław im Komitee für die Demokratie (KOD) aktiv gewesen war und deshalb schon etwas aktivistische Erfahrung hatte sammeln können (Korolczuk E. , 2016, S. 102). Es nahmen aber auch Freunde und Bekannte der Koordinatorinnen an der Organisation des OSK teil. So designte beispielsweise eine befreundete Grafikerin das Logo der Initiative. Als sich über Facebook die Anhänger/innen des Streiks wie auch lokale Organisator/innen vernetzt hatten, boten die Koordinatorinnen diese Veranstaltungsunterstützung an (N. Pancewicz, 27. Januar 2022).

Wir sind von der Grundeinstellung ausgegangen, dass wir nur eine Art ‚Helpdesk‘ sind, und so arbeiten wir auch bis heute. [...] Wir haben nie jemanden vorgeschrieben, wie es gemacht wird oder gemacht werden soll [...] Es sollte so sein, dass ich weiß, wo was vor sich geht, falls jemand was braucht [...] Lokal entschieden aber die Mädchen, wie es bei ihnen sein sollte, da in verschiedenen Orten Polens verschiedene Personen zusammenarbeiten [...] Es gab nur einen groben Rahmen. (N. Pancewicz, 27. Januar 2022)

Obwohl also die Teilnehmeranzahl an den Protesten des OSK sofort sehr hoch war und auch schnell viele lokale Organisator/innen gefunden wurden, wurde die Koordination von zwei Personen allein durchgeführt. Ihre Aufgaben beinhalteten unter anderem das Versenden von Flyern an die lokalen Organisator/innen, das Erstellen von Grafiken, die Verwaltung der Website und ihrer Social-Media-Accounts, Öffentlichkeits- und Medienarbeit sowie die Planung von gesamtpolnischen Versammlungen. Pancewicz betonte, dass sie davor nur sehr wenig Erfahrung mit all diesen Aufgabenbereichen hatte sammeln können. Die personelle Situation der Initiative blieb seit deren Beginn an gleich, bis sie nach ihrer Registrierung als Stiftung etwas umstrukturiert und erweitert wurde. Seit 2021 ist Pancewicz für die Kommunikation zuständig, während die anderen Aufgaben unter neuem Personal aufgeteilt wurden. Die grundsätzliche Koordinationsstruktur blieb aber bestehen (N. Pancewicz, 27. Januar 2022).

Das Beispiel des OSK zeigt, wie dieser Initiative und so auch vielen anderen informellen Initiativen, die im Vorfeld der Black Protests entstanden sind, zuerst nur minimale personelle Ressourcen zur Verfügung standen, die mit der Zeit durch die Vernetzung der Aktivist/innen und Protestteilnehmer/innen untereinander aber gewachsen sind. Im Falle des OSK blieben die personellen Ressourcen für die Koordination der Proteste selbst während der Protestwellen 2016–2018 und 2020 unverändert klein, während die Anzahl der lokalen Organisator/innen und Teilnehmer/innen schnell anwuchs. Die personellen Ressourcen kleiner lokaler Kollektive variierten zwar, waren aber eher gering. Ein Beispiel einer lokalen Initiative, die im Kontext der Black Protests 2016 entstanden ist, ist die Gruppierung Dziewuchy Węgorzewo (Gals for Gals Węgorzewo), deren Kern aus nur vier Frauen besteht (FemFund, 2021). Gleichzeitig zeigt das Beispiel Pancewiczs auch, dass sich Aktivist/innen informeller Initiativen die Fähigkeiten für bestimmte Aufgabenbereiche erst aneignen mussten, da viele der neuen Aktivist/innen und der an der Bewegung Mitwirkenden vor den Protesten 2016 keine Erfahrung in der Protestorganisation hatten (Hall, 2019, S. 1505). Zum Zeitpunkt der Protestwelle 2020 hatten diese Organisationen allerdings den Vorteil, dass viele ihrer Mitarbeiter/innen in der

Zwischenzeit die Gelegenheit gehabt hatten, sich einzuarbeiten und ihre Fähigkeiten auszubauen.

In dieser Hinsicht hatten formelle Organisationen und auch bereits länger aktive Initiativen einen großen Vorteil gegenüber den neuen informellen Initiativen und Organisationen. Da diese schon vor den Protestwellen etabliert waren, verfügten sie bereits über personelle Ressourcen in Form von erfahrenen Mitarbeiter/innen, die zusätzlich für die Organisationen wichtige Fähigkeiten und Expertise besaßen. So besteht das Team des Verbandes für Frauen und Familienplanung beispielsweise aus sechs Koordinatorinnen verschiedener Arbeitsbereiche und zugehöriger Netzwerke, der Geschäftsführung, einem vierköpfigen Vorstand sowie einem Prüfungsausschuss (Federacja na Rzecz Kobiet i Planowania Rodziny, 2021). Wie im Kapitel der kulturellen Ressourcen erwähnt, beeinflusste die Expertise der für formelle Organisationen verfügbaren personellen Ressourcen durch die Interaktion mit informellen Initiativen die Mobilisierung der Proteste zwar stark, aber eher indirekt (Korolczuk E. , 2016, S. 107).

Da personelle Ressourcen allerdings eher auf individueller Partizipation als auf Organisationsstrukturen beruhen, ist ihre Verfügbarkeit dementsprechend von persönlichen Aspekten abhängig, weshalb sie für eine Bewegung nicht frei zugänglich sind (Edwards & McCarthy, 2004, S. 127f). So könnten die personellen Ressourcen der Bewegung jederzeit, beispielsweise durch die mit konstantem Aktivismus verbundenen möglichen psychischen oder auch physischen Folgen für die Aktivist/innen (N. Pancewicz, 27. Januar 2022), eingeschränkt werden. Weiterhin wird die Partizipation individueller Personen durch andere persönliche Verpflichtungen und durch die jeweilige Lebenssituation bedingte Einschränkungen beeinflusst (Edwards & McCarthy, 2004, S. 128). Dies betrifft vor allem Mitglieder/innen informeller Initiativen, da diese häufig auf freiwilliger und unbezahlter Basis mitwirken. Margyta beobachtete als Koordinatorin der Großen Koalition für Gleichheit und Wahlfreiheit, dass es bei Mitwirkenden kleinerer Organisationen und Initiativen häufig zu Frustration kam, da sie neben ihrer Erwerbstätigkeit nur wenig Zeit hatten und im Gegensatz zu Mitarbeiter/innen von NGOs für ihre zusätzliche Arbeit in der Organisation meist nicht entlohnt werden konnten (A. Margyta, 26. Januar 2022). Auch in dieser Hinsicht besteht ein Vorteil für formelle Organisationen. Obwohl auch deren personelle Ressourcen eingeschränkt werden könnten, können ihre Mitarbeiter/innen durch ihre Finanzierung, welche im folgenden Kapitel genauer erläutert wird, entlohnt werden. Außerdem können mögliche, durch die Lebenssituation bedingte Einschränkungen durch ihre längere Anstellung bei der Organisation minimiert werden.

Ein weiterer Punkt, den Edwards und McCarthy bezüglich personeller Ressourcen ansprechen, ist die Führung einer Bewegung. Ein interessantes Attribut der polnischen Frauenbewegung während der Protestwellen war, dass sie keine definitive öffentliche Führung in Form einer bestimmten repräsentativen Persönlichkeit hatte. Aleksandra Margyta sah die Führung der Bewegung auch schon vor der Protestwelle 2016 in den Organisationen und Initiativen, die hauptsächlich an der Organisation von großen Protesten beteiligt waren. So habe der OSK eine Führungsrolle bei den Protesten im Oktober 2016 eingenommen, wobei aber auch die Initiative Gals for Gals sehr engagiert gewesen sei. Insgesamt sei die Führung der Bewegung aber immer sehr unterschiedlich gewesen, sodass zeitweise einige Individuen und zeitweise ganze Gruppen prominenter waren (A. Margyta, 26. Januar 2022). Da der OSK seit dem 3. Oktober mehrere Frauenstreiks organisierte, somit mehrere Massenmobilisierungen initiierte und auch in den Medien eine sehr prominente Rolle für die Frauenbewegung spielte, kann definitiv festgestellt werden, dass die Initiative hinsichtlich der Protestwellen 2016–2018 und 2020 eine führende Stellung einnahm. Vor dem Streik war außerdem die Partei Razem weitgehend für die Organisation der Black Protests zuständig (Hall, 2019, S. 1505), weshalb auch diese dabei führend auftrat. Die Initiative Gals for Gals übernahm außerdem online auf Facebook, neben der Seite ihrer Untergruppe Girls for Girls und der Seite des OSK, eine entscheidende Mobilisierungsrolle (ebd., S. 1500). Sie waren vor allem im Frühjahr 2016 vor den Black Protests (ebd. 1504), aber auch während der Protestwellen und bis heute aktiv. Gleichzeitig gab es einige prominentere Aktivist/innen der Bewegung. Eine Aktivistin, die in den Medien besonders häufig aufgetreten ist, ist Marta Lempart, eine der Initiatorinnen und Koordinatorinnen des OSK. Da Medienarbeit, wie zum Beispiel das Erteilen von Interviews zu ihren Aufgaben gehörte (N. Pancewicz, 27. Januar 2022), wurde sie schnell zu einer der wahrscheinlich bekanntesten Persönlichkeiten der Bewegung. Auch die Aktivistin Klementyna Suchanow wurde zu einem Gesicht des OSK und somit der Bewegung (Cieśla, 2021). Außerdem hat natürlich jede Organisation selbst eine Leitung, wobei diese bei den formellen Organisationen weniger prominent waren, da sich diese NGOs während der Proteste eher bedeckt hielten und eine unterstützende Funktion einnahmen (A. Margyta, 26. Januar 2022). Obwohl die Bewegung demnach keine definitive repräsentative Führung hatte, wurde diese durch das starke und vordergründige Auftreten einer Reihe von verschiedenen Organisationen und Personen ersetzt.

Zusammenfassend kann festgestellt werden, dass den formellen NGOs und auch den vor den Protestwellen etablierten Initiativen anfänglich mehr personelle Ressourcen für die Koordination und Organisation und somit auch mehr Expertise zur Verfügung standen als den

neuen informellen Initiativen. Auf der anderen Seite eröffnete sich den Grassroots-Organisationen durch ihre Vorgehensweise und Vernetzung, also den ihr verfügbaren kulturellen und sozial-organisatorischen Ressourcen, eine Bandbreite an personellen Ressourcen in Form von lokalen Organisator/innen und freiwilligen Mitarbeiter/innen. Ein Nachteil für diese informellen Initiativen ist allerdings, dass eine Einschränkung personeller Ressourcen dieser Art wahrscheinlicher ist und die Anzahl von Mitarbeiter/innen in deren Hauptkoordination und den lokalen Standorten vor allem während der ersten Proteste 2016 eher klein war. Trotzdem verfügte die Bewegung insgesamt durch die Kombination von Expert/innen der formellen NGOs und eine relativ schnelle gesamtheitliche Aggregation von Personal durch informelle Initiativen über eine beachtliche Menge an personellen Ressourcen. Außerdem haben sich diese bis zur Protestwelle 2020 gesamtheitlich weiter vergrößert. So äußerten bei einer Studie, wie bereits erwähnt, im Jahr 2020 8 % der Befragten, dass sie persönlich an den Protesten teilgenommen hätten, während es 2016 nur 3 % der Befragten gewesen waren (CBOS, 2020, S. 10). Einzeln betrachtet haben allerdings viele Gruppierungen und Initiativen relativ wenig permanentes Personal.

2.6.5 Materielle Ressourcen

Der letzte Ressourcentyp nach Edwards und McCarthy sind die materiellen Ressourcen, welche vor allem die Finanzierung der Bewegung betreffen. Vor den Black Protests 2016 wurden formelle NGOs teilweise durch staatliche Zuschüsse oder durch externe Förderung und Spenden finanziert. Allerdings war der Zugang zu diesen Förderungen für Organisationen, die sich mit kontroversen Themen beschäftigten, wie zum Beispiel für feministische NGOs, eingeschränkt (Nimu, 2018, S. 314). Feministische NGOs waren deshalb seit jeher auf externe Finanzierung angewiesen, meist von westlichen Spender/innen (Hall, 2019, S. 1502). Außerdem wurden seit dem Beitritt Polens zur EU viele feministische Organisationen durch EU-Gelder mitfinanziert (ebd., S. 1510). Der Protestwelle folgend wurde die staatliche Finanzierung für einige einflussreiche NGOs, die zuvor staatliche Fördergelder erhielten, wie beispielsweise für das Zentrum der Frauenrechte oder die Blue Line, eine Hotline für die Opfer häuslicher Gewalt, eingestellt. Ein weiteres Beispiel ist die Einstellung der Finanzierung der internationalen Kampagne ‚16 Days Activism against Gender-Based Violence‘, durchgeführt von der Autonomia Foundation, aufgrund von ‚Förderung von Feminismus‘ und ‚Homo-Propaganda‘. Ein Jahr nach dem ersten Frauenstreik beschlagnahmte die Polizei die technische

Ausstattung feministischer Frauenhäuser und legte somit ihre Arbeit lahm (Król & Pustułka, 2018). Nach den Protesten 2016 hatten viele feministische NGOs somit weniger materielle Ressourcen als zuvor, was auch auf die an der Bewegung beteiligten Organisationen zutrifft.

Der Verband für Frauen und Familienplanung wird beispielsweise nicht von der Regierung unterstützt und ist auch nicht als Wohltätigkeitsorganisation eingestuft. Dadurch kann diesem auch nicht ein Prozent der persönlichen Einkommenssteuer gespendet werden, was für Steuerzahler/innen in Polen an eine Wohltätigkeitsorganisation ihrer Wahl möglich ist. Deshalb finanziert sich der Verband durch Zuschüsse von internationalen Organisationen, von denen sie bei bestimmten Projekten und Aktionen unterstützt werden, sowie durch private Spenden (A. Margyta, 26. Januar 2022).

Neu gegründete Organisationen beruhen in Polen meist auf ehrenamtlichen Tätigkeiten (Nimu, 2018, S. 322). Der OSK als informelle Initiative finanzierte sich von Anfang an und bis heute durch Crowdfunding. Die auf diese Weise gesammelten Ressourcen wurden für verschiedene Aktionen und Protestzubehör verwendet, wie zum Beispiel für Drucksachen oder auch Megafone. Außerdem entschied sich der OSK 2018, die Organisation als Stiftung zu registrieren und somit zu formalisieren, was im Mai 2019 in die Tat umgesetzt wurde. Obwohl sich der OSK noch immer zu einem großen Teil über Crowdfunding finanziert, erlaubt der Stiftungsstatus der Organisation seit 2020, zusätzlich private Spenden anzunehmen. Die dadurch hinzukommenden finanziellen Mittel werden dafür verwendet, die personellen Ressourcen der Organisation zu erweitern und so auch die Koordinationsbereiche aufzuteilen. Eine dritte Einnahmequelle finanzieller Ressourcen des OSK ist sein Onlineshop, in dem verschiedene Artikel mit seinem Logo oder mit Slogans verkauft werden. Die Erlöse aus dem Onlineshop werden für die Produktion der Artikel und für Proteste und andere Aktionen verwendet (N. Pancewicz, 27. Januar 2022). Je länger die Crowdfunding-Kampagne läuft, desto mehr finanzielle Ressourcen können gesammelt werden, weshalb auch mehr dieser Ressourcen in Ausrüstung investiert werden können. Somit standen der Organisation den ersten Protesten 2016 folgend mehr materielle Ressourcen zur Verfügung als anfänglich. Obwohl der OSK als „Helpdesk“ (ebd.) viele lokale Aktivist/innen und Organisationen unterstützt, stehen diesen häufig nur wenig finanzielle Mittel zur Verfügung. Eine Aussage einer von Bogumila Hall interviewten Aktivistin zeigt aber, dass diese sich davon nicht aufhalten lassen:

We find ways how to make things accessible, for example, for people who don't have enough money to get to a demonstration in Warsaw. We tell them, no worries, we will organize it. So that the lack of money is not an obstacle to anybody. (Hall, 2019, S. 1508)

Eine Finanzierungsmöglichkeit für kleine lokale Initiativen oder Kollektive wird von der 2018 gegründeten Einrichtung FemFund geboten, die verschiedene Förderprogramme für Aktivitäten von Frauen und Mitglieder/innen der LGBTQIA+-Gemeinschaft anbietet. Diese Programme werden wiederum von individuellen Beitragszahler/innen finanziert (FemFund, o.J.).

Es gab also verschiedene Arten der Gewinnung finanzieller Ressourcen, wobei die Möglichkeiten informeller Gruppierungen mit Sicherheit begrenzter waren. Auf der anderen Seite bringt die Finanzierung formeller Organisationen durch andere internationale Organisationen, was Edwards und McCarthy als Patronage bezeichnen, durch ihren Grad an *proprietary* eine gewisse Abhängigkeit und Einschränkung der Handlungsmöglichkeiten mit sich (Edwards & McCarthy, 2004, S. 135). Deshalb erlaubt der Zugang zu monetären Ressourcen informeller Initiativen durch Aggregation (ebd., S. 131–134) eine freiere Nutzung dieser und ist gleichzeitig an weniger Erwartungen geknüpft. Da das Ziel des OSK und der an den Protesten beteiligten Initiativen ist, dass über das Thema Abtreibung mehr gesprochen wird, weshalb auch ein großer Teil ihrer monetären Ressourcen in die Protestausrüstung und somit in die Schaffung von Aufmerksamkeit und gesellschaftlichem Bewusstsein investiert wird (N. Pancewicz, 27. Januar 2022). Dies erhöht nach Edwards und McCarthy die Chancen einer Vergrößerung der Anhänger/innenschaft der ganzen Bewegung (Edwards & McCarthy, 2004, S. 140).

2.7 Mobilisierungsstrategien

Nachdem in den beiden vorhergehenden Analyseteilen sowohl Aspekte des politischen Kontexts als auch der der Bewegung zur Verfügung stehenden Ressourcen bezüglich ihres Einflusses auf die Mobilisierungsmöglichkeiten und das Mobilisierungspotential der Bewegung untersucht wurden, soll im letzten Teil der Analyse der Einfluss mobilisierungsstrategischer Faktoren auf die Größe der Demonstrationen der Frauenbewegung während der Protestwellen 2016–2018 und 2020 beleuchtet werden. Die Analyse folgt den Kategorien von Somma und Medel (Somma & Medel, 2019), wonach zuerst auf die Protestforderungen der Bewegung eingegangen wird, gefolgt von den Adressat/innen der Proteste, der Beteiligung formeller Organisationen und schließlich der Beteiligung verschiedener sozialer Gruppierungen an den Demonstrationen.

2.7.1 Forderungen

Der offensichtliche Konsens der Teilnehmer/innen beider Protestwellen war, dass sie nicht mit der Einschränkung der Abtreibungsrechte polnischer Frauen einverstanden waren. Allerdings variierten die Meinungen über den Umfang der geforderten Liberalisierung unter den Protestierenden. Obwohl der OSK als führende Organisation der Frauenstreiks klar für eine vollständige Liberalisierung der Abtreibungsgesetzgebung stand, beteiligten sich nach Pancewicz am ersten Frauenstreik am 3. Oktober 2016 auch viele Menschen, die sich für den Abtreibungskompromiss von 1993, also die legale Abtreibung in den bereits erwähnten drei Fällen, aussprachen. Diese wurden aber nicht ausgeschlossen, sondern demonstrierten als Einheit mit der Frauenbewegung (N. Pancewicz, 27. Januar 2022). Die interviewte Teilnehmerin an einem der größten Proteste in Krakau 2020 erzählte, wie sie die beim Protest gestellten Forderungen wahrnahm:

Die Hauptforderung war „Gebt den Frauen Freiheit, gebt uns Entscheidungsfreiheit“. Obwohl es in der generellen Diskussion verschiedene Perspektiven gab, konnte man beim Protest spüren, dass jeder einfach die Entscheidungsfreiheit haben will. (Interview, 31. Januar 2022)

Die Forderung der Entscheidungsfreiheit war bei allen Protesten sehr prominent. Bei den Black Protests 2016 wurden unter anderem für Pro-Choice-Bewegungen traditionelle Sprüche wie „My body, my choice“ (Król & Pustułka, 2018, S. 376) auf Bannern verschriftlicht und verbalisiert (ebd.). Auch am Black Friday, dem 23. März 2018, trugen viele Aktivist/innen Banner und Schilder mit Sprüchen wie „freedom of choice, not terror“, „I think, I feel, I decide“ oder „I decide about religion, not religion about me“ (Graff, 2020, S. 236f), welche die Forderungen nach Entscheidungsfreiheit nicht nur in einen politischen, sondern auch in einen religiösen Kontext rückten. Laut Pancewicz bewegen Angelegenheiten, die alle etwas angehen – in diesem Fall die Entscheidungsfreiheit und die Körper von Frauen – die meisten Menschen zum Protestieren. Dies sei vor allem an der Protestwelle 2020 deutlich geworden, welche sich durch die zahlenmäßig größten Proteste auszeichnete (N. Pancewicz, 27. Januar 2022). Die Forderung der Entscheidungsfreiheit bezog sich außerdem auf die politische Forderung der ersten Protestwelle, die Stop-Abortion-Gesetzentwürfe abzulehnen (Graff, 2020, S. 235f), sowie die Forderung der Protestwelle 2020, die verfassungsgerichtliche Entscheidung vor deren Inkrafttreten aufzuheben (Taub, 2020). Somma und Medel definieren universalistische Forderungen als Forderungen, die nicht nur bestimmte Gruppen ansprechen, sondern breitere Teile der Gesellschaft miteinbeziehen (Somma & Medel, 2019, S. 236). Die Forderung der

Entscheidungsfreiheit von Frauen über ihre eigenen Körper kann somit definitiv als universalistische Forderung identifiziert werden, die sich durch beide Protestwellen zog und den Konsens der Bewegung darstellte. Eine solche breite Forderung kann nach Somma und Medel deshalb als sehr vorteilhaft für die Größe von Demonstrationen angesehen werden (ebd., S. 236 & 244).

Neben dieser universalistischen Forderung wurden durch die polnische Frauenbewegung während der Protestwellen weitere zusätzliche Forderungen gestellt. Wie bereits erwähnt, standen vor allem bei den ersten Protesten und der ersten Protestwelle viele der Initiativen und Teilnehmer/innen nicht nur gegen die Einschränkung der Abtreibungsrechte, sondern auch für eine weitgehende Liberalisierung des damals bestehenden Abtreibungskompromisses ein, während sich andere Teilnehmer/innen für dessen Beibehaltung des Abtreibungskompromisses einsetzten. Aus dieser Differenzierung können also schon verschiedene Forderungen bezüglich der Abtreibungsgesetzgebung erkannt werden. Außerdem sind bereits einen Monat nach den ersten Black Protests diese Forderungen in den breiteren Kontext der Geschlechtergleichstellung gesetzt worden (CBOS, 2016b, S. 6).

Zusätzlich wurde, weil die polnische katholische Kirche den ersten Stop Abortion-Gesetzentwurf unterstützt hatte, von Anfang an die Forderung an die Kirche laut, sich nicht in Reproduktionsfragen einzumischen. Da diese ihren Standpunkt zur Abtreibung auch nach den ersten Protesten weiter öffentlich verteidigte und betonte, zogen sich diesbezügliche Forderungen durch beide Protestwellen. Die Proteste 2018 und vor allem der Black Friday am 23. März 2018 zeichneten sich besonders durch Forderungen an die Kirche, wie beispielsweise „My uterus is not your chapel“ (Graff, 2020, S. 236), aus. Wie die Kirche außerdem adressiert wurde, wird im folgenden Unterkapitel ausführlicher erörtert.

Ein weiterer Aspekt ist, dass vor allem zwischen den größten Protesten im Oktober 2016 und im März 2018 von der Frauenbewegung einige Demonstrationen organisiert wurden, die sich spezifisch auf bestimmte Aspekte reproduktiver Rechte bezogen, wie zum Beispiel gegen die Einschränkung des Zugangs zu Notfallverhütungsmitteln (Graff, 2020, S. 236). Außerdem nahmen durch die enge Verbindung des OSK mit anderen sozialen Akteur/innen, die sich in anderen Bereichen gegen die Regierung und deren Rechtspopulismus einsetzen, Aktivist/innen der Frauenbewegung auch an Demonstrationen teil, die nicht direkt das Thema Abtreibung betrafen. Dadurch wurden auch bei einigen von der Frauenbewegung initiierten Protesten Forderungen, die nicht direkt reproduktive Rechte betrafen, adressiert (Graff, 2020, S. 231f). Vor allem bei der Protestwelle 2020 ging es nach Marta Lempart aufgrund der ansteigenden Bedrohung durch staatliche Institutionen nicht mehr allein um Frauenrechte und legale

Abtreibung, sondern auch um „Gesundheitsversorgung, Lokalpolitik und vieles mehr“ (Lempart 2020, zitiert nach Wesel, 2020). Obwohl sich die bei den Protesten der Frauenbewegung geäußerten Forderungen trotzdem hauptsächlich auf reproduktive Rechte bezogen und diese Themen eindeutig priorisiert wurden, kann durch eine einfache Differenzierung festgestellt werden, dass die Teilnehmer/innen eine relativ hohe Anzahl verschiedener Forderungen äußerten. Zusätzlich konnten viele dieser Forderungen eine relativ große Gruppe von Menschen ansprechen. Somit kann die große Anzahl dieser Forderungen zusätzlich zur universalistischen Forderung der Entscheidungsfreiheit von Frauen nach Somma und Medel als bedeutender, positiver Einfluss auf die Größe der Proteste der Frauenbewegung (Somma & Medel, 2019, S. 236 & 244) gewertet werden.

2.7.2 Adressat/innen

Somma und Medel nennen als zweiten mobilisierungsstrategischen Punkt einer Bewegung die Festlegung eines/r Adressat/in, an den/die die Forderungen gestellt werden (Somma & Medel, 2019, S. 236f). Alle Proteste in beiden Protestwellen waren hauptsächlich an die Regierungspartei PiS und somit an die polnische Regierung gerichtet. Dies folgte anfänglich daraus, dass die PiS seit ihrer Wahl 2015 offen konservative Werte vertrat und später ihren Standpunkt in der Abtreibungsdebatte klar offenlegte. Bereits vor den Protesten im Oktober 2016 wurden während kleinerer Mobilisierungen im April nach der Vorstellung des Stop-Abortion-Gesetzentwurfs beispielsweise symbolische Kleiderbügel an das Büro der Premierministerin geschickt (Graff, 2020, S. 233). Als der von der PiS dominierte Sejm schließlich den Gesetzesvorschlag der Kampagne Save The Women! ablehnte und den Entwurf von Stop Abortion zur zweiten Lesung zuließ, entstanden dieser Entscheidung folgend schließlich die Black Protests mit dem Frauenstreik als Höhepunkt. Bei den Black Protests wurden Slogans wie „This government terminates here“ (Król & Pustułka, 2018, S. 375) oder „The government is not a pregnancy – it can be easily removed“ (Korolczuk E., 2016, S. 92) verwendet. Während der Black Protests von 2018 und der Protestwelle 2020 wurde die Rhetorik zunehmend aggressiver. Bei den Protesten im Oktober 2020 war der wohl prominenteste Slogan „Jebać PiS!“ („Fuck PiS!“). Dieser war allgegenwärtig und wird bis heute im Kontext der Frauenbewegung verwendet (Interview, 31. Januar 2022). Ein weiteres Schlagwort der Proteste, das auch an die PiS gerichtet war, lautete „Wypierdalać!“ („Get the Fuck Out“) (Czarniawska, 2020, S. 4). Wie auch Pancewicz bestätigte, ist die PiS die wichtigste

Gegenakteurin der Bewegung (N. Pancewicz, 27. Januar 2022), weshalb die Regierungspartei auch als Hauptadressatin der von der Bewegung gestellten Forderungen angesehen werden kann. Da der Studie Somma und Medels nach Demonstrationen, die sich an die nationale Regierung richten, größer sind als solche, die sich an andere Institutionen richten (Somma & Medel, 2019, S. 236f), kann dieser Aspekt als sehr günstig für die Größe der Protestmobilisierungen der Frauenbewegung angesehen werden.

Auch die polnische katholische Kirche unterstützte den Stop Abortion-Gesetzentwurf von 2016 und ist außerdem eng mit der PiS verbunden, weshalb auch sie als Institution seit der ersten Protestwelle eine der Adressat/innen der durch die Frauenbewegung gestellten Forderungen war. Auch gegen sie verwendeten Aktivist/innen und Protestteilnehmer/innen provokative Sprüche, um ihre Ablehnung zu verdeutlichen. Beispiele dafür sind Slogans wie „Keep your rosaries off my ovaries“, oder „We want doctors, not missionaries“ (Król & Pustułka, 2018, S. 376). Obwohl auch die ersten Proteste 2016 teilweise an die Kirche gerichtet waren, wurden vor allem die Proteste im März 2018 durch die neu entbrannte Wut über die Unterstützung des neuen Stop Abortion-Entwurfs des Episkopats und im Kontext von damals aktuellen Pädophilie-Skandalen von Priestern vermehrt an die Kirche adressiert. Wie die an die PiS adressierten Slogans wurden auch die an die Kirche gerichteten Parolen bis zu den Protesten 2018 und zur Protestwelle 2020 zunehmend provokativer. Am Black Friday, dem 23. März 2018, wurden beispielsweise Schilder mit Slogans wie „Fuck the curia“, „Priest! Don't look up your dress“ oder „Go play with your own organs“ getragen (Graff, 2020, S. 236). Es wurden auch spezifisch an die Kirche gerichtete Proteste vor allen Kurien in großen Städten Polens unter dem Motto ‚Das Wort am Sonntag‘ organisiert. Ein interessanter Slogan, der auf einem der Proteste in Krakau gesichtet wurde, war „PiShops, leave women alone!“ (Motak, Krotofil, & Wójciak, 2021, S. 8), welcher auf die enge Beziehung zwischen der Kirche und der Regierungspartei anspielt. Die Wut auf die Kirche zog sich bis in die Protestwelle von 2020. Auf einem Protest am 25. Oktober 2020 in Krakau wurde beispielsweise die Straße, in der sich die Residenz des Erzbischofs von Krakau befindet, von Aktivist/innen blockiert (ebd., S. 8f).

Die Teilnehmerin an einem der Proteste in Krakau 2020 erzählt, dass der Protest sowohl an die Regierung und die Kirche als auch an das Verfassungsgericht gerichtet war. Welche Forderungen an wen während des Protestes gerichtet wurden hing dabei vom Zeitpunkt ab. „Wir gingen zum Beispiel sehr nah am Wohnsitz des Erzbischofs von Krakau vorbei. In dieser Straße konnte man ein paar nicht so schöne Worte hören, die an die Kirche gerichtet waren“ (Interview, 31. Januar 2022). Die Route des Protestzuges ging geplant dort vorbei (ebd.). Obwohl die Proteste 2020 sich teilweise auch gegen das Verfassungsgericht richteten, waren

die an die Institution gerichteten Forderungen gleichzeitig an die PiS und die Kirche adressiert, da viele Protestierende diese beschuldigten, das Verfassungsgericht bei seiner Entscheidung beeinflusst zu haben (Mortensen & Smith-Spark, 2020).

Somma und Medel stellen keinen besonderen Effekt von an religiöse Institutionen gerichteten Protesten auf deren Größe fest. Wegen der Beziehung zwischen der PiS und der Kirche und auch des traditionellen Einflusses der polnischen katholischen Kirche auf die polnische Politik kann argumentiert werden, dass ein Adressieren dieser Proteste an diese Institution im polnischen Kontext positive oder zumindest keine negativen Auswirkungen auf die Größe der Demonstrationen hatte.

2.7.3 Formelle Organisationen

Somma und Medel argumentieren außerdem, dass die Zahl der an einer Demonstration teilnehmenden formellen Organisationen einen Einfluss auf deren Größe hat. An den Protesten der Frauenbewegung haben neben den bereits vor 2016 bestehenden informellen Gruppen und neu entstandenen informellen Initiativen auch formelle NGOs wie der Verband für Frauen und Familienplanung teilgenommen und mitgewirkt. Viele formelle Organisationen hielten sich bei den Protesten selbst eher im Hintergrund, beteiligten sich aber trotzdem an ihnen, um ihre Solidarität zu zeigen und eine Einheit mit dem Rest der Bewegung zu bilden (A. Margyta, 26. Januar 2022). Wie schon in den Kapiteln bezüglich der Ressourcen und Ressourcenmobilisierung angesprochen, spielten formelle Frauenorganisationen trotz ihrer Zurückhaltung bei den Protesten eine große Rolle bei deren Mobilisierung. Gleichzeitig setzten sich feministische Organisationen allgemein lautstark gegen eine Einschränkung des Abtreibungsgesetzes ein. Da nach der Studie von Somma und Medel bereits Demonstrationen mit zwei oder mehr teilnehmenden Organisationen größer sind als Demonstrationen ohne teilnehmende Organisationen, kann diese Voraussetzung eines positiven Effektes auf die Größe von Demonstrationen als erfüllt angesehen werden.

Gleichzeitig standen bei den Protesten von Anfang an vor allem die neu entstandenen informellen Organisationen und Initiativen im Vordergrund. Die prominenteste dieser Gruppierungen war definitiv der OSK, der seit dem ersten Frauenstreik am 3. Oktober 2016 viele der Proteste koordiniert und mitorganisiert hatte. Natalia Pancewicz, Koordinatorin des OSK, beschreibt die Organisation als „Helpdesk“ (N. Pancewicz, 27. Januar 2022) für lokale Aktivist/innen und Gruppierungen, denen sie unterstützend zur Verfügung stünde (ebd.) Da

somit also viele lokale Gruppen unter dem Banner des OSK Proteste organisierten oder an Protesten teilnahmen, kann der OSK als Dachorganisation angesehen werden, welche nach Somma und Medel als besonders positiver Einfluss für die Größe von Demonstrationen bezeichnet werden kann. Auch die Initiative Gals for Gals verband als Netzwerk Aktivist/innen und individuelle Personen, die aktiv werden wollten. Schon vor den Protesten 2016 wurden 45 lokale Gruppen der Initiative gegründet (Hall, 2019, S. 1504), sodass auch diese als Dachorganisation betrachtet werden kann.

Zusammenfassend kann festgestellt werden, dass sowohl mehrere formelle Organisationen als auch Dachorganisationen an den Demonstrationen beider Protestwellen teilgenommen haben. Somma und Medel zufolge haben diese beiden Punkte einen großen positiven Einfluss auf die Größe von Protesten, da formelle Organisationen und besonders Dachorganisationen durch ihre sozialen Netzwerke mehr Menschen erreichen und mehr Aufmerksamkeit in der Öffentlichkeit schaffen können (Somma & Medel, 2019, S. 237f).

2.7.4 Soziale Gruppierungen

Der letzte Aspekt, den Somma und Medel aufgreifen, bezieht sich auf die Teilnahme verschiedener sozialer Gruppierungen. Dieser Aspekt beinhaltet vier verschiedene Punkte, die gemeinsam die Größe einer Demonstration positiv beeinflussen können. Der erste Punkt bezieht sich auf das Ansprechen der Bedürfnisse oder Missstände breiterer und größerer Bevölkerungsgruppen (Somma & Medel, 2019, S. 238), welcher bei den Mobilisierungen der polnischen Frauenbewegung auf jeden Fall gegeben war. Das Thema Abtreibung ist ein Thema, das fast alle Frauen und damit einen sehr großen Bevölkerungsanteil Polens betrifft. Natalia Pancewicz erklärt damit vor allem die Größe der Proteste im Oktober 2020:

Die größten Proteste beziehen sich auf das, was einem persönlich sehr nahe ist, wie zum Beispiel der Körper und die Entscheidungsfreiheit der Frau. [...] Sehr persönliche Angelegenheiten berühren tatsächlich mehr Menschen und auch die Personen, die sie unterstützen, wie zum Beispiel die Männer, die die Frauen unterstützen oder Töchter haben. (N. Pancewicz, 27. Januar 2022)

Gleichzeitig legte die Bewegung und besonders der OSK großen Wert darauf, ihre Forderungen und das Thema selbst durch die Verwendung einfacher und kolloquialer Sprache so vielen Frauen wie möglich verständlich zu machen. Auch dadurch sollten sich besonders viele Menschen angesprochen fühlen (N. Pancewicz, 27. Januar 2022). Natürlich hatten auch

viele Frauen, die das Thema Abtreibung betrifft, eine andere Meinung als der Großteil der Frauenbewegung. 2016 unterstützten 26 % der Frauen die Black Protests (‚eher‘) nicht, während mit 62 % der Großteil der polnischen Frauen die Black Protests ‚eher‘ oder ‚definitiv‘ unterstützten (CBOS, 2016b, S. 11).

Der zweite Punkt nach Somma und Medel ist, dass Demonstrationen, die von kleineren und kohärenten Gruppen organisiert werden, größer sind als Proteste, die von großen und deshalb inkohärenteren Gruppen organisiert werden (Somma & Medel, 2019, S. 238). Wie bereits in den vorhergegangenen Analyseteilen beschrieben, waren an den Protesten der polnischen Frauenbewegung während beider Protestwellen sehr viele verschiedene formelle und informelle Organisationen und Initiativen in ganz Polen beteiligt. Obwohl der OSK als eine Art Dachorganisation für die Koordination vieler dieser Initiativen und lokaler Aktivist/innen zuständig war, waren die lokalen Gruppen selbst für die Organisation der Proteste in ihrer Region verantwortlich (N. Pancewicz, 27. Januar 2022). Es kann also nicht davon gesprochen werden, dass die Proteste von einer kleinen Gruppe organisiert wurden, was nach Somma und Medel eher einen Nachteil darstellt (Somma & Medel, 2019, S. 238). Trotzdem kann argumentiert werden, dass durch die Selbstorganisation vieler lokaler Gruppen ein großer Grad an Kohärenz innerhalb der Initiativen selbst gegeben war. Natürlich fanden in kleineren Orten mit Organisationen mit weniger personellen Ressourcen auch kleinere Veranstaltungen statt. Gesamtheitlich betrachtet wurden jedoch auch mit Hilfe dieser lokalen Initiativen viele Menschen in beiden Protestwellen mobilisiert.

Der dritte Punkt bezieht sich darauf, dass sich die Ansprache von Menschen mit weniger persönlichen oder beruflichen Verpflichtungen positiv auf die Größe einer Demonstration auswirkt (Somma & Medel, 2019, S. 238). Wie bereits erwähnt, sprachen die Proteste der Frauenbewegung und das Thema Abtreibung Frauen im Allgemeinen an, weshalb sie gleichzeitig auch viele verschiedene soziale Gruppierungen und nicht nur bestimmte Gruppen von Frauen mobilisierten. Die interviewte Teilnehmerin an einem der Proteste 2020 erinnert sich, wie viele verschiedene Menschen teilnahmen:

Es waren wirklich alle da, ernsthaft. Familien mit Kindern, Frauen, Männer, ältere Menschen, Menschen in meinem Alter [Mitte 20], eigentlich jeder. [...] Ich würde sagen, die meisten davon waren junge Frauen, aber ich war sehr überrascht, auch so viele Männer zu sehen. (Interview, 31. Januar 2022)

Laut Pancewicz nahmen an den Protesten im Oktober 2020 aber vor allem sehr viele junge Menschen teil, da durch die Covid19-Maßnahmen die Schulen und Universitäten eine lange

Zeit geschlossen waren. Dies hätte in ihnen umso mehr das Bedürfnis geweckt, sich auszudrücken (N. Pancewicz, 27. Januar 2022). Dieser Aspekt kann nach Somma und Medel also positiv gewertet werden (Somma & Medel, 2019, S. 238).

Als letzten Punkt nennen Somma und Medel den positiven Effekt des Hervorrufens von Empathie und Solidarität in der Öffentlichkeit auf die Größe von Demonstrationen. Wie bereits bei der Analyse der moralischen Ressourcen beschrieben, war Solidarität eine eindeutige Stärke der Bewegung. Bereits im Vorfeld der Black Protests waren viele lokale und informelle Initiativen entstanden, was auf öffentliches Interesse und damit das Vorhandensein von Solidarität und Empathie in der Öffentlichkeit hindeutet. Die Proteste waren außerdem an einen breiten Teil der polnischen Bevölkerung gerichtet und sprachen diesen auch sehr weitgehend an, was daran deutlich wird, dass sich zum Frauenstreik viele lokale Initiativen bildeten und sich auch sehr viele individuelle Personen dazu entschieden, an den Protesten teilzunehmen. Zudem zeugt die große Anzahl männlicher Teilnehmer (Interview, 31. Januar 2022, N. Pancewicz, 27. Januar 2022) von Empathie und Solidarität nicht direkt persönlich Betroffener. Auch eine der Interviewpartnerinnen nahm individuell an einem der Proteste 2020 teil. „Ich wollte zeigen, dass ich ganz und gar nicht einverstanden bin. Ich will nicht in so einem Land leben. Ich hatte also das Gefühl, dass ich auf den Protest gehen muss“ (Interview, 31. Januar 2022).

Zusammenfassend kann festgestellt werden, dass die Proteste der polnischen Frauenbewegung während beider Protestwellen sowohl eine sehr große Bevölkerungsgruppe und somit auch Menschen aus vielen verschiedenen sozialen Gruppen ansprachen als auch Solidarität und Empathie innerhalb und außerhalb dieser Gruppierungen hervorrief. Diese Eigenschaften wirken sich laut Somma und Medel positiv auf die Größe von Demonstrationen aus (Somma & Medel, 2019, S. 238f). Der einzige weniger eindeutige Punkt ist die Kohärenz der Bewegung. Diesbezüglich sehen die Autoren einen Nachteil in breiteren Gruppen, da diese meist schlechter organisiert seien (ebd.). Allerdings kann ein Teil der Inkohärenz der Bewegung durch deren Fragmentierung und somit durch die Vielzahl teilnehmender lokaler Organisationen als ausgeglichen angesehen werden.

3 Diskussion

Ziel dieser Forschungsarbeit war es, die Frage nach der *Bedeutung struktureller Umstände und Einflüsse sowie von Mobilisierungsstrategien für die große und erfolgreiche Massenmobilisierung der Frauenbewegung in Polen* anhand einer auf den Theorien der Political Opportunity Structure nach Hanspeter Kriesi (Kriesi, 2004), der Resource Mobilization Theory nach Edwards und McCarthy (Edwards & McCarthy, 2004) und den mobilisierungsstrategischen Kategorien nach Somma und Medel (Somma & Medel, 2019) basierenden Analyse zu beantworten. Im Folgenden sollen alle Forschungsergebnisse zusammengefasst und unter Berücksichtigung der vorgestellten Limitationen rationaler Theorieansätze sozialer Bewegungsforschung nach Ferree (Ferree, 1992) interpretiert werden, um schließlich zur Beantwortung der Forschungsfrage zu gelangen.

3.1 Zusammenfassung der Forschungsergebnisse

Der politische Kontext während beider Protestwellen der Frauenbewegung in Polen wurde sowohl durch positive als auch negative Faktoren geprägt. Positive Ausprägungen in den politischen Strukturen, die nach Kriesi die Zugangs- und Mobilisierungsmöglichkeiten einer Bewegung erweitern (Kriesi, 2004, S. 69–73), sind die relativ starke Dezentralisierung des polnischen Staates, seine Verwaltungsstrukturen, die Mitgliedschaft Polens in der Europäischen Union sowie einige durch den jahrzehntelangen Abreibungsdiskurs entstandene politisch-kulturelle Möglichkeiten und die politische Spaltung in der Gesellschaft hinsichtlich dieser Thematik. Neben diesen positiven Faktoren gibt es auch einige Aspekte, die den Zugriff der Bewegung auf die politischen Strukturen negativ beeinflussten. Ein wichtiger Aspekt ist hier die Einschränkung der Gewaltenteilung dadurch, dass die Justiz von der Regierung beeinflusst wird. Außerdem konnten sowohl die seit dem Systemwechsel vorherrschende Dualität des Parteiensystems, als auch die mächtige Stellung der PiS als Regierungspartei, sowie ihr innerparteilicher Aufbau mit ihrer starken Parteiführung in der Person von Jarosław Kaczyński als für eine Mobilisierung negative Ausprägungen der politischen Strukturen identifiziert werden (ebd.). Ein wichtiger Punkt sind in diesem Zusammenhang auch die prevailing strategies der PiS gegenüber der Frauenbewegung, welche der Theorie Kriesis nach als exklusiv eingestuft werden können (ebd., S. 71). Insgesamt kann nicht eindeutig festgestellt werden, ob die für eine Mobilisierung der Frauenbewegung negativen oder positiven

Ausprägungen der politischen Strukturen überwiegen. Einerseits hatten vor allem die Einschränkung der Gewaltenteilung und die prevailing strategies der PiS gegenüber der Bewegung einen großen Einfluss auf den Abtreibungsdiskurs vor und während der Protestwellen, während andererseits einige der vorwiegend positiven Aspekte, vor allem die politische Spaltung der Gesellschaft und teilweise auch die politisch-kulturellen Möglichkeiten, laut Kriesi durch deren Politisierung großes Mobilisierungspotential nach sich zogen (ebd., S. 72f).

Auch die Akteur/innenkonstellationen waren während der Protestwellen durch viele Verbündete aber auch viele Gegner/innen bestimmt. Verbündete Akteur/innen waren sowohl die bereits vor den Protestwellen aktiven formellen und informellen feministischen Organisationen und Initiativen, die unmittelbar vor den ersten Protesten entstandenen informellen Initiativen und Gruppierungen als auch einige politische Akteur/innen, vor allem aus dem linken Spektrum. Es gab aber auch relativ starke und einflussreiche gegnerische Akteur/innen: Allen voran die Regierungspartei PiS, die polnische katholische Kirche und zu einem großen Teil auch die Medien. Auch die Pro-Life-Bewegung, die bereits vor den Protestwellen sehr aktiv war, und teilweise die Polizei, insbesondere während der Protestwelle 2020, können als Gegnerinnen eingestuft werden. Obwohl Akteur/innenkonstellationen nach Kriesi immer nur einen bestimmten Zeitpunkt beschreiben (Kriesi, 2004, S. 74), veränderten sich diese nicht grundlegend während oder zwischen den Protestwellen. Es gab also keine Verschiebungen politischer Bündnisse oder Konstellationen, die ein „window of opportunity“ (Kingdon 1984, zitiert nach ebd., S. 76) für die Frauenbewegung bezüglich einer Mobilisierung entstehen ließen.

Die beschriebenen politischen Strukturen und Akteur/innenkonstellationen bilden zusammen den Interaktionskontext, in dem die Protestwellen stattfanden. Neben den bereits erwähnten Einflüssen stachen in diesem Teil der Analyse einige Aspekte besonders hervor. Erstens hatte die PiS den wohl stärksten negativen Effekt auf den Interaktionskontext und war als politische Akteurin und durch ihre Reaktionen auf die Proteste mit den meisten Kosten für die Frauenbewegung und ihre Mobilisierung verbunden. Ihre politische Macht und somit ihr Einfluss auf die Gesetzgebung und die Gesellschaft machten die Regierungspartei zur wichtigsten Gegnerin der Frauenbewegung. Auch die Kirche beeinflusste den Interaktionskontext für die Frauenbewegung negativ, indem sie öffentlich die Anti-Abtreibungs-Gesetzentwürfe unterstützte und somit besonders den gläubigen Teil der Gesellschaft in ihrem Sinne beeinflusste. Die Verbundenheit der PiS mit der Kirche als weitere einflussreiche gegnerische Akteurin erhöhte außerdem den Einfluss beider Akteurinnen. Die

regierungsfreundlichen und rechtsgerichteten Medien als weitere gegnerische Akteur/innen verstärkten wiederum sowohl den Einfluss der PiS als auch der Kirche auf den Interaktionskontext. Die mit der Kirche, den Medien und der PiS verbundenen Kosten müssen allerdings in Relation zu deren Handlungen und deren Einflussnahme auf die Gesellschaft vor den Protestwellen gesetzt werden, da diese Akteur/innen bereits vorher einen Effekt auf die Abtreibungsdebatte hatten. Die mit der Polizei verbundenen Kosten können auf die Protestwelle 2020 beschränkt werden, wobei diese dabei definitiv nicht außer Acht gelassen werden sollten. Der Einfluss der Pro-Life-Bewegung auf die Proteste der Frauenbewegung war dagegen minimal. Im Gegensatz zu diesen mit Kosten verbundenen Aspekten des Interaktionskontextes beeinflussten die an der Protestorganisation und an den Protesten selbst beteiligten formellen sowie informellen Organisationen und Initiativen der polnischen Frauenbewegung den Interaktionskontext stark positiv. Durch deren Vernetzung und Zusammenarbeit untereinander wurden mehr Menschen dazu ermutigt, an den Protesten teilzunehmen. Weiterhin war auch die Zusammenarbeit von Teilen der Frauenbewegung mit einigen politischen Akteur/innen von Vorteil für die Mobilisierung. Ein weiterer Aspekt, der insgesamt positiv für die Mobilisierung der Proteste 2020 war, war die Covid19-Pandemie, die den Expertinnen zufolge die Frustration und somit Protestbereitschaft vieler Protestteilnehmer/innen erhöhte. Da der Interaktionskontext durch sowohl positive als auch negative Umstände geprägt war, die zwischen den Protestwellen leicht variierten, kann insgesamt kein definitives Überwiegen der Kosten oder Nutzen einer Mobilisierung festgestellt werden. Außerdem sei es nach Ferree wichtig, das Handeln einer sozialen Bewegung nicht nur auf eine Kosten-Nutzen-Rationalität zu beschränken, sondern auch persönliche moralische Verpflichtungen und Prinzipien zu berücksichtigen (Ferree, 1992, S. 33). Wenngleich dieser Analyse des politischen Kontextes nach die Mobilisierung der Frauenbewegung mit nicht unerheblichen Kosten verbunden war, trugen die persönliche Überzeugung der Teilnehmenden und das Ziel der Bewegung sicherlich zu einer größeren Mobilisierung bei, da deren Kosten somit in ein Verhältnis mit einer wertebasierten Einschätzung ihres Nutzens gestellt wurden. Hinzu kommt, dass die Erfüllung moralischer Verpflichtungen für viele Menschen wichtiger ist als die Bequemlichkeit, die mit der Akzeptanz der eigenen Überzeugung entgegengestellter Prinzipien einhergeht (ebd.). Diese Perspektive sollte somit unbedingt bei der Bewertung der Kosten und Nutzen im Interaktionskontext der Protestwellen berücksichtigt werden.

Die Forschungsergebnisse hinsichtlich der für die Bewegung verfügbaren Ressourcen und ihrer Ressourcenmobilisierung sind hingegen eindeutiger. Die moralischen Ressourcen der

Frauenbewegung während beider Protestwellen stellten sich als besonders wichtig und ausgeprägt heraus. Die hohe Solidarität und das Mitgefühl unter allen Protestteilnehmer/innen und gegenüber direkt vom Abtreibungsverbot Betroffenen führte zu einem starken Zusammenhalt und motivierte viele Menschen zum Protest. Eine weitere für die Mobilisierung der Bewegung wichtige Emotion, die als moralische Ressource der Legitimation angesehen werden kann (Edwards & McCarthy, 2004, S. 125f) und gleichzeitig ebenfalls die Solidarität innerhalb der Bewegung erhöhte, war die durch die Entwicklung des Abtreibungsdiskurses und die Handlungen der Gegner/innen der Bewegung hervorgerufene Wut unter den Teilnehmenden. Ferree betont die Bedeutung von Emotionen und deren Wahrnehmung als Bestätigung ihrer Werte durch marginalisierte Gruppen und spezifisch auch Frauenbewegungen (Ferree, 1992, S. 42). In diesem Fall können die Emotionen somit als Verstärkung moralischer Ressourcen angesehen werden. Viele Protestierende handelten aus einer Oppositionshaltung heraus, weshalb diese moralischen Ressourcen auch mit der Zeit gewachsen sind. Da die Bewegung sich diese Ressourcen selbst geschaffen hatte, hatte sie laut Edwards und McCarthy außerdem die vollständige Kontrolle über sie (ebd., S. 126 & 130f). Als weitere Ressource dieser Art kann außerdem die von den EU-Institutionen ausgehende ethische Unterstützung angesehen werden, die vielen Protestierenden Mut machte. Schließlich können auch die moralischen Verpflichtungen der Teilnehmenden, die nach Ferree die Rationalität von sozialen Akteur/innen beeinflussen und diese zum Handeln motivieren (Ferree, 1992, S. 33), die Solidarität und die moralischen Ressourcen innerhalb der Bewegung verstärkt haben.

Weiterhin standen der Bewegung durch Aggregation auch viele kulturelle Ressourcen zur Verfügung. Durch die weitgehende Kooperation formeller Organisationen mit informellen Grassroots-Initiativen und somit von erfahrener Aktivist/innen mit unerfahrenen Aktivist/innen, konnte die Bewegung sowohl spezialisiertes Wissen hinsichtlich Protestorganisation und Interessenvertretung als auch die radikalere Vorgehensweise informeller Initiativen zu ihrem Vorteil nutzen. Auf der anderen Seite war der Zugriff auf diese kulturellen Ressourcen für einige Teile der Bewegung eingeschränkt, da es durch Meinungsverschiedenheiten bezüglich der Vorgehensweise teilweise zu Problemen in der Zusammenarbeit zwischen informellen und formellen Organisationen sowie politischen Akteur/innen kam, vor allem während der ersten Protestwelle. Ein weiterer wichtiger Punkt, der zur Mobilisierung der Bewegung beigetragen hat, war die inklusive Herangehensweise des OSK, durch den ein größerer Bevölkerungsteil angesprochen wurde. Dieses Forschungsergebnis geht mit Ferrees Perspektive einher, dass Frauen und marginalisierte

Gruppen besonderen Wert auf Beziehungen und Netzwerke legen (Ferree, 1992, S. 37), was die Bedeutung dieses Aspektes kultureller Ressourcen zusätzlich unterstreicht. Außerdem erweiterte die Medienproduktion der beteiligten Organisationen auf ihren Social-Media-Kanälen ihre Reichweite.

Auch im Hinblick auf die sozial-organisatorischen Ressourcen waren Social-Media-Netzwerke die wohl wichtigsten und nützlichsten Ressourcen für die polnische Frauenbewegung. Da diese für alle Menschen zugänglich sind, waren sie ein effektives Mittel für die Vernetzung der Organisationen aber auch der individuell an den Protesten Teilnehmenden, die Bereitstellung von Informationen sowie die Organisation der Proteste selbst. Für weite Teile der sozialen Bewegung eröffneten Social-Media-Netzwerke außerdem den Zugang zu weiteren sozial-organisatorischen Ressourcen, wie zu anderweitigen sozialen Netzwerken oder zu organisatorischer Zusammenarbeit. Auch Ferree verweist auf die Bedeutung organisatorischer Zusammenarbeit, wobei dazu auch gemeinschaftliche Faktoren wie zum Beispiel Vertrauensaufbau zählen (Ferree, 1992, S. 45), welche ebenfalls durch die Nutzung sozial-organisatorischer Ressourcen durch eine Bewegung verstärkt werden können. Auch die vielen an den Protesten beteiligten Organisationen selbst und die Straßen als Teil der von den Protestierenden genutzten zivilen Infrastruktur können als sozial-organisatorische Ressourcen betrachtet werden, weshalb insgesamt festgestellt werden kann, dass der Bewegung eine große Menge von Ressourcen dieser Art zur Verfügung standen.

Die Verfügbarkeit personeller Ressourcen war hingegen zumindest teilweise eingeschränkt. Auf der einen Seite versammelten sich durch die effektive Netzwerkbildung informeller Initiativen und den beispielhaften Aufbau des OSK als „Helpdesk“ (N. Pancewicz, 27. Januar 2022) schnell viele lokale Organisator/innen und Protestteilnehmer/innen, was vielen kleineren Initiativen auch den Zugang zu anderen Ressourcen ermöglichte. Auf der anderen Seite waren viele dieser schnell dazugewonnenen Aktivist/innen unerfahren, weshalb diese sich bestimmte Fähigkeiten erst aneignen mussten. Außerdem handelten diese meist auf unbezahlter Basis und hatten nur begrenzte zeitliche Ressourcen, weshalb deren Verfügbarkeit weitgehend von der jeweiligen persönlichen Situationen der Aktivist/innen abhängig war. In dieser Hinsicht hatten formelle Organisationen einen Vorteil, da deren Personal, trotz allgemein relativ kleiner Anzahl von Mitarbeiter/innen, durch dessen Erfahrung bereits wichtige Fähigkeiten besaß und zudem entlohnt wurde. Gesamtheitlich gesehen hatte die Bewegung allerdings eine relativ beachtliche Menge an personellen Ressourcen zur Verfügung.

Ein nach Edwards und McCarthy weiterer wichtiger Punkt bezüglich personeller Ressourcen ist die Führung einer Bewegung (Edwards & McCarthy, 2004, S. 127 & 136). Die

polnische Frauenbewegung wurde während der Proteste zwar nicht direkt durch eine starke Persönlichkeit angeführt, aber dennoch von bestimmten Gruppen, allen voran dem OSK, sowie von einigen prominenteren Personen repräsentiert, die für die Organisation der Proteste und die Schaffung von Gelegenheiten für die Anhänger/innen, ihre Zeit und ihr Geld zu investieren, zuständig waren.

Die wohl für die Bewegung am schwierigsten zugänglichen und am meisten eingeschränkten Ressourcen waren materielle Ressourcen. Obwohl formelle Organisationen durch externe Finanzierung über relativ viele materielle Ressourcen verfügen, geht mit dieser ein gewisser Grad von finanzieller Abhängigkeit und Einschränkung der Handlungsmöglichkeiten einher (Edwards & McCarthy, 2004, S. 138f). Außerdem stand den meisten Organisationen spätestens nach den ersten Protesten keine staatliche Finanzierung mehr zur Verfügung. Der Zugang zu materiellen Ressourcen war aber vor allem für kleinere und informelle Organisationen und Initiativen schwierig, da diese keine feste Einnahmequelle hatten. Allerdings schafften sie sich durch Crowdfunding-Kampagnen, das Sammeln von privaten Spenden und das Zusammentragen der Erlöse aus Onlineshops selbst eine Basis von materiellen Ressourcen, die sich mit der Zeit immer weiter vermehrten. Durch die derartige Aggregation dieser Ressourcen konnten die Initiativen sie außerdem frei nutzen. Da das Geld vor allem in die öffentliche Bewusstseins-schaffung investiert wurde, vergrößerte dies nach Edwards und McCarthy gleichzeitig auch die Chancen für die Vergrößerung ihrer Anhänger/innenschaft (ebd. S. 140f). Auch Ferree weist auf die besondere Wichtigkeit von Bewusstseinsförderung für feministische Bewegungen hin, die für deren Mobilisierung eine große Bedeutung hat (Ferree, 1992, S. 35). Eine Investition in die Bewusstseins-schaffung stellt somit sowohl nach Edwards und McCarthy als auch Ferree eine effektive Nutzung der verfügbaren Gelder dar.

Letztlich können auch die Ergebnisse bezüglich der mobilisierungsstrategischen Kategorien nach Somma und Medel als größtenteils vorteilhaft für die Größe der Demonstrationen interpretiert werden. Erstens gab es während beider Protestwellen und zwischen allen teilnehmenden Gruppen einen Konsens bezüglich der Hauptforderung der Bewegung nach Entscheidungsfreiheit für Frauen. Diese Forderung war Somma und Medel zufolge universalistisch, da sie einen sehr großen Teil der Bevölkerung ansprach, und war somit sehr bedeutend für die Größe der Proteste (Somma & Medel, 2019, S. 236 & 244). Zusätzlich wurden während der Protestwellen von der Bewegung viele weitere Forderungen gestellt, die hauptsächlich reproduktive Rechte, aber auch andere Themen betrafen. Vor allem bei den

Protesten 2020 wurde die Bandbreite der Forderungen größer. Die Vielzahl von Forderungen kann ebenfalls als positiver Einfluss auf die Demonstrationsgröße gewertet werden.

Zweitens waren die Proteste während beider Protestwellen an die PiS und somit an die nationale Regierung Polens adressiert, was nach Somma und Medel als sehr positiver Effekt auf die Protestgröße gewertet werden kann (Somma & Medel, 2019, S. 237 & 244). Gleichzeitig kann die Kirche als zweite Adressatin der Protestforderungen angesehen werden, vor allem während der auf die ersten Proteste 2016 folgenden Demonstrationen in den Jahren 2018 und 2020. Obwohl es keine eindeutigen Anzeichen gibt, dass dieser Aspekt einen Einfluss auf die Protestgröße hatte, kann angenommen werden, dass wegen der engen Beziehung zwischen der Kirche und der PiS sowie dem lautstarken Aufbegehren gegen die Kirche unter den Protestteilnehmenden das Adressieren von Forderungen an diese nicht nur keine negativen, sondern möglicherweise sogar positive Auswirkungen auf die Protestgröße hatte.

Drittens nahmen sowohl mehrere formelle Organisationen, wenn auch eher hintergründig, als auch viele informelle Initiativen an den Protesten teil, was einen weiteren positiven Einfluss auf die Größe von Demonstrationen darstellt. Des Weiteren war vor allem der OSK als „Helpdesk“ (N. Pancewicz, 27. Januar 2022) und somit als eine Art Dachorganisation unterstützend für viele kleinere Initiativen und Organisationen tätig, was von Somma und Medel als eine zusätzliche, besonders positive Wirkung auf die Protestgröße angesehen wird (Somma & Medel, 2019, S. 244), da Dachorganisationen durch soziale Vernetzung die Reichweite der Bewegung erhöhen.

Viertens und letztens wurde die Kategorie der an den Protesten teilnehmenden sozialen Gruppierungen analysiert. Da der polnische Abtreibungsdiskurs und somit auch die Forderungen der Frauenbewegung einen großen Bevölkerungsanteil Polens betrifft und die Bewegung größtenteils einen inklusiven Mobilisierungsansatz verfolgte, nahmen viele verschiedene soziale Gruppen an den Protesten während beider Protestwellen teil. Nach Somma und Medels Theorie ist das ein positives Anzeichen, da Demonstrationen, die breitere Gruppen ansprechen, ihre Teilnehmer/innenzahl erhöhen (Somma & Medel, 2019, S. 238 & 244). Zusätzlich riefen die Bewegung und die Proteste selbst dadurch definitiv Solidarität und Empathie in der Öffentlichkeit hervor. Obwohl bei den Protesten insgesamt höchstwahrscheinlich die Zahl junger Menschen am größten war, kann nicht festgestellt werden, wie viele und welche anderweitigen persönlichen Verpflichtungen die Teilnehmer/innen hatten, was nach Somma und Medel ebenfalls einen Einfluss auf die Protestgröße hat (ebd.). Auch der Grad an Kohärenz der teilnehmenden Organisationen und der Bewegung allgemein kann nicht klar definiert werden. Allerdings wurden die Proteste nicht

von einer einzelnen kleineren Gruppe organisiert, was einen eher negativen Aspekt darstellt (ebd.).

3.2 Beantwortung der Forschungsfrage

In dieser Arbeit wurde untersucht, welche strukturellen Faktoren und Einflüsse sowie Strategien eine entscheidende Rolle bei den erfolgreichen Mobilisierungen der polnischen Frauenbewegung während der Protestwellen 2016–2018 und 2020 gespielt haben. Dabei wurde angenommen, dass mehrere begünstigende Faktoren zusammengespült haben und so zur Größe und zum Erfolg der Mobilisierungen beigetragen haben. Nach der Analyse des politischen Kontextes, der der Bewegung zur Verfügung stehenden Ressourcen und deren Ressourcenmobilisierung sowie deren Mobilisierungsstrategien kann die Forschungsfrage nach der *Bedeutung struktureller Umstände und Einflüsse sowie von Mobilisierungsstrategien für die große und erfolgreiche Massenmobilisierung der Frauenbewegung in Polen* wie folgt beantwortet werden:

Obwohl die externen strukturellen Umstände sowohl positive als auch negative Aspekte beinhalteten, konnten bezüglich des politischen Kontextes der Protestwellen keine Faktoren, die sich entscheidend oder besonders positiv auf die Mobilisierungen auswirkten, herausgearbeitet werden. Hinsichtlich der Akteur/innenkonstellationen und ihrem Einfluss auf den Interaktionskontext stachen vor allem aber die Regierungspartei PiS durch ihre politische Macht, ihren Einfluss auf die Gesetzgebung und ihre negativen Reaktionen auf die Proteste sowie die polnische katholische Kirche, die das Abtreibungsverbot öffentlich befürwortete, hervor. Diese negativen externen Einflüsse auf den Interaktionskontext können in Bezug auf alle an den Protesten teilnehmenden Organisationen und Initiativen der Frauenbewegung als ausgeglichen angesehen werden. Das außergewöhnliche Engagement der Frauenbewegung trotz der hohen Kosten ihrer Mobilisierung kann in hohem Maße durch die Notwendigkeit der persönlichen Wertevertretung und der Überzeugungen der Teilnehmenden erklärt werden.

Bezüglich interner Strukturen und der der Bewegung zur Verfügung stehenden Ressourcen konnte eine besonders große Bedeutung moralischer sowie kultureller Ressourcen herausgearbeitet werden. So kann einerseits neben der moralischen Unterstützung durch EU-Institutionen vor allem die innerhalb der Bewegung vorherrschende Solidarität sowie die durch die Entwicklung des Abtreibungsdiskurses und die Handlungen der gegnerischen Akteur/innen hervorgerufene Wut unter den Protestierenden als wichtige Quelle ihrer Protestmotivation und

Legitimation angesehen werden. Andererseits können die Zusammenarbeit von formellen Organisationen und informellen Initiativen und somit die Kombination und Akkumulation von spezialisiertem Wissen und radikalem, aber inklusivem Vorgehen als entscheidende kulturelle Ressourcen eingeschätzt werden. Eine weitere für die Mobilisierung der Bewegung bedeutende Ressource stellten die von der Bewegung genutzten Social-Media-Kanäle dar, die die Protestorganisation und Vernetzung der Teilnehmer/innen und Organisationen sowie den Zugang zu weiteren Ressourcen erheblich erleichterten. Auch der organisatorische Aufbau des OSK als ‚Helpdesk‘ für kleinere Initiativen trug effektiv zur Ansammlung personeller Ressourcen in ganz Polen und zur Mobilisierung von Protestteilnehmer/innen bei. Der Zugang zu materiellen Ressourcen gestaltete sich vor allem für die Organisationen, die nicht extern finanziert wurden, relativ schwierig. Ein Großteil der von den Initiativen gesammelten Gelder wurde in die öffentliche Bewusstseinsförderung investiert, was der theoretischen Grundlage zufolge als wesentlich für die Vergrößerung der Anhänger/innenschaft und somit der Proteste gedeutet werden kann.

Auch aus mobilisierungsstrategischer Sicht stellten sich die analysierten Faktoren als insgesamt sehr vorteilhaft für die Größe der Proteste heraus. So gab es einen Hauptkonsens unter allen Protestteilnehmer/innen und Organisationen, nämlich die universalistische Forderung nach Entscheidungsfreiheit für Frauen, wobei darüber hinaus noch viele weitere Forderungen von der Bewegung ausgesprochen wurden. Somit wurde gleichzeitig ein sehr großer Teil der polnischen Bevölkerung angesprochen. Weitere positive Aspekte waren das Adressieren der Forderungen sowohl an die Regierung als auch an die polnische katholische Kirche, die große Anzahl von teilnehmenden Organisationen, besonders die Teilnahme von Dachorganisationen, sowie das Hervorrufen von Gefühlen wie Solidarität und Empathie in der breiten Bevölkerung.

Zusammenfassend konnten trotz einiger negativer externer Umstände und Einflüsse im politischen Kontext der Protestwellen viele begünstigende Faktoren für die erfolgreichen Mobilisierungen der polnischen Frauenbewegung identifiziert werden. Obwohl einige dieser Faktoren besonders herausstachen, vor allem im Bereich der moralischen, kulturellen und sozio-organisatorischen Ressourcen sowie der Mobilisierungsstrategien, kann die Annahme, dass mehrere positive Aspekte im Zusammenspiel den Mobilisierungen zum Erfolg verholfen haben, als bestätigt angesehen werden. Es wurde gleichzeitig deutlich, dass die wenigen verfügbaren materiellen Ressourcen durch die kreative Nutzung anderer vorhandener Ressourcen kompensiert werden konnten (Edwards & McCarthy, 2004, S. 143). Dabei wurde

auch deutlich, wie wichtig es ist, die Analyse nicht auf ein rein rationales Abwägen positiver und negativer Faktoren zu begrenzen, sondern auch moralische Verpflichtungen und auf Emotionen basierende Motivationsquellen bei der Verfolgung gemeinschaftlicher Ziele zu berücksichtigen (Ferree, 1992, S. 33 & 42). Diese spielten vor allem bezüglich der moralischen und kulturellen Ressourcen der Frauenbewegung sowie des positiven Einflusses auf den Interaktionskontext durch die Teilnahme der vielen Organisationen und Initiativen an den Protesten eine bedeutende Rolle.

3.3 Limitationen und Forschungsempfehlungen

In dieser Arbeit wurden einige strukturelle und mobilisierungsstrategische Aspekte herausgearbeitet, die von besonderer Bedeutung für die erfolgreiche Mobilisierung der polnischen Frauenbewegung waren. Neben der hauptsächlichen Verwendung rationaler Theorieansätze der sozialen Bewegungsforschung als Grundlage für die Analyse wurde eine feministische Perspektive nach Myra Marx Ferree hinzugezogen, um die Limitationen rein rationaler Theorien im Blick zu behalten. Trotzdem fokussierte sich die Analyse auf Gelegenheitsstrukturen, organisatorische und strategische Hintergründe sowie die für die Frauenbewegung verfügbaren Ressourcen. Es wird darauf hingewiesen, dass es nicht Ziel der Arbeit war, andere Faktoren als die analysierten strukturellen Umstände und Einflüsse auf die Mobilisierung der Frauenbewegung zu untersuchen. Inwieweit andere Faktoren zusätzlich zu den hier herausgearbeiteten Aspekten relevant waren, lässt sich hiermit nicht feststellen.

Weitere Limitationen ergeben sich aus der Methodik der Expert/inneninterviews. Um mögliche Defizite so weit wie möglich einzuschränken, wurden sowohl die Auswahl der Interviewpartnerinnen als auch die Durchführung der Interviews und deren Auswertung so vorgenommen, dass sowohl verschiedene Perspektiven in die Forschung miteinfließen als auch die Subjektivität auf ein Minimum reduziert wurde und somit die Forschungsfrage in adäquater Weise beantwortet werden konnte.

Da es sich außerdem um eine Einzelfallstudie handelt, kann weder auf Kausalzusammenhänge geschlossen noch von dem Fall der zwei Protestwellen der polnischen Abtreibungsproteste direkt auf Frauen- und Protestbewegungen in anderen Ländern und unter anderen Umständen gefolgert werden. Allerdings können die Ergebnisse dieser Forschungsarbeit als Basis für weitere Analysen von Protest- und Frauenbewegungen, insbesondere in der Region Mittel- und Osteuropas, dienen. Um den Effekt der in dieser

Analyse herausgearbeiteten, für die äußerst erfolgreichen Mobilisierungen der polnischen Frauenbewegung bedeutenden Aspekte genauer zu untersuchen, könnten beispielsweise Fallstudien in anderen Ländern Mittel- und Osteuropas durchgeführt werden. Auch eine vergleichende Fallstudie dieser strukturellen Aspekte in Polen mit denen eines oder mehrerer anderer Länder der Region könnte weitere Einblicke in deren Bedeutung gewähren oder andere, in der vorliegenden Analyse vernachlässigte Aspekte offenlegen.

4 Conclusio

Am 27. Januar 2021 wurde das Urteil des Verfassungsgerichtes, das besagt, dass ein Schwangerschaftsabbruch nur noch im Fall der bestehenden Lebensgefahr für die Mutter oder bei einer Schwangerschaft als Ergebnis einer Straftat erlaubt ist, und nicht mehr im Fall einer Missbildung des Fötus, bekanntgegeben. Noch am selben Abend wurde von OSK zu Protesten aufgerufen, an denen allein in Warschau einige tausend Menschen teilnahmen (Witczak, 2021). Klementyna Suchowska vom OSK kommentierte die Proteste wie folgt: „Wenn wir bis jetzt von der Hölle für Frauen gesprochen haben, werden wir von nun an von der Hölle für die Regierung sprechen“ (Suchowska, zitiert nach ebd.).

Obwohl die Frauenbewegung seit diesen Ereignissen aktiv blieb und des Öfteren zu Protesten und anderen Aktionen und Kampagnen aufgerufen hat, haben seitdem keine mit der Protestwelle im Jahr 2020 vergleichbaren Demonstrationen mehr stattgefunden. Die interviewte Teilnehmerin an der Protestwelle 2020 beschrieb ihre Sicht als Außenstehende auf die weitere Entwicklung der Protestbewegung wie folgt:

„Ich habe das Gefühl, dass die Bewegung nach den letzten Protesten gestorben ist. Es ist so schnell eskaliert. Es war riesig. Man konnte davon überall weltweit in den Medien hören. Aber jetzt passiert nichts. [...] Frauen sterben und wir diskutieren darüber in den sozialen Medien, aber es gab keine weiteren [derartigen] Proteste“ (Interview, 31. Januar 2022).

Der 27. Januar 2021 war für den Kampf der Frauenbewegung gegen das Abtreibungsverbot ein starker Rückschlag. Basierend auf der vorhergehenden Analyse des politischen Kontextes während der Protestwellen 2016 und 2020 und der vorherigen Entwicklung des Abtreibungsdiskurses in Polen kann davon ausgegangen werden, dass diese Entwicklung die externen Umstände für weitere Aktionen der Frauenbewegung sicherlich negativ beeinflusst hat. Weiterhin berichtete Human Rights Watch 2021 von einem zunehmend feindseligen Umfeld für Frauenorganisationen und Aktivist/innen für Frauenrechte in Polen. Diese erhielten beispielsweise Bombendrohungen, die von der Polizei nicht ausreichend untersucht wurden und somit deren Sicherheit gefährdeten. Einige Aktivist/innen erhielten außerdem Strafanzeigen (Human Rights Watch, 2021). Gleichzeitig hatte das Abtreibungsverbot mehreren Menschenrechtsorganisationen zufolge einen großen negativen Einfluss auf Frauen und besonders diejenigen, die auf Abtreibungshilfe angewiesen sind (Human Rights Watch, 2022). So sind seit der Veröffentlichung des neuen Abtreibungsgesetzes mindestens drei Frauen gestorben, denen die notwendigen medizinischen Eingriffe, die sich auf das Abtreibungsverbot bezogen, verweigert worden waren. Diese Ereignisse ließen erneut einige, wenn auch

vergleichsweise kleinere Proteste der Frauenbewegung aufleben (Strzyżyńska, 2022). Die Forschungsergebnisse der in dieser Arbeit vorgenommenen Analyse haben gezeigt, dass außerhalb des politischen Kontextes auch einige andere strukturelle Faktoren von großer Bedeutung für den Erfolg der untersuchten Mobilisierungen waren, weshalb in Zukunft weitere Mobilisierungen in der Größenordnung der Black Protests oder gar der Proteste von 2020 trotz dieser negativen Entwicklungen nicht auszuschließen sind. Ob die polnische Frauenbewegung es schaffen wird, die für sie unvorteilhaften Aspekte des politischen Kontextes durch die ihr verfügbaren Ressourcen und Strategien auszugleichen und die polnische Bevölkerung so erneut großangelegt zum Protestieren zu motivieren, bleibt abzuwarten.

5 Literaturverzeichnis

- @centrumprawkobiet. (2022). *instagram.com*. Von Instagram: <https://www.instagram.com/centrumprawkobiet/?hl=de> abgerufen am 18. Februar 2022.
- @dziewuchy_dziewuchom. (2022). *instagram.com*. Von Instagram: https://www.instagram.com/dziewuchy_dziewuchom/?hl=de abgerufen am 18. Februar 2022.
- @federapl. (2022). *instagram.com*. Von Instagram: <https://www.instagram.com/federapl/?hl=de> abgerufen am 18. Februar 2022.
- @strajk_kobiet. (2022). *instagram.com*. Von Instagram: https://www.instagram.com/strajk_kobiet/?hl=de abgerufen am 18. Februar 2022.
- Amnesty International. (2018). *Poland: The Power of 'the Street', Protecting the Right to Peaceful Protest in Poland*.
- Amnesty International. (2020). *Poland: The extraordinary wave of protests across the country should be protected not attacked*. Amnesty International Public Statement.
- Bankier.pl. (2020). *Bankier.pl*. Von <https://www.bankier.pl/wiadomosc/Jaroslaw-Kaczynski-odpowiada-Strajkowi-Kobiet-7989540.html> abgerufen am 1. März 2022.
- Bauer, W. T. (2016). *Wahlsysteme in den Mitgliedstaaten der EU*. OGPP (Österreichische Gesellschaft für Politikberatung und Politikentwicklung).
- Bayer, L. (2021). *Poland lacks judicial independence guarantees, top EU court adviser says*. Von politico.eu: <https://www.politico.eu/article/poland-lacks-judicial-independence-eu-court-justice-advisor-says/> abgerufen am 23. März 2022.
- BBC. (2016). *Black Monday: Polish women strike against abortion ban*. Von bbc.com: <https://www.bbc.com/news/world-europe-37540139> abgerufen am 16. Januar 2022.
- Borbáth, E., & Gessler, T. (2020). Different worlds of contention? Protest in Northwestern, Southern and Eastern Europe. *European Journal of Political Research* (59), S. 910–935.
- bpb. (2015). *Bundeszentrale für politische Bildung*. Von bpb.de: www.bpb.de/kurzknapp/hintergrund-aktuell/214263/parlamentswahl-in-polen-nationalkonservative-gewinnen-klar/ abgerufen am 21. Februar 2022.
- bpb. (2019). *Bundeszentrale für politische Bildung*. Von bpb.de: www.bpb.de/kurzknapp/hintergrund-aktuell/298271/parlamentswahl-in-polen/ abgerufen am 21. Februar 2022.
- Bystydziński, J. M. (2001). The Feminist Movement in Poland: Why So Slow? *Women's Studies International Forum* (24/5), S. 501–511.
- CBOS. (1992). *Opinia społeczna o przerywaniu ciąży. Komunikat z badań*. Warschau: CBOS.
- CBOS. (2002). *Opinie o prawie do aborcji. Komunikat z Badań*. Warschau: CBOS.
- CBOS. (2012). *Opinie o prawie aborcyjnym*. Warschau: CBOS.
- CBOS. (2016a). *Opinie o dopuszczalności aborcji*. Warschau: CBOS.
- CBOS. (2016b). *Polacy o prawach kobiet, „czarnych protestach” i prawie aborcyjnym*. Warschau: CBOS.
- CBOS. (2020). *O dopuszczalności przerywania ciąży i protestach po wyroku Trybunału Konstytucyjnego*. Warschau: CBOS.
- Chapman, A. (2017). *Special Report 2017. Pluralism Under Attack*. Von freedomhouse.org: <https://freedomhouse.org/report/special-report/2017/pluralism-under-attack> abgerufen am 15. Januar 2022.
- Cieśla, J. (2021). *Polityka*. Von polityka.pl: www.polityka.pl/tygodnikpolityka/kraj/2036570,1,kto-stoi-za-strajkiem-kobiet.read abgerufen am 10. März 2022.

- Czarniawska, A. (2020). Cultural Clash in the Midst of Pandemic. Essay on protests in Poland. *The Interdisciplinary Journal on International Studies* (10/1), S. 76–85.
- Dean, J., & Aune, K. (2015). Feminism Resurgent? Mapping Contemporary Feminist Activisms in Europe. *Social Movement Studies* (14/4), S. 375–395.
- Della Porta, D., & Diani, M. (2006). *Social movements: an introduction* (Bd. 2nd Edition). Blackwell Publishing.
- Domaradzka, A. (2015). Civil Society in Poland. In C. Schreier, M. Szabó, E. Márkus, B. Strečanský, A. Domaradzka, & M. Pospíšil, *25 Years After. Mapping Civil Society in the Visegrád Countries* (S. 109–142). Berlin.
- Druciarek, M. (2016). *Analyse: "Schwarzer Protest" – in Richtung eines neuen »Kompromisses« beim Abtreibungsrecht?* Von bpb.de: <https://www.bpb.de/237456/analyse-schwarzer-protest-in-richtung-eines-neuen-kompromisses-beim-abtreibungsrecht> abgerufen am 15. Januar 2022.
- Dziewuchy Dziewuchom. (2022). *facebook.com*. Von Facebook: <https://www.facebook.com/dziewuchydziewuchom> abgerufen am 18. Februar 2022.
- Edwards, B., & McCarthy, J. (2004). Resources and Social Movement Mobilization. In D. A. Snow, S. Soule, & H. Kriesi, *The Blackwell Companion to Social Movements* (S. 116–152). Blackwell Publishing Ltd.
- Ekiert, G., Kubik, J., & Wenzel, M. (2017). Country Report: Poland. In P. Vándor, N. Traxler, R. Millner, & M. Meyer. Wien: ERSTE Foundation.
- Europäische Union. (o.J.). *Ziele und Werte*. Von <https://european-union.europa.eu/>: https://european-union.europa.eu/principles-countries-history/principles-and-values/aims-and-values_de abgerufen am 13. Januar 2022.
- Federacja na Rzecz Kobiet i Planowania Rodziny. (2021). *O nas*. Von federa.org.pl: <https://federa.org.pl/o-nas/> abgerufen am 2. Februar 2022.
- FemFund. (2021). *Dziewuchy Węgorzewo*. Von femfund.pl: femfund.pl/spolecznosc/dziewuchy-wegorzewo/ abgerufen am 2. März 2022.
- FemFund. (o.J.). *FemFund*. Von femfund.pl: femfund.pl/en/ abgerufen am 2. März 2022.
- Ferree, M. M. (1992). The Political Context of Rationality. Rational Choice Theory and Resource Mobilization. In A. D. Morris, & C. McClurg Mueller, *Frontiers in Social Movement Theory* (S. 29–52). New Haven, London: Yale University Press.
- Gläser, J., & Laudel, G. (2009). *Experteninterviews und qualitative Inhaltsanalyse als Instrumente rekonstruierender Untersuchungen* (3. Auflage). Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Gorczycki, J. (2020). *Trzaskowski: W kwestii aborcji mam zupełnie inne zdanie niż Schetyna. Trzeba zliberalizować prawo*. Von wiadomosci.gazeta.pl: <https://wiadomosci.gazeta.pl/wiadomosci/7,114884,26557994,trzaskowski-w-kwestii-aborcji-mam-zupelnie-inne-zdanie-niz.html> abgerufen am 17. Januar 2022.
- Graff, A. (2020). Angry Women: Poland's Black Protests as 'Populist Feminism'. In G. Dietze, & J. Roth, *Right-Wing Populism and Gender. European Perspectives and Beyond* (S. 231–250). Bielefeld: transcript Verlag.
- Hall, B. (2019). Gendering Resistance to Right-Wing Populism: Black Protest and a New Wave of Feminist Activism in Poland? *American Behavioral Scientist* (63/10), S. 1497–1515.
- Hamm, M. (2011). *Performing Protest. Media Practices in the Trans-Urban Euromayday Movement of the Precarious*. Luzern.
- Hooghe, M., & Quintelier, E. (2014). Political participation in European countries: The effect of authoritarian rule, corruption, lack of good governance and economic downturn. *Comparative European Politics* (12/2), S. 209–232.
- Human Rights Watch. (2019). *"The Breath of the Government on My Back". Attacks on Women's Rights in Poland*.

- Human Rights Watch. (2021). *Human Rights Watch*. Von hrw.org: www.hrw.org/news/2021/03/31/poland-escalating-threats-women-activists abgerufen am 10. März 2022.
- Human Rights Watch. (2022). *Human Rights Watch*. Von hrw.org: www.hrw.org/news/2022/01/26/regression-abortion-harms-women-poland abgerufen am 10. März 2022.
- Hussein, J., Cottingham, J., Nowicka, W., & Kismodi, E. (2018). Abortion in Poland: politics, progression and regression. *Reproductive Health Matters* (26/52), S. 11–14.
- Jacobsson, K., & Korolczuk, E. (2017). Introduction. Rethinking Polish Civil Society. In K. Jacobsson, & E. Korolczuk, *Civil society revisited : lessons from Poland*. New York: Berghahn Books.
- Jelen, T. G., & Wilcox, C. (1997). Attitudes toward Abortion in Poland and the United States. *Social Science Quarterly* (78/4), S. 907–921.
- Jelen, T. G., & Wilcox, C. (2005). Continuity and Change in Attitudes Toward Abortion: Poland and the United States. *Politics & Gender* (1/2), S. 297–317.
- Kalan, D. (25. November 2019). *Poland's State of the Media*. Von <https://foreignpolicy.com/>: <https://foreignpolicy.com/2019/11/25/poland-public-television-law-and-justice-pis-mouthpiece/> abgerufen am 15. Januar 2022.
- Kocyba, P., & Mikecz, D. (2020). Lethargie, zivilgesellschaftlicher Aufruhr und Shrinking Spaces – Protest- und Bewegungsforschung in Ostmitteleuropa. *Forschungsjournal Soziale Bewegungen* (33/3), S. 690–702.
- Kongres Kobiet. (o.J.). *kongreskobiet.pl*. Von About us: <https://www.kongreskobiet.pl/about-us> abgerufen am 12. Januar 2022.
- Koralewska, I., & Zielińska, K. (2021). ‘Defending the unborn’, ‘protecting women’ and ‘preserving culture and nation’: anti-abortion discourse in the Polish right-wing press. *Culture, Health & Sexuality*.
- Korolczuk, E. (2016). Explaining mass protests against abortion ban in Poland: the power of connective action. *Zoon Politikon* (7), S. 91–113.
- Korolczuk, E., & Saxonberg, S. (2015). Strategies of Contentious Action: A comparative analysis of the women's movements in Poland and the Czech Republic. *European Societies* (17/4), S. 404–422.
- Korolczuk, E., Kowalska, B., Ramme, J., & Snochowska-Gonzalez, C. (2019). *Bunt kobiet. Czarne Protesty i Strajki Kobiet*. europejskie centrum solidarności, Gdańsk.
- Kosińska, M. (2020). Ruchy Społeczne Jako Przestrzeń Edukacji Dorosłych: Ruch Kobiet w Polsce. *Edukacja Dorosłych* (2/2020), S. 13–26.
- Kowalczyk, K. A. (2019). Wpływ prokościelnych grup interesu na ustawodawstwo. Casus regulacji antyaborcyjnych w Sejmie VIII kadencji. *Annales Universitatis Mariae Curie-Skłodowska, sectio K – Politologia* (26/1), S. 93–106.
- Kowalska, B., & Nawojski, R. (2019). Uwaga, uwaga tu obywatelki! Obywatelstwo jako praktyka w Czarnych Protestach i Strajkach Kobiet. In K. e. al., *Bunt kobiet. Czarne Protesty i Strajki Kobiet*. Gdańsk: europejskie centrum solidarności.
- Kriesi, H. (2004). Political Context and Opportunity. In D. A. Snow, S. A. Soule, & H. Kriesi, *The Blackwell Companion to Social Movements* (S. 67-90). John Wiley & Sons.
- Krizsán, A., & Roggeband, C. (2021). Reconfiguring State–Movement Relations in the Context of De-democratization. *Social Politics* (28/3), S. 604–628.
- Król, A., & Pustulka, P. (2018). Women on strike: mobilizing against reproductive injustice in Poland. *International Feminist Journal of Politics* (20/3), S. 366–384.
- Matczak, M. (2020). The Clash of Powers in Poland's Rule of Law Crisis: Tools of Attack and Self-Defense. *Hague Journal on the Rule of Law* (12), S. 421–450.
- Mayring, P. (2016). *Einführung in die qualitative Sozialforschung. Eine Anleitung zum qualitativen Denken*. Weinheim und Basel: Beltz Verlag.

- Mazur, S., Możdżeń, M., & Oramus, M. (2018). *Public administration characteristics and performance in EU28: Poland*. European Commission, Luxembourg.
- Mortensen, A., & Smith-Spark, L. (2020). *Poland's biggest protests in decades stand against abortion ban*. Von edition.cnn.com: <https://edition.cnn.com/2020/10/31/europe/poland-abortion-protests-scli-intl/index.html> abgerufen am 23. März 2022.
- Mortensen, A., & Woodyatt, A. (2020). *Polish women disrupt church services in protest at abortion ban*. Von edition.cnn.com: <https://edition.cnn.com/2020/10/26/europe/poland-abortion-protest-church-intl-scli/index.html> abgerufen am 15. Januar 2022.
- Motak, D., Krotofil, J., & Wójciak, D. (2021). The Battle for Symbolic Power: Kraków as a Stage of Renegotiation of the Social Position of the Catholic Church in Poland. *Religions* (12), S. 594–611.
- Nimu, A. (2018). Surviving Mechanisms and Strategies of Gender Equality NGOs in Romania and Poland. *VOLUNTAS: International Journal of Voluntary and Nonprofit Organizations* (29), S. 310–332.
- wirtualnemedi.pl (2021). *TVP1 i TVN liderami w 2020 roku. Rekordowe wyniki TVN24, TVP Info i Polsat News (top 171 stacji)*. Von wirtualnemedi.pl: <https://www.wirtualnemedi.pl/artykul/ogladalnosc-telewizji-2020-tvp1-tvn-ranking-170-stacji-rekord-tvn24-tvp-info-i-polsat-news> abgerufen am 23. März 2022.
- Ogólnopolski Strajk Kobiet. (2022). *facebook.com*. Von Facebook: <https://www.facebook.com/ogolnopolskistrajkkobiet> abgerufen am 18. Februar 2022.
- Ordo Iuris. (o.J.). *Kim jesteśmy*. Von ordoiuris.pl: <https://ordoiuris.pl/kim-jestesmy> abgerufen am 23. Oktober 2021.
- Osiewicz, P. (2020). Limitations to the Right to Freedom of Assembly in Poland during the COVID-19 Pandemic: The Case of Women's Strike. *HAPSc Policy Briefs Series* (1/2), S. 195–200.
- Osinski, A., & Mahmood, Z. (2020). *Hundreds demonstrate in Warsaw after Poland's highest court imposes near total ban on abortion*. Von edition.cnn.com: <https://edition.cnn.com/2020/10/24/europe/poland-protests-abortion-intl/index.html> abgerufen am 29. Dezember 2021.
- Pallus, P. (2017). *W 2016 roku słońce Polsatu mocniej zaświeciło. A TVP1 i TVP2 przygasty*. Von businessinsider.com.pl: <https://businessinsider.com.pl/biznes/media/ogladalnosc-tvp-tvn-i-polsatu-w-2016-roku/g88lq9> abgerufen am 23. März 2022.
- Petrova, T., & Tarrow, S. (2007). Transactional and Participatory Activism in the Emerging European Polity. The Puzzle of East-Central Europe. *Comparative Political Studies* (40/1), S. 74–94.
- PolsatNews. (2016). *"Biały protest" w kontrze do "czarnego" strajku kobiet*. Von polsatnews.pl: <https://www.polsatnews.pl/wiadomosc/2016-10-03/bialy-protest-w-kontrze-do-czarnego-strajku-kobiet/> abgerufen am 16. Januar 2022.
- PolskieRadio24. (2016). *Poniedziałek pod znakiem "czarnych protestów" i "białych kontrmanifestacji"*. Von polskieRadio24.pl: <https://www.polskieradio24.pl/5/3/Artykul/1675642,Poniedzialek-pod-znakiem-czarnych-protestow-i-bialych-kontrmanifestacji> abgerufen am 17. Januar 2022.
- Pop-Eleches, G., & Tucker, J. A. (2013). Associated with the Past? Communist Legacies and Civic Participation in Post-Communist Countries. *East European Politics and Societies and Cultures* (27/1), S. 45–68.
- RP. (2020). *Polskie Stronnictwo Ludowe i Kukiz'15 rozstają się*. Von rp.pl: <https://www.rp.pl/polityka/art402291-polskie-stronnictwo-ludowe-i-kukiz-15-rozstajaja-sie> abgerufen am 15. Januar 2022.

- Silverman, D. (2011). *Interpreting Qualitative Data. A Guide to the Principles of Qualitative Research* (4. Auflage). Los Angeles, London, New Delhi, Singapore und Washington: DC: Sage.
- Sitnicka, D., Klauziński, S., & Kocejko, B. (2020). *Lista hanby. Oto posłowie PiS i Konfederacji, którzy doprowadzili do zakazu aborcji w Polsce*. Von oko.press: <https://oko.press/lista-hanby-oto-poslowie-pis-i-konfederacji-ktorzy-doprowadzili-do-zakazu-aborcji-w-polsce/> abgerufen am 15. Januar 2022.
- Somma, N. M., & Medel, R. (2019). What makes a big demonstration? Exploring the impact of mobilization strategies on the size of demonstrations. *Social Movement Studies* (18/2), S. 233–251.
- Strzyżyńska, W. (2022). *The Guardian*. Von theguardian.com: www.theguardian.com/global-development/2022/jan/27/protests-flare-across-poland-after-death-of-young-mother-denied-an-abortion abgerufen am 10. März 2022.
- Suchomska, J., & Urzędowska, D. (2021). Działania Protestacyjne Strajku Kobiet w Ujęciu Teorii Nowych Ruchów Społecznych. *Dyskurs & Dialog* (2021/1).
- Szelewa, D. (2016). Killing ‘Unborn Children’? The Catholic Church and Abortion Law in Poland Since 1989. *Social & Legal Studies* (25/6), S. 741–764.
- Taub, A. (2020). *In Poland, Protests Over Abortion Ban Could Revolutionize Politics*. Von nytimes.com: <https://www.nytimes.com/2020/12/07/world/europe/poland-abortion-protests.html> abgerufen am 17. Januar 2022.
- TVN24. (2019). *Posłowie złożyli wniosek w sprawie aborcji eugenicznej do Trybunału Konstytucyjnego*. Von tvn24.pl: <https://tvn24.pl/polska/wniosek-w-sprawie-aborcji-eugenicznej-zlozony-do-trybunalu-konstytucyjnego-ra995514-2616251> abgerufen am 15. Januar 2022.
- TVN24. (2020). *tvn24*. Von tvn24.pl: tvn24.pl/poznan/strajk-kobiet-2-listopada-2020-protesty-w-miastach-polski-relacja-4739755 abgerufen am 22. Februar 2022.
- Tworzecki, H. (2019). Poland: A Case of Top-Down Polarization. *The ANNALS of the American Academy of Political and Social Science* (681/1), S. 97–121.
- Walker, S. (2020). *The Guardian*. Von theguardian.com: www.theguardian.com/world/2020/apr/14/concerns-over-polish-government-tightening-abortion-laws-during-covid-19-crisis abgerufen am 28. Februar 2022.
- Wesel, B. (2020). *Europaparlament fordert Recht auf Abtreibung in Polen ein*. Von dw.com: <https://www.dw.com/de/europaparlament-fordert-recht-auf-abtreibung-in-polen-ein/a-55742404> abgerufen am 14. Januar 2022.
- Wielka Koalicja za Równością i Wyborem. (o.J.). *O inicjatywie*. Von wielkakoalicja.pl: <https://www.wielkakoalicja.pl/o-inicjatywie/> abgerufen am 2. Februar 2022.
- Witczak, M. (2021). *Zakaz aborcji już w „Dzienniku Ustaw”*. *Protesty w 47 miastach*. Von polityka.pl: <https://www.polityka.pl/tygodnikpolityka/kraj/2100807,1,zakaz-aborcji-juz-w-dzienniku-ustaw-protesty-w-47-miastach.read> abgerufen am 23. März 2022.
- WNP. (2016). *Projekt "Stop aborcji" odrzucony. Kto jak głosował? Sprawdź nazwiska*. Von wnp.pl: <https://www.wnp.pl/parlamentarny/wydarzenia/projekt-stop-aborcji-odrzucony-kto-jak-glosowal-sprawdz-nazwiska,15346.html> abgerufen am 15. Januar 2022.
- Ziętek, A. (2020). Ruchy protestu jako przykład asertywnej kultury obywatelskiej. Przypadek Ogólnopolskiego Strajku Kobiet. *Athenaeum, Polskie Studia Politologiczne* (65/1), S. 156–172.

6 Abstract

Deutsch: Die Zivilgesellschaft in der Region Mittel- und Osteuropa wird wegen des allgemein niedrigen Levels politischer Partizipation und Protestaktivität im Vergleich zu anderen Teilen Europas oft als schwächer ausgeprägt angesehen. Diese Ansicht wurde durch die Mobilisierungen der polnischen Frauenbewegung im Oktober 2016, die auf einen Gesetzentwurf zur Einschränkung des Abtreibungsrechtes folgten, in Frage gestellt. Die Proteste markierten den Anfang einer langen Reihe feministischer Protestaktivitäten in Polen, die sich in zwei großen Protestwellen über die darauffolgenden Jahre erstreckten. In dieser Arbeit wird untersucht, welche strukturellen Einflüssen und Umstände sowie welche Mobilisierungsstrategien für den Erfolg und die Größe der Proteste während der Protestwellen 2016–2018 und 2020 bedeutsam waren. Dabei werden der politische Kontext der Proteste, die Ressourcen, die der Bewegung zur Verfügung standen, sowie die mobilisierungsstrategischen Aspekte auf der theoretischen Grundlage der Political Opportunity Structure, der Resource Mobilization Theory und strategischer Einflussfaktoren auf die Größe von Demonstrationen analysiert. Dazu wurde eine qualitative Inhaltsanalyse durchgeführt, die mit Expert/inneninterviews mit Aktivistinnen bzw. Protestteilnehmerinnen ergänzt wurde. Die Analyse zeigte, dass eine Kombination mehrerer begünstigender Faktoren entscheidend zum Erfolg der Mobilisierungen beigetragen hat. Als besonders bedeutsam haben sich in diesem Zusammenhang die moralischen, kulturellen und sozio-organisatorischen Ressourcen sowie die Mobilisierungsstrategien der Bewegung herausgestellt.

Schlagwörter: Abtreibung, Frauenbewegung, Polen, Black Protests, Feminismus, soziale Bewegungsforschung, Mobilisierung

English: Civil society in the Central and Eastern European region is often seen as weaker compared to other parts of Europe due to the generally low level of political participation and protest activity. This view was challenged by the mobilizations of the Polish women's movement in October 2016, which followed a draft law restricting abortion rights. These protests marked the beginning of what proved to be a long series of feminist protest activities in Poland, with two major waves of protests taking place over the following years. This thesis examines which structural influences and circumstances, as well as which mobilization strategies, were significant for the success and size of the protests during the 2016–2018 and 2020 protest waves. The political context of the protests, the resources available to the

movement, as well as strategic mobilization aspects, are analyzed on the theoretical basis of the Political Opportunity Structure, Resource Mobilisation Theory, and strategic factors influencing the size of demonstrations. For this purpose, a qualitative content analysis was conducted, which was complemented by expert interviews with activists and participants in the protests. The analysis showed that a combination of several favorable factors contributed decisively to the success of the mobilizations. The moral, cultural, and social-organizational resources, as well as the mobilization strategies of the movement, proved to be particularly important in this context.

Keywords: abortion, women's movement, Poland, Black Protests, feminism, social movement studies, mobilization